

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

3/2007 · 15. Januar 2007



Gemeinsame Nachkriegsgeschichte?

Horst Möller

Demokratie und Diktatur

Günther Heydemann

Integrale deutsche Nachkriegsgeschichte

Andreas Wirsching

Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung

Martin Sabrow

Historisierung der Zweistaatlichkeit

Katrin Hammerstein

Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus

Peter E. Fäßler

Innerdeutscher Handel und Entspannungspolitik

Thomas Ahbe

Deutsche Generationen nach 1945

Editorial

Die DDR-Forschung führte in der alten Bundesrepublik ein Nischendasein. Nach Öffnung der Archive kam es in den 1990er Jahren zu einem beispiellosen Boom, der die Geschichte der Bundesrepublik geradezu als „untererforscht“ erscheinen ließ. Beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages über die untergegangene DDR gehörten auch Zeithistoriker an.

Nach wie vor ist eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der Teilungsgeschichte zu konstatieren. Kann man von einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte sprechen? Woran knüpfte die deutsche Vereinigung vor gut 16 Jahren an? DDR und Bundesrepublik waren zwei deutsche Staaten in einem geteilten Europa. Während eine „integrierte“ Historiographie etwa für die Innen- oder die Blockpolitik beider Staaten wenig sinnvoll zu sein scheint, sind generationen- und alltagsgeschichtliche Forschungsansätze viel versprechend – ohne damit die Gleichrangigkeit oder gar die Legitimität der Diktatur zu implizieren.

Im vergangenen Jahr widmete sich eine Expertenkommission der Neuorientierung der historisch-politischen Aufarbeitung. Um einer drohenden „Verinselung“ der DDR-Forschung zu begegnen, empfahl sie die Schaffung eines Geschichtsverbundes. Die Aufarbeitung solle zudem stärker in den europäischen und den gesamtdeutschen Kontext gestellt werden. Die von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem „Deutschland Archiv“ mitveranstaltete frühere „DDR-Forschertagung“ fand 2006 erstmals als internationale Konferenz zur deutschen Nachkriegsgeschichte statt. Die ersten vier Texte dieses Heftes beruhen auf Beiträgen, über die auf einem Podium während der Konferenz im November in Suhl diskutiert wurde.

Hans-Georg Golz

Horst Möller

Demokratie und Diktatur

Ist es möglich, trotz der fundamentalen Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur, trotz der Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu gegensätzlichen und potenziell feindseligen politischen und militärischen Blöcken, eine integrierte gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte zu schreiben? Anders gefragt: War die Geschichte der DDR nicht in gleichem Maße deutsche Geschichte wie die der alten Bundesrepublik? Spielten die Analogien zwischen

Horst Möller

Dr. phil., Dr. h.c. mult., geb. 1943; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. moeller@ifz.muenchen.de

den Staaten der Europäischen Union und der NATO einerseits sowie des COMECON und des Warschauer Pakts andererseits eine größere Rolle als die deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten? Und schließlich: Wie abhängig war die DDR von der Sowjetunion, wie groß ihre Autonomie gegenüber der imperialen Hegemonialmacht des Ostblocks?

In der Historiographie herrschte lange der Eindruck vor, die Geschichte der Bundesrepublik sei Teil der Geschichte Westeuropas, die der DDR sei ein Forschungsfeld für Osteuropa- oder für Kommunismushistoriker. Zwar wurde die Besatzungszeit bis 1949 noch gemeinsam behandelt, zwar wurden die internationalen Beziehungen und vor allem die Sicherheitspolitik noch unter Einbeziehung beider deutscher Nachkriegsstaaten dargestellt, doch schon die fünfziger Jahre wurden bis zu Ernst Deuerleins Buch „Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1955“ (1963/1964) normalerweise getrennt für beide Staaten abgehandelt. Erst Thilo Vogelsangs Band in der vom Institut für Zeitgeschichte publizierten dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts widmete sich unter dem Titel „Das geteilte Deutschland“ konsequent beiden

deutschen Staaten, in der 1. Auflage 1966 bis zu den sechziger Jahren, in der 9. und letzten zu seinen Lebzeiten veröffentlichten Auflage 1978 bis einschließlich der siebziger Jahre.

Seitdem sind eine Reihe von Autoren diesem Beispiel gefolgt, beispielsweise Adolf M. Birke, am stärksten, aber ungleichgewichtig Christoph Kleßmann, sowie Peter Graf Kielmansegg. Doch sind die Mehrzahl der einschlägigen Veröffentlichungen nach wie vor entweder der Bundesrepublik oder der DDR gewidmet, was sich nicht allein aus der Spezialisierung der Forschung erklärt, sondern aus der Differenz der west- und der ostdeutschen Entwicklung, die einer gemeinsamen Untersuchung auch scheinbar analoger Themen widerstrebt. Anders als Konrad Jarusch in seinem lesenswerten Aufsatz „Die Teile als Ganzes erkennen. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten“ glaube ich nicht, dass dieser Tatbestand auch auf eine „Unbeweglichkeit der Wissenschaft“ zurückgeht, sondern sehe die fundamentale Gegensätzlichkeit beider politischer Systeme und die Integration in konträre Blöcke als entscheidend an.

Auch identische Begriffe, etwa die Termini „demokratisch“, „Wahlen“, „Partei“, zeigen das plastisch: Am unaufhebbaren Gegensatz von Demokratie und Diktatur ändert auch die Tatsache nichts, dass sich unter beiden Phänomenen unterschiedliche Herrschaftstypen subsumieren lassen. Jede Verwischung dieser fundamentalen Dichotomie, jedes Spielen mit Begriffen verkennt, dass die Entscheidung für die Demokratie die Entscheidung für eine Wertordnung ist und es in Diktaturen zwar Nischen gibt, aber prinzipiell keinen Sektor, der vom politischen System Autonomie beanspruchen dürfte, wenn die Herrschenden sie nicht selbst – aus welchen Gründen auch immer – zulassen. In einer Demokratie ist die Opposition legal, in ihr gibt es keinen legitimen Widerstand, in der Diktatur ist Opposition illegal und folglich ist Widerstand legitim.

Gemeinsame Wurzeln

„Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch

füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ Dieser Satz in der ersten Regierungserklärung von Willy Brandt als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969 charakterisiert treffend das Paradoxon, mit dem wir es zu tun haben: So gegensätzlich beide Staaten und Gesellschaftsordnungen waren, so sehr sie in feindliche Blöcke integriert waren und nur als deren Teil zu analysieren sind, so zweifelsfrei bleibt doch: Beide sind Teil der deutschen Geschichte, und selbst in ihrer Gegensätzlichkeit waren sie aufeinander bezogen. Für die Bundesrepublik galt bis 1989 das für alle Verfassungsorgane verpflichtende Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands, sie verstand sich selbst zumindest staatsrechtlich und lange Zeit auch faktisch als Provisorium. Der Titel des bedeutenden Werks von Andreas Wirsching „Abschied vom Provisorium“ trifft denn auch für die Jahre 1989/90 den Kern. Aber auch die frühe Magnettheorie, der Konrad Adenauer und Kurt Schumacher gleichermaßen anhängen – die Bundesrepublik müsse so attraktiv werden, dass die DDR gar nicht anders könne, als sich ihr anzuschließen –, zeigt diese Bezüglichkeit beider Staaten.

Auch die DDR hielt anfangs am Ziel der Wiedervereinigung fest, wenngleich unter kommunistischer Herrschaft, lange rang sie auch mit dem Begriff der Nation, bevor sie zur Definition einer „sozialistischen“ Nation gelangte. Wie immer man diese Diskussionen im Einzelnen bewertet, die gemeinsamen historischen Voraussetzungen einer tausendjährigen Geschichte, die sich im Begriff der Nation spiegeln – Herkunft, Sprache, christliche Konfession, daraus resultierende gemeinsame Kultur –, wurden durch die Teilung Deutschlands nicht außer Kraft gesetzt: Die Suspendierung der „Staatsnation“ bedeutete nicht die Beseitigung der Kulturnation. In der Betonung dieses Zusammenhangs sehe ich weder eine „Renationalisierung“ der deutschen Geschichte noch eine Rückkehr zu einer seit einiger Zeit als nationale „Meistererzählung“ bezeichneten Historiographie. So modisch dieser Begriff ist, so wenig sagt er aus. Ich verstehe auch die Berührungängste mit dem Begriff national in diesem Zusammenhang nicht, denn was heißt integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte anderes, als einen gemeinsamen nationalen Bezugspunkt zu wählen? Die hier erkennbaren Reflexe

wären ein anderes Thema. Ohnehin bedeutet „Nationalstaat“ unter den Bedingungen einer zugunsten der europäischen Integration reduzierten nationalen Souveränität etwas anderes als vorher.

Schließlich definierte sich die DDR als „bessere“ Alternative der deutschen Geschichte und entwickelte eine eigene Traditionspflege, die durch das marxistische Geschichtsbild geprägt wurde: Zu dieser sozialistischen Ahnenpflege gehörten die so genannte frühbürgerliche Revolution, die materialistische Minorität innerhalb der Aufklärung, Karl Marx und Friedrich Engels, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, schließlich die KPD in der Weimarer Republik und vor allem der kommunistische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Mit gewissem Recht konnten diese Entwicklungslinien betont und damit die DDR aus dem Odium befreit werden, sie sei lediglich ein sowjetisches Besatzungsregime. Solche Traditionsbildung bezog zentrale Sektoren der Kultur ein: So wurde die deutsche Klassik und ihr Humanitätsideal in den „Nationalen Gedenkstätten der deutschen Literatur“ in Weimar gleichsam zur ideellen Vorgeschichte der DDR verklärt. Mit anderen Worten: Die DDR sah sich selbst als eine der möglichen Konsequenzen der deutschen Geschichte, genauer: als deren fortschrittliche und zukunftsorientierte Alternative. Dieses Selbstverständnis ändert nichts an der Gültigkeit der Interpretation Peter Graf Kielmanseggs, es habe zwei deutsche Staaten gegeben: einen zukunftsfähigen, die Bundesrepublik, und einen ohne Zukunft, die DDR.

Für die Bundesrepublik lassen sich ähnliche Rekurse auf die Klassik und andere ideen- und kulturgeschichtliche Voraussetzungen feststellen. Indem sie sich auf liberale Verfassungs- und Rechtstraditionen der deutschen Geschichte vor 1933, auf die Revolution von 1848/49, auf die Weimarer Verfassung, auf parlamentarische und parteipolitische Vorläufer und ebenfalls auf den Widerstand gegen Hitler – vor allem den christlichen sowie den militärischen Widerstand, auch den demokratischer Politiker – bezog, definierte sich ihre neue politische Ethik ebenfalls im Rekurs auf Tendenzen der Geschichte. Neben diese positive Konnotation trat eine negative – die Abgrenzung: Der antitotalitäre Grundkonsens aller demokratischer Parteien

richtete sich nicht allein gegen die totalitären Diktaturen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus, sondern auch gegen die DDR-Diktatur. Auch hier findet sich eine direkte Bezüglichkeit. Beide denkbar gegensätzlichen Staaten bildeten also füreinander das Gegen- und Schreckbild und begründeten dies unter anderem historisch im Rekurs auf die gemeinsame deutsche Geschichte, wobei das Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands eine zentrale Rolle spielte.

Während die DDR jegliche Verantwortung für das NS-Regime von sich wies und die Bundesrepublik immer wieder des Neonazismus und Militarismus bezichtigte, sah sich die Bundesrepublik in der gesamtstaatlichen Verantwortung für dieses negative Erbe und zahlte im Unterschied zur DDR Entschädigungszahlungen in großer Höhe, bis zur Wiedervereinigung mit den bis dahin eingegangenen weiteren Verpflichtungen etwa 130 Milliarden DM. Die DDR verstand sich als antifaschistisch nicht nur in dem Sinne, in dem die Bundesrepublik dies auch tat, sondern bezichtigte die Bundesrepublik faschistischer Tendenzen. Die DDR bestand buchstäblich aus lauter Antifaschisten und nahm für sich in Anspruch, die Linien des – kommunistischen – Widerstands gegen Hitler zu verlängern. Jurek Becker hat einmal gespottet: Es gab während des NS-Regimes 10 000 Widerstandskämpfer, und zwei Millionen davon lebten später in der DDR.

Wie andere Autoren auch meine ich, dass der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die katastrophale Niederlage des deutschen Nationalstaats in seiner nationalsozialistischen Variante als gemeinsamer Ausgangspunkt für Ost und West konstitutiv war: Deshalb war dieser historische Bezug für die Nachkriegspolitik und die deutsche Erinnerungskultur, aus der heraus sich eine Nation ebenfalls konstituiert, entscheidend. Doch setzt hier wie sonst eine integrierte Geschichte voraus, eine hinreichende Kenntnis der jeweiligen Entwicklung zu haben. Diese ist aber noch längst nicht erreicht, wie allein schon ein Blick auf die vielberufene „Vergangenheitsbewältigung“ zeigt: Hier hat man sich viel zu lange mit Stereotypen begnügt, die den eigenen politischen Prämissen entsprachen. Wie wir aber aus jüngsten Veröffentlichungen über die DDR sehen, hat sie diese „Vergangenheits-

bewältigung“ in einer Weise politisch instrumentalisiert, dass es kaum möglich ist, ihre Abrechnung mit dem Nationalsozialismus als Erfolgsgeschichte zu bezeichnen, die einer vermeintlichen bis in die 1960er Jahre dauernden Verdrängung im Westen gegenüberzustellen wäre.

Ein Projekt, welches das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin gemeinsam mit dem Archiv von Yad Vashem durchführt, erbrachte allein für unseren ersten Bearbeitungsteil der alten Bundesrepublik 37 000 Ermittlungsverfahren gegen ca. 165 000 Personen in den Jahren 1949 bis 1989. Dass der prozentuale Anteil der tatsächlich durchgeführten Strafverfahren im Verhältnis zu den Ermittlungsverfahren in der DDR größer war, lag an den Voraussetzungen einer politischen und nicht rechtsstaatlichen Justiz. Trotz dieser vorläufigen Einschätzung wird man die Sammlung der einschlägigen DDR-Akten und ihre Auswertung, an denen wir derzeit arbeiten, abwarten müssen.

Grundsätzlich aber zeigt sich hier: Eine gelungene „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“, wie Konrad Jarausch und Christoph Kleßmann das nennen, setzt weiterhin die separate Erforschung der Teile voraus, bevor sie aufeinander bezogen werden können. Und da handelt es sich durchaus um Phänomene, die mit diesem Begriff zu charakterisieren sind, immer wieder aber auch um solche, die mit dem Begriff Parallelgeschichte kaum zu fassen sind, weil entgegengesetzte Wege eingeschlagen wurden, für die in manchen Bereichen eher die Begriffe Dualismus oder Dialektik treffend sind – Teilgeschichten, die aber oftmals auch völlig unverbunden waren.

Vergleichbares und Unvergleichbares

Indem ich die gemeinsamen historischen Wurzeln beider aus der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland und der Besatzungspolitik hervorgegangenen deutschen Staaten in Erinnerung gerufen habe, wird nicht allein diese grundlegende historische Konfiguration deutlich, die das Fundament einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte bildet. Vielmehr wird auch die Tatsache evoziert, dass beide Staaten konstitutiver Teil des Kalten Krieges waren, also im inter-

nationalen Kontext wiederum in Bezug aufeinander definiert wurden. Schon bei diesen Überlegungen kommt es zwangsläufig zum Vergleich der Voraussetzungen, der Entwicklung, aber auch einzelner Politikfelder. Hierin liegt nun eine der großen Herausforderungen einer integrierten Nachkriegsgeschichte Deutschlands, weil nicht analoge Systeme, sondern gegensätzliche Systeme verglichen werden.

Die in den 1960er Jahren unter anderem unter der Ägide von Peter Christian Ludz entwickelte vergleichende Deutschlandforschung kann trotz mancher Verdienste kaum Vorbild sein, hat sie doch sowohl methodisch als auch in den Schlussfolgerungen in die Irre geführt. Methodisch unter anderem deswegen, weil der intendierte „wertneutrale“ Systemvergleich von Demokratie und Diktatur aufgrund der fundamentalen Gegensätzlichkeit kaum möglich ist, sondern die Einzel-sektoren immer auf den Stellenwert im – diktatorischen – Gesamtsystem bezogen werden müssen. Wertneutral kann über Diktaturen nicht geredet werden, will man eine Relativierung ihrer Verbrechen vermeiden. In Bezug auf die Schlussfolgerungen bedeutete das systemimmanente Verfahren, dass die Analyse selbstreferentiell bleibt. Ein „Ergebnis“ war die groteske Fehleinschätzung der vermeintlichen Wirtschaftskraft der DDR durch die „Experten“ als zehntstärkster Wirtschaftsmacht der Welt, zu einem Zeitpunkt, als sie bereits bankrott war.

Gleichwohl kann auf das komparatistische Verfahren nicht verzichtet werden, will man eine integrierte gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte entwickeln. Es kommt also auf das Wie an, es kommt darauf an, sich nicht in den erwähnten Fallstricken zu verfangen. Die grundsätzliche Frage lautet: Gibt es Sektoren in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der DDR, die sinnvoll verglichen werden können, ohne dass die sektorale Isolation vom Gesamtsystem zu irreführenden Ergebnissen führt? Anders gewendet: Ein Vergleich ist ohne weiteres möglich, wenn es sich um Sektoren handelt, die nicht systemspezifisch sind. Ein Vergleich von systembedingten Sektoren, denen eine zumindest relative Autonomie gegenüber der Staatsideologie und den Parteidirektiven fehlt, kann sinnvoll sein, wenn der jeweilige Kontext berücksichtigt wird.

Um einige Beispiele zu nennen: Es existierten zweifellos Generationenerfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit – zum Beispiel der Zweite Weltkrieg –, die Ost und West gemeinsam waren, dann aber in gegensätzlichen Systemen verarbeitet wurden. Sie zu vergleichen ist durchaus aufschlussreich. Ob dann die Rock- und Jeanswelle in Ost und West wirklich zwei Formen der vielberufenen Westernisierung und damit einer gemeinsamen Generationenerfahrung waren, halte ich für zweifelhaft. Vielmehr scheinen mir etwa Fragen aufschlussreich, warum es in der DDR nicht wie in der CSSR zu einer dem Prager Frühling analogen Erscheinung kommen konnte und warum die 1968er-Bewegung des Westens so gar keine nachhaltige Wirkung auf die ostdeutsche Jugend hatte.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt kann man zwar einzelne Bereiche vergleichen, beispielsweise die Frauenarbeit, meines Erachtens kaum aber sinnvoll das Problem der Arbeitslosigkeit. Die Gesundheitspolitik kann eher verglichen werden als die Wissenschaftspolitik, jedenfalls soweit sie primär ideologiegeleitet war. Die gezielte Entwicklung einer ökonomieorientierten Wissensgesellschaft wiederum könnte ein lohnender Vergleich sein. Bestimmte Felder der Familienpolitik oder Sozialpolitik bieten sich ebenso an wie die Frage, welche Konsequenzen der Ausbau des Sozialstaats für das gesamte ökonomische System gehabt hat. Zu fragen ist, wie sich innerhalb der gegensätzlichen Systeme Reformen entwickelten bzw. wie auf Herausforderungen reagiert wurde, die staatliche Reformaktivität erforderten. Schließlich stellt sich die Frage, wie die Energieversorgung in bestimmten Krisensituationen, beispielsweise nach dem Ölchock, sichergestellt wurde, und ob bzw. wie Umweltpolitik betrieben wurde. Sinnlos wäre dagegen ein Vergleich der Parteientwicklung oder des Parteiensystems, ebenso sinnlos auch eine von Bundestag und Volkskammer, weil hier keinerlei Systemanalogie existiert, die bei allen Unterschieden einen Vergleich doch fruchtbar machen könnte.

Ein spezifisches Feld des Vergleichs sind Sektoren, in denen eine mehr oder weniger enge Verquickung von Ost und West dauerhaft oder zumindest zeitweilig bestand: Sie existierte etwa infolge der partiellen Offenheit der deutsch-deutschen Grenze in Berlin

vor dem Mauerbau 1961, aber auch in spezifischen ökonomischen Bereichen wie dem Interzonenhandel bzw. durch die informelle Beteiligung der DDR an der EWG bzw. der EG gemäß den Römischen Verträgen von 1957. Da beide Staaten Deutschlandpolitik betrieben und Außenpolitik ein Teil der Deutschlandpolitik war, bieten sich hier erhebliche komparative Möglichkeiten. Dies gilt auch für die Aufnahme beider Staaten in die UNO 1973 und deren Konsequenzen. In diesem Sektor der Außenpolitik sind eine Reihe von zeitlich begrenzten Faktoren mit durchgängigen Linien verbunden, die zu Phasendifferenzen führen, die eines gemeinsam haben: Die Bezüglichkeit beider Staaten aufeinander. Das gilt für die Vorphase, für die selbstverständlich die Besatzungspolitik verglichen werden kann, das gilt für die Phase des Anerkennungsstrebens der DDR auf der einen sowie der Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik gemäß der Hallstein-Doktrin auf der anderen Seite. Schließlich gehören die differente Politik beider Staaten beispielsweise in der Dritten Welt oder das Agieren innerhalb des jeweils eigenen Blocks zu den interessanten Untersuchungsfeldern einer bei aller Gegensätzlichkeit doch wieder aufeinander bezogenen deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte.

Auch die letzte Phase dieser Geschichte, der Zusammenbruch der DDR, der zwar zuvörderst im spezifischen Kontext des zerbröselnden Machtblocks der Sowjetunion gesehen werden muss, besaß eine gesamtdeutsche Dimension: Dieser Prozess muss zugleich den internationalen Kontext und die Dimension der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte berücksichtigen.

Auch in der Mentalitätsgeschichte der Nation sind vergleichende Untersuchungen sinnvoll: In welcher Weise, in welchen Formen, in welchem Ausmaß vollzog sich eine Entfremdung zwischen West- und Ostdeutschen, in welchem Maße blieben gemeinsame Wertvorstellungen und gesellschaftliche Maximen erhalten, wie wirkte sich der Generationswechsel aus? Wie trug die durch Rundfunk und Fernsehen gebildete west-östliche Kommunikationsgemeinschaft zur gesamtdeutschen Dimension bei, wie wirkten sich Verwandtschaftsbeziehungen aus, wie die Tatsache der Massenflucht aus der DDR, die immerhin dazu führte, dass viele Millionen

Menschen wenigstens zeitweilig einen gesamtdeutschen Erfahrungshintergrund beibehielten?

Mehrfach wurde deutlich, dass die Übergänge fließend sind und auch die komparativen Ansätze und die Bezüglichkeit beider Staaten in den dritten Bereich, den der Beziehungsgeschichte, übergehen. Sie ist nicht allein auf der Ebene deutsch-deutscher Verhandlungen, beispielsweise seit den 1970er Jahren, oder der Wirtschaftsbeziehungen zu thematisieren. Vielmehr gehören die Alltagsbeziehungen oder wechselseitigen Perzeptionen zu diesem Themenkomplex. „Was war das national Verbindende in der Epoche der Teilung?“ Diese Frage habe ich selbst schon 2000 in einem 2003 veröffentlichten Vortrag gestellt.

Fazit

Eine integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte ist aus systematischen Gründen, aufgrund der vielfältigen und komplexen Verflochtenheit der Geschichte der Besatzungszonen und beider deutscher Nachkriegsstaaten, sinnvoll und notwendig. Sie kann sich der Beziehungsgeschichte, der Bezüglichkeit beider Staaten und dem Vergleich widmen. Dafür ist aber eine sorgfältige Auswahl der tatsächlich komparativ zu erfassenden, phasenbeschränkten Themen notwendig, die eine zumindest relative Systemunabhängigkeit besitzen. Die Wertentscheidung angesichts des Gegensatzes von Demokratie und Diktatur ist unverzichtbar.

Daneben bleibt eine jeweils auf die Geschichte der Bundesrepublik bzw. der DDR bezogene Forschung ebenso notwendig, in die der andere Staat perspektivisch einbezogen wird. Ähnliches gilt für die Spezialforschung. Die bisher angebotenen Interpretationsmodelle (Heydemann, Jaraus, Kielmannsegg, Kleßmann, Wentker u. a.) halte ich für heuristisch fruchtbar, doch müssen sie sich empirisch bewähren.

Günther Heydemann

Integrale deutsche Nach- kriegsgeschichte

Ob man Josef W. Stalins bombastischem Diktum folgt, die Gründung der DDR stelle einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ dar,¹ oder eher dem sarkastischen Ausspruch von Stefan Heym, die DDR verkörpere nach ihrem Ende nur noch eine

Günther Heydemann

Dr. phil., geb. 1950; Professor, Lehrstuhlinhaber für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig. gheyde@rz.uni-leipzig.de

„Fußnote in der Geschichte“ – die historische Wahrheit liegt nicht einmal in der Mitte. Doch worin besteht die geschichtliche Relevanz des SED-Staates? Wie ist die DDR international und national während ihrer vierzigjährigen Existenz zu verorten, und auf welche Weise kann der zweite deutsche Staat historiographisch angemessen beschrieben und beurteilt werden?

Obwohl es hierzu bereits seit Jahren eine intensive Debatte gibt, konnten diese Fragen bis heute nicht abschließend beantwortet werden. Es fehlt nicht an umfassenden Darstellungen.² Doch offensichtlich stellt es nach wie vor ein schwieriges historiographisches Problem dar, eine integrale deutsche Nachkriegsgeschichte zu verfassen. Sperrt sich die Historie der Historiographie? Oder handelt es sich weniger um eine „Krise der Geschichte“ als vielmehr um eine „Krise der Geschichtsschreibung“, wie dies schon vor längerem Joachim Fest konstatiert hat? Denn letztlich muss es „aller Geschichtsschreibung, die den Namen verdient“, darum gehen, „dem gesamten Erkenntnismaterial einer Zeit Ordnung, Zusammenhang und Form zu geben, in dem Bewusstsein, dass jedes Werk auf Öffentlichkeit zielt“.³ Weshalb ist es deutschen Historikern bisher nur ansatzweise gelungen, eine „Meistererzählung“ gemeinsamer deutscher Nachkriegsgeschichte vorzule-

gen, die doch trotz ihrer diametralen Doppelung immer auch die Geschichte *aller* Deutschen war?

Dass die angemessene Einbeziehung der Geschichte der SBZ/DDR in die jüngste deutsche Geschichte das entscheidende Problem darstellt, wird kaum verwundern. Schon seit längerem wird ihre Historisierung, d. h. ihre stärkere Einbettung in den Gesamtverlauf deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert gefordert. Ihre außerordentlich intensive Erforschung seit 1990 hat nicht selten zu einer historiographischen Vereinzelnung geführt, in welcher der historische Kontext manchmal marginalisiert wurde. Doch wenn Geschichte erzählen zugleich immer auch heißt, die Vorgeschichte zu erzählen, dann gilt das vielleicht ganz besonders für die jeweils spezifische Entwicklung beider deutscher Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.⁴ Dieser zentrale historische Tatbestand wird in der wissenschaftlichen Debatte um die Konzeption einer deutschen Nachkriegsgeschichte bisweilen unterbelichtet – tatsächlich aber reicht er bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurück. Hier handelt es sich um historische Vorbedingungen bzw. -belastungen, von denen nach dem Ende des Krieges die bis 1949 noch nicht einmal existenten beiden deutschen Staaten betroffen waren.

Zunächst schlägt der extrem diskontinuierliche Verlauf deutscher Geschichte zu Buche – ein Faktor von essentieller (Nach-)Wirkung für die deutsche Geschichte insgesamt. Im Verlauf der vergangenen 130 Jahre ist sie von

¹ Telegramm vom 13. 10. 1949, zit. nach: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hrsg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945–1949, Köln 1989, S. 266.

² Die bislang vorliegenden Gesamtdarstellungen von Christoph Kleßmann, Adolf M. Birke, Peter Bender, Peter Graf Kielmansegg, Gerhard A. Ritter und Heinrich August Winkler sind hinsichtlich ihrer Vorzüge und Defizite in dieser Hinsicht mehrfach kritisch rezensiert worden; vgl. hierzu jüngst Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 1–2, S. 10–17.

³ Joachim Fest, Noch einmal: Abschied von der Geschichte. Gedanken zur Entfremdung von Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 9. 2006, S. 39 (postum veröffentlicht).

⁴ Vgl. auch Henrik Bispinck u. a., Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeit-historischer Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 53 (2005), S. 547–570.

einer „Kontinuität der Brüche“ (Rudolf Vierhaus) gekennzeichnet; das stellt ihr historisches Charakteristikum dar. Genannt seien nur die Daten 1870/71, 1914/18, 1933, 1945/49, 1989/90. Diese Jahreszahlen mögen auf den ersten Blick abstrakt erscheinen, sie sind es aber keineswegs, wenn man sich kollektive und individuelle Biographien während dieses Zeitraums vor Augen hält. Die inzwischen fast ausgestorbene Generation von Deutschen, die noch im Kaiserreich geboren wurde und in der Weimarer Republik aufgewachsen ist, haben als Kinder und Jugendliche die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg erlebt; nach Kriegsende setzten sie ihr Leben in einer der vier Besatzungszonen fort. Mit Gründung der beiden deutschen Staaten im Herbst 1949 haben sie ihr Leben dann entweder in der Bundesrepublik oder in der DDR verbracht – manche z. T. auch in beiden Staaten, um dann nach 40 Jahren der Teilung Deutschlands durch die friedliche, demokratische Revolution in der DDR vom Herbst 1989 seit dem 3. Oktober 1990 wieder in einem deutschen Nationalstaat zu leben. Im Verlauf ihrer Biographie haben einige von ihnen somit in sechs verschiedenen Staaten bzw. Staatswesen (i.e. Besatzungszonen) gelebt, fünf Staatsformen erlebt und dabei zwei Weltkriege überlebt. Für eine kollektive Mehrheit von Deutschen dieser Generation(en) stellt das eine vergleichsweise „normale“ Biographie dar; gleichwohl blieben sie trotz der mehrmaligen Staatswechsel hinsichtlich ihrer Staatsangehörigkeit immer Deutsche.

Nicht wenige Angehörige dieser Alterskohorte sahen sich in der gleichen Zeit auch mehrfach gezwungen, ihre Staatsangehörigkeit zu wechseln. Wer z. B. noch vor dem Ende des Ersten Weltkriegs in Westpreußen geboren wurde, wurde Ende 1918 polnischer Staatsangehöriger, um 1939 erneut Deutscher zu werden. Nach 1945 wurde er wieder Pole, wobei in einigen Fällen Deutsche als polnische Staatsangehörige auch in der Volksrepublik Polen blieben.¹⁵ Die große Mehrzahl der

¹⁵ Vgl. die Dokumentensammlung aus polnischen Archiven, in denen Flucht und Vertreibung von Deutschen aus den einzelnen Regionen Polens ab 1945 widerspiegelt werden, oft mit erheblichen Auswirkungen für die jeweils kollektiv wie individuell Betroffenen: Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hrsg.), „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und

Deutschen aus diesen oder anderen ehemaligen Ostgebieten wurden nach Flucht und/oder Vertreibung Staatsangehörige der DDR oder der Bundesrepublik.

Das führt zu einem *zweiten*, eng damit zusammenhängenden Problem: Wo hat deutsche Geschichte eigentlich stattgefunden? Bekanntlich unterlagen auch die Staatsgrenzen im o.g. Zeitraum einem massiven Wandel.¹⁶ Wenn es darum geht, eine umfassende deutsche Nachkriegsgeschichte zu schreiben, kann diese nicht nur auf das Gebiet der Besatzungszonen nach 1945 bzw. der beiden deutschen Staaten nach 1949 beschränkt bleiben, vielmehr müssen auch die beträchtlichen territorial-staatlichen Veränderungen nach beiden Weltkriegen historiographisch in Betracht gezogen werden.¹⁷ Um jeden Verdacht „revanchistischer Geschichtsschreibung“ von vorneherein obsolet werden zu lassen: Es war vor allem die Hybris deutscher Politik, welche diese massiven Grenzveränderungen veranlasste. Die Kritik der gegenwärtigen polnischen Staatsführung läuft ins Leere, wenn sie dem wiedervereinten Deutschland und seiner professionellen Geschichtswissenschaft unterstellt, dieser unbezweifelbare historische Sachverhalt würde ausgeklammert oder gar unterdrückt.

Jedenfalls schieden bis 1921 8,6 Millionen Deutsche aus dem deutschen Staatsverband aus; ab Ende 1944 verließen ca. 14 Millionen Deutsche, von denen etwa zwei Millionen umkamen, die Ostgebiete des Deutschen Reiches.¹⁸ Mehr als zwei Millionen blieben in den damaligen Ostblockstaaten, wenn auch bis 1989 in stark abnehmender Zahl. Die Geschichte dieser mehr als 20 Millionen Deutschen wird man nicht einfach ausklammern können, zumal der größte Teil von ihnen ihre

Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, 4 Bde., Marburg 2003.

¹⁶ Vgl. Alexander Demant (Hrsg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, 2. verb. u. erw. Aufl. München 1991.

¹⁷ Zur schwierigen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ/DDR vgl. die ausgezeichnete Dokumentation von Manfred Wille (Hrsg.), Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bde. I–III, Wiesbaden 1996–2003.

¹⁸ Zahlenangaben bei Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985, S. 12 f. (nach Ermittlungen des Bundesministeriums für Vertriebene aus dem Jahr 1959).

individuellen wie kollektiven Biographien als Teil dieser Geschichte nach Kriegsende buchstäblich in die Besatzungszonen bzw. in die beiden deutschen Staaten hineinrug.⁹

Drittens ist das 20. Jahrhundert, wie einmal konstatiert worden ist, vor allem vom Kampf zwischen Demokratie und Diktatur bestimmt worden. Diese Feststellung trifft besonders auf die deutsche Geschichte zu. Auf die Weimarer Demokratie folgte die nationalsozialistische Diktatur – der schlimmste Zivilisationsbruch der Weltgeschichte. Mehrheitlich getragen von der deutschen Bevölkerung, wurde die Entfesselung eines Weltkriegs in Kauf genommen, dessen Zielsetzung in der Durchführung eines bis dahin ungekannten Rassen- und Vernichtungskriegs bestand. In welcher Weise auch immer Deutsche am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt waren – außer Zweifel steht, dass diese Generation in hohem Maße von den Folgen und Auswirkungen der nationalsozialistischen Diktatur geprägt worden ist. Zudem stellt es eine nahezu beispiellose Besonderheit der deutschen Zeitgeschichte dar, dass in Deutschland sowohl eine faschistische als auch eine kommunistische Diktatur existierten. Erst an dieser historischen Schnittstelle rückt übrigens die SBZ/DDR in den Blickwinkel. Insgesamt waren Nationalsozialismus und Realsozialismus im 20. Jahrhundert 52 Jahre lang an der Macht – die vier Jahre sowjetischer Besatzung nicht einmal eingerechnet. Generationsbedingt haben Millionen Deutsche einen Großteil ihres Lebens unter diktatorischen Verhältnissen verbracht; ältere, ehemalige DDR-Bürger sogar unter beiden Diktaturen. Dass die daraus resultierende politische und gesellschaftliche Sozialisation ihre kollektiven und individuellen Biographien stark geprägt hat, muss kaum hervorgehoben werden.

⁹ Dass die Geschichte von Flucht und Vertreibung aktuell ist, zeigt die immer wiederkehrende Debatte darüber; aus der Fülle der Publikationen vgl. Stefan Aust/Stephan Burgdorff (Hrsg.), *Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Bonn 2003. Von ähnlicher Brisanz und Relevanz für die öffentliche Diskussion bis heute sind der Luftkrieg und seine Auswirkungen sowie die familiäre Zersplitterung und soziale Entwurzelung, die der Krieg nach sich zog, vgl. stellvertretend Stephan Burgdorff/Christian Habbe (Hrsg.), *Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland*, Bonn 2004, sowie Hermann Schulz/Hartmut Radebold/Jürgen Reulecke, *Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration*, Bonn 2005.

Eine weitere Besonderheit kommt indes noch hinzu: Die diktatorspezifische Erfahrung der DDR vollzog sich im Kontext der parallelen Existenz von Demokratie und Diktatur während der Teilung Deutschlands in den Jahren 1949 bis 1989. Entwurf und Gegenentwurf einer alternativen politischen Herrschaftsform, einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung standen sich in scharfem Kontrast gegenüber, allerdings in unterschiedlicher Konnotation und Intensität: Während die DDR für die (Alt-)Bundesbürger, von Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen abgesehen, kaum einen Bezugspunkt und Vergleichsmaßstab bildete (den Spitzensport ausgenommen¹⁰), stellte die (frühere) Bundesrepublik für die DDR in nahezu allen Belangen und auf allen Ebenen den entscheidenden Vergleichsparameter dar. Das galt für die SED nicht anders als für die Bevölkerung, mochte der „westdeutsche Klassenfeind“ auch noch so negativ in der sozialistischen Propaganda porträtiert werden. Jedenfalls müssen die vielfältigen Beziehungs- und Perzeptionsebenen, die zwischen beiden Staaten in einem ungleichgewichtigen Verhältnis fortwährend bestanden, historiographisch adäquat wiedergegeben werden. Diese reichen von ganz oben bis nach ganz unten, von der Staats- und Regierungsebene bis hinunter in die Familien, und weisen – oft vermengt – sowohl einen makro- als auch mikrohistorischen Zuschnitt auf. Dieser permanente Bezug hat die ostdeutsche Diktaturerfahrung besonders geprägt und ist in vielen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und Meinungsbefragungen bis hin zum differentiellen Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bis heute immer wieder nachgewiesen worden.

Konrad Jarausch hat einen ersten, anerkennenswerten Versuch unternommen, die schrittweisen Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein der Deutschen in Ost und West seit Kriegsende nachzuzeichnen.¹¹ Das mag methodisch nicht immer befriedigen, weil Aussagen Einzelner keineswegs durchweg die vorherrschende Meinung einer gesellschaftlichen Mehrheit

¹⁰ Vgl. Uta Andrea Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn: Der deutsch-deutsche Sport 1950–1972*, Paderborn 2007.

¹¹ Vgl. Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Bonn 2004.

widerspiegeln. Doch ohne eine Beschreibung und Bewertung der Ausprägung von spezifischen Mentalitäten in den beiden Gesellschaften wird man keine umfassende deutsche Nachkriegsgeschichte schreiben können. Darin eingeschlossen ist die in beiden deutschen Staaten zeitversetzt erfolgende Ausprägung einer postindustriellen Konsum- und Freizeitgesellschaft. Wie sonst könnte das 1989/90 zutage tretende einander Fremdgewordensein der Ost- und Westdeutschen erklärt werden? Ganz unzweifelhaft sind in diesen Jahrzehnten unterschiedliche „mental maps“ entstanden.¹² Divergente Entwicklungen gelten mutatis mutandis nicht minder für die Sozialgeschichte¹³ und die erheblichen konfessionellen Veränderungen,¹⁴ die sich in der Folge des Zweiten Weltkriegs in Deutschland vollzogen haben.

Für die Geschichte Deutschlands nach 1945, in der sich nach einer vierjährigen Übergangsphase zwei im Laufe der Zeit immer stärker divergierende Staaten, Wirtschaftsordnungen und Gesellschaften herausbildeten, hat Christoph Kleßmann bekanntlich die historiographische Formel einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ geprägt. Ihm kommt das Verdienst zu, die bislang elaborierteste historiographische Konzeption einer integralen deutschen Nachkriegsgeschichte entwickelt zu haben.¹⁵ In der Tat implizieren die Parameter „Verflechtung“ und „Abgrenzung“ zentrale historiographische Perspektiven.¹⁶ Seine konzeptionellen Überlegungen hat Kleßmann zu sechs „Leitlinien einer integrierten Nachkriegsgeschichte“ weiterentwickelt, sechs Be-

zugsfelder, deren unterschiedliche historische Phasen miteinander verbunden werden, um auf diese Weise einen differenzierten historischen Gesamtrahmen erstellen zu können.¹⁷ Es sind dies: 1. 1945 als Endpunkt der deutschen Katastrophe und Chance zum Neubeginn; 2. die beginnende Blockbildung und die inneren Folgen; 3. die Eigendynamik der beiden Staaten; 4. die Abgrenzung und asymmetrische Verflechtung; 5. die Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften; 6. Erosionserscheinungen.

Möglicherweise wird man nicht mit allen Phaseinteilungen und ihren geschichtswissenschaftlichen Einschätzungen konform gehen, die Kleßmann in seinem Versuch vorschlägt, „dem Eigengewicht und der Verklammerung west- und ostdeutscher Geschichte besser gerecht zu werden als eine reine Kontrastgeschichte oder eine neue Nationalgeschichte“.¹⁸ So scheint fraglich, ob sich die DDR angesichts ihrer im Vergleich zur Bundesrepublik immer weiter zurückfallenden Wirtschaftsleistung, vor allem gemessen am Kriterium Arbeitsproduktivität, noch als fortgeschrittene Industriegesellschaft bezeichnen lässt. Zudem kann die Benennung der Endphase der deutschen Teilung mit dem Begriff „Erosion“ zu Missverständnissen führen; denn obwohl damit nur der Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 gemeint ist, werden darunter auch westdeutsche Entwicklungen subsumiert. Aber eine praktikable Matrix für eine zukünftige deutsche Geschichte nach 1945 steht damit zur Verfügung, in der auch der Staat der SED einen ausgewogenen Platz in der deutschen Zeitgeschichte erhält, ohne dass seine 40-jährige Existenz und die einmal davon ausgehende Beharrungskraft a priori marginalisiert werden. Freilich, die adäquate historiographische Umsetzung dieses Konzepts, die „deutsch-deutsche Meistererzählung“ nach 1945, steht nach wie vor aus – diese Feststellung muss

¹² Hierzu grundsätzlich Christoph Conrad (Hrsg.), *Mental Maps (= Geschichte und Gesellschaft*, 28 [2002] 3), Göttingen 2002.

¹³ Vgl. für die DDR Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005.

¹⁴ Vgl. hierzu die Diskussion in Bezug auf die Katholische Kirche in Ulrich von Hehl/Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung? Erinnerungen und Berichte*, Paderborn u. a. 1996. Im Hinblick auf den traditionellen Pluralismus der Evangelischen Kirchen gilt dies noch stärker.

¹⁵ Vgl. Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *APuZ*, (1993) 29–30, S. 30–41.

¹⁶ Vgl. Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte*, Bonn 2005.

¹⁷ Ders., *Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990*, in: ebd., S. 20–37; dort bes. S. 26–34. Kleßmann bezieht sich ausdrücklich auf die Darstellungen von Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, und Peter Bender, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*, München 1996 (vgl. auch Anm. 2).

¹⁸ C. Kleßmann (ebd.), S. 33.

selbstkritisch auch an die Adresse der deutschen Zeithistoriker gerichtet werden.

Doch selbst das ausgefeilteste historiographische Konzept bietet keine Gewähr dafür, dass eine entsprechend verfasste deutsche Nachkriegsgeschichte auch die adäquate Rezeption erfährt. Zu selbstverständlich geht die wissenschaftliche Zeitgeschichtsforschung davon aus. Das scheint jedoch ein Trugschluss, zumal inzwischen eine Generation von Schülern (und Studenten) heranwächst, denen grundlegende Entwicklungen deutscher Nachkriegsgeschichte fast so fern sind wie die Geschichte der Karolinger oder der Ottonen. So liegt die Besatzungszeit für diese jüngste Generation vierzig Jahre und mehr zurück. Wer wollte ihnen verübeln, dass sie Schwierigkeiten haben, die richtigen Zuordnungen zur Geschichte der beiden deutschen Staaten vorzunehmen? Walter Ulbricht? War der nicht Bundeskanzler? Nur wer im akademischen Elfenbeinturm sitzt, wird darüber lauthals lachen können. Das Problem ist erkannt, wird sich aber nicht durch die Erstellung modifizierter Lehrpläne allein lösen lassen.¹⁹

Die schwierige deutsche Nachkriegsgeschichte historiographisch umfassend und ausgewogen darzustellen, ist nicht das einzige Problem, das gelöst werden muss. Zusätzlich muss das Spannungsverhältnis deutsch-deutscher Geschichte auch so plastisch „erzählt“ werden, dass sie für jüngere Generationen nachvollziehbar wird. Gerade die parallele Existenz der Besatzungsherrschaft(en) und der beiden deutschen Staaten mit diametral entgegengesetzten Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen bietet Beispiele, die durch Quellentexte Authentizität erhalten und daher geschichtsdidaktisch wirksam werden. An Dokumenten fehlt es wahrlich nicht.

Nehmen wir z. B. das immense und heute kaum mehr vorstellbare Problem von Flüchtlingen und Vertriebenen nach Kriegsende 1945, das in allen Besatzungszonen, von der Bundesrepublik wie der DDR gleichermaßen bewältigt werden musste. Obwohl die Behandlung und Lösung dieses enormen Migra-

tionsproblems sehr unterschiedlich erfolgte, führte dies letztlich zur Integration von Millionen von Deutschen in eine der beiden Nachkriegsgesellschaften. Dieser vor allem auch in mentaler Hinsicht Jahrzehnte andauernde Eingliederungsprozess lässt sich in seinen Erfolgen und Misserfolgen sehr gut durch Zeitzeugenaussagen, Ego-Dokumente, aber auch anhand behördlicher Verordnungen und Gesetzestexte in unterschiedlichen Zeitabschnitten verdeutlichen. In historiographischer Hinsicht sollte dieses Problem nicht nur in einem gemeinsamen, beide deutsche Staaten einbeziehenden Kapitel geschildert und dokumentiert, sondern auch in diachronischer Perspektive bis an die Jahrtausendschwelle dargestellt werden. Ein solcher übergreifender Abschnitt bietet zudem die Möglichkeit, die Mikro- (z. B. individuelle und kollektive Zeitzeugendokumente) und Makrohistorie (z. B. der Görlitzer Grenzanerkennungsvertrag der DDR 1950; die in der DDR verbotenen Vertriebenenverbände und ihre Entwicklung in Westdeutschland; die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik im Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990) miteinander zu verbinden.

Mittel- und langfristig wird es nicht genügen, „nur“ eine geschichtswissenschaftlich und historiographisch adäquate Darstellung einer integralen deutschen Nachkriegsgeschichte vorzulegen, so schwer das im Einzelnen nach wie vor fällt. Das didaktische Element bleibt unverzichtbar. Es darf keine Geschichtsdarstellung werden, die nur von Intellektuellen gelesen wird. Sie muss in ihrer geschichtswissenschaftlich-interpretatorischen Analyse und in ihrem historiographischen Narrativ so überzeugend sein, dass sie auch von breiteren Kreisen verstanden wird. Erst dann wird eine so konzipierte und formulierte deutsche Zeitgeschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihren Zweck der Information, Aufklärung und politischen Bildung erfüllen. Gerade am Beispiel unserer jüngsten Geschichte sollte der alles überragende Wert des Rechtsstaates und demokratisch legitimer Macht auf Zeit gegenüber usurpierter, diktatorischer Gewaltherrschaft verdeutlicht werden können, ja müssen.

¹⁹ Vgl. Ulrich Arnswald/Ulrich Bongertmann/Ulrich Mählert (Hrsg.), *DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum*, Berlin 2006.

Andreas Wirsching

Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung

Eine deutsche „Erfolgsgeschichte“ ohne die DDR? Auf den ersten Blick scheint es ohne Weiteres möglich zu sein, eine Geschichte der alten Bundesrepublik zu schreiben, in der die DDR nicht vorkommt. Zumindest gilt dies für die Zeit vom Ende der 1970er Jahre bis zum Umbruch 1989/90. In der alten Bundesrepublik hatte sich eine Anschauung durchgesetzt, die den eigenen Staat nicht

Andreas Wirsching

Dr. phil., geb. 1959; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg. andreas.wirsching@phil.uni-augsburg.de

mehr als Provisorium betrachtete, sondern als Dauerlösung. Die Bundesrepublik hatte ihren Ort in der Geschichte gefunden und ihre Identität ausgebildet. Sie begriff sich als souveräner Teilstaat mit eigener Staatsräson, eigenen Traditionen und einer eigenen *westdeutschen* Geschichte. Letztere, der im Übrigen auch eine sehr eigene Form der „Vergangenheitsbewältigung“ entsprach,¹ ließ sich in den 1980er Jahren aufwändig gestaltet präsentieren und sogar im Museum ausstellen.

Überdies verfügte die alte Bundesrepublik über eine zwar teilstaatlich strukturierte, dafür aber zunehmend griffige „Meistererzählung“. Einprägsam von der „Erfolgsgeschichte“ des westdeutschen Teilstaates handelnd, stand sie im Mai 1989 im Mittelpunkt des öffentlichen Gedächtnisses und wirkte über die Zäsur 1989/90 fort. Das Narrativ der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte integriert auch gegensätzliche Traditionsbestände und widersprüchliche Potenziale mehr oder minder problemlos. Selbst schwerste historische Konflikte, an denen es der Geschichte der alten Bundesrepublik keineswegs mangelte, verwandelten sich im Rückblick in eine harmonische Gesamtschau.² Die Geschichte der DDR spielt in dieser Meisterer-

zählung keine eigenständige Rolle. Sie dient höchstens als Negativ- und Kontrastfolie für die eigene Identität und interessiert in erster Linie, um zu ergründen, „warum sie keine Zukunft hatte“.³

Auch alltagsgeschichtlich hatte sich der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung auf Dauer im Provisorium Bundesrepublik eingerichtet. Ende der 1980er Jahre dominierte der Optimismus, den die Pluralisierung der massenkulturellen Möglichkeiten bewirkt hatte; vor allem in den Entfaltungsbereichen des Individuums, in Freizeit und Alltag, waren „unsere Wünsche und Hoffnungen fast gegen alle Erwartungen übertroffen“ worden.⁴ In solch einer komfortablen Situation der veralltäglichten Bequemlichkeit war die DDR, sofern nicht familiäre Bindungen bestanden, aus dem Gesichtskreis der Westdeutschen weitestgehend verschwunden.

Eine Ausnahme waren die deutsch-deutschen Beziehungen; als wesentliches Element der westdeutschen (Außen-)Politik kam ihnen zumindest phasenweise eine gewisse Bedeutung zu. Insgesamt allerdings blieb auch die Deutschlandpolitik ein Feld für Spe-

¹ Vgl. Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998. Dagegen Martin Sabrow, *Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur*, in: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2006, S. 132–151, der von einer „realgeschichtlichen Verflechtung“ und „Phasenparallelität“ im Umgang mit der Vergangenheit in beiden deutschen Staaten spricht.

² Vgl. z. B. Heinrich A. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006. Zu Begriff und Diskussion der „Meistererzählung“ vgl. Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002. Kritisch zur „Erfolgsgeschichte“: Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen*, Online-Ausgabe, 1 (2004) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-1-2005, Abschnitt 2 (12. 12. 2006).

³ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 677.

⁴ Allensbacher Berichte, (1990) 5, S. 2.

Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft

zialisten, mit dem überdies wenig politisches Prestige zu gewinnen war. Bedeutsam wurde es immer dann, wenn es mit Sensationen lockte und parteitaktischen Vorteil versprach. Wenn es zum Beispiel zwei ostdeutschen Familien 1979 gelang, mit einem selbst gebastelten Heißluftballon bei Naila über die innerdeutsche Grenze zu flüchten, so war das Interesse nicht nur der westdeutschen, sondern der weltweiten Öffentlichkeit gewiss. Und wenn 1983 ein bundesdeutscher Geschäftsmann am Kontrollpunkt Drewitz an Herzversagen starb, so gab dies einem bayerischen Ministerpräsidenten die Gelegenheit, medienwirksam einen „Mord“ zu beklagen – was denselben Ministerpräsidenten freilich nicht daran hinderte, nur wenig später Erich Honecker in der DDR zu besuchen, sich im Glanz des erfolgreichen Deutschlandpolitikers zu sonnen und einen „Milliardenkredit“ einzufädeln.¹⁵

Diese Art der Deutschlandpolitik blieb weitestgehend gouvernemental und durch diskrete Verhandlungen von Regierung zu Regierung bestimmt.¹⁶ Demgegenüber fanden westdeutsche Politiker, die wie Gert Weisskirchen oder Eduard Lintner den direkten Kontakt zur Opposition in der DDR suchten, in ihren Parteien kaum Unterstützung, ja sie wurden sogar behindert.¹⁷ In der breiteren bundesrepublikanischen Öffentlichkeit spielte die Deutschlandpolitik vor allem dann eine Rolle, wenn sie einen medial vermittelten Event-Charakter annahm. Die maßgeblichen Vektoren der Geschichte schienen ganz anders gestellt zu sein: Für die Politik wie für die Alltagskultur waren Paris, London und Washington weitaus näher als Ost-Berlin, die italienische Riviera attraktiver und viel leichter erreichbar als Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁵ Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 594–598.

¹⁶ Vgl. insbes. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998.

¹⁷ Vgl. Wilhelm Knabe, Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluss der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 2, S. 1110–1202; A. Wirsching (Anm. 5), S. 627.

Was bedeutet das für die Geschichtswissenschaft? Sie sollte dreierlei *nicht* tun. Erstens muss sie der Versuchung widerstehen, der Geschichte der Bundesrepublik (alt) ex post einen wiedervereinigungsgeschichtlichen Subtext einzuschreiben. So sehr das Datum 1989/90 dazu verlockt, der Geschichte einen teleologischen Verlauf zu unterstellen, so wenig hat es einen solchen Subtext gegeben. Die Wiedervereinigung kam überraschend, und sie wurde in vieler Hinsicht quer zur bundesdeutschen „Identität“ auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Zweitens muss die Geschichtsschreibung der Versuchung widerstehen, die Meistererzählung von der „Erfolgsgeschichte“ fortzuschreiben. Allzu schnell würde die deutsche Geschichte nach 1945 zu einer „Whig interpretation of history“ mutieren, welche ihre Kriterien, Problemstellungen und Auswahlmechanismen der Perspektive des Jahres 1990 unterordnete. Eine solche Verkürzung trüge bald mythologischen Charakter. Die DDR würde historiographisch als ein von Beginn an dem Untergang geweihter Staat betrachtet und damit, im Sinne einer negativen Teleologie, aus der gemeinsamen Nachkriegsgeschichte ausgemeindet. Aufgabe der Geschichtswissenschaft sollte es sein, die bundesrepublikanische Meistererzählung ebenso wie die negative Teleologie der DDR zu dekonstruieren, ihre Elemente zu sichten und in den historischen Kontext zu stellen.¹⁸

Eine dritte Versuchung, der die deutsche Zeitgeschichte widerstehen sollte, liegt in dem Anspruch selbst begründet, eine gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte zu entfalten. Denn eine solche Geschichte ist nicht ohne Weiteres verfügbar. Bei nüchterner historischer Betrachtung stehen ihr zu viele sperrige Elemente sowie widersprüchliche und inkompatible Entwicklungen entgegen. Leicht geriete daher der Anspruch auf Gemeinsamkeit in die Gefahr, ein Übermaß an Einheitlichkeit zu konstruieren und die deut-

¹⁸ Anregungen bei: Andreas Rödder, Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 54 (2006), S. 345–363.

sche Geschichte nach 1945 einer neuen sinnstiftenden Meta- oder „Meistererzählung“ unterzuordnen.

In dem Maße aber, in dem die Geschichtswissenschaft den teleologischen Verlockungen des Jahres 1989/90 ebenso wie dem Postulat der Einheitlichkeit widersteht, wird sie offen für neue Gegenstände aus eigenem Recht. Die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass die Geschichte der DDR einer „Verinselung“ anheim fällt, und zugleich kann sie von den transnationalen Chancen einer „Europäisierung“ der Zeitgeschichte profitieren.⁹ Eine entteleologisierte deutsche Zeitgeschichte vermag daher nach weniger offenkundigen, aber vielleicht hoch wirksamen Kräften deutsch-deutscher Vergemeinschaftung zu fahnden. Ins Blickfeld sollte ein gemeinsamer Erfahrungs- und auch Handlungsraum rücken, der beide deutschen Staaten, Gesellschaften und Kulturen umfasst, die Chance bietet, den Panzer des Systemgegensatzes aufzubrechen, und sich nicht in einer bloßen Parallelgeschichte erschöpft. Eine moderne deutsche Nachkriegsgeschichte wird den sterilen, in den 1970er Jahren modischen „Systemvergleich“ hinter sich lassen, zugleich aber auch den politisch-ideologischen Systemgegensatz zumindest nicht so weit überpointieren, dass er den Blick auf den gemeinsamen Erfahrungsraum verstellt.

Tragfähig scheint das von Christoph Kleßmann vorgeschlagene Konzept einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ zu sein, zumindest solange, wie die dezidiert trennenden und inkommensurablen Elemente im deutsch-deutschen Verhältnis nicht unter den Tisch fallen.¹⁰ Aus dem Katalog der von

Kleßmann in die Diskussion gebrachten sechs „Leitlinien einer integrierten Nachkriegsgeschichte“ bietet sich im Besonderen das Stichwort „Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften“ zur Ausdifferenzierung an.¹¹ Hieran anknüpfend, aber auch modifizierend, seien beispielhaft drei mögliche Untersuchungsfelder genannt, in denen der oben genannte gemeinsame Erfahrungsraum konstituiert werden könnte.

Strukturwandel, Arbeitsgesellschaft und Sozialpolitik

Weltwirtschaftlich vollzog sich im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre der forcierte Strukturwandel vom Industriezeitalter in das Zeitalter der Neuen Technologien und der Dienstleistungsgesellschaft. Die Wucht dieses Wandels traf beide deutschen Staaten; aber je länger desto mehr zeigte sich, dass die Zentralverwaltungswirtschaften des Ostblocks diesen Wandel nicht zu bewältigen vermochten. Die Sowjetunion und ihr Imperium waren zwar in der Lage, den schwerindustriellen Zyklus mitzumachen und auch im Bereich der Atomenergie den Anschluss an den Westen zu halten. Mit dem weltweiten Krisenzyklus und dem Niedergang der Schwerindustrie verschärften sich die systemimmanenten Schwächen der Planwirtschaft auf dramatische Weise. Industrieproduktion, Arbeitsproduktivität und Einkommen gerieten in eine lähmende Wachstumshemmung. Innovative Impulse fehlten. Gegenüber dem Westen, der den Übergang zur „postindustriellen“ Gesellschaft forcierte, verlor der Ostblock definitiv den Anschluss.¹²

⁹ Vgl. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv (DA), 37 (2004) 1, S. 123–127. Vgl. auch: Henrik Bispinck u. a., Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: VfZ, 53 (2005), S. 547–570; Ulrich Mählert/Manfred Wilke, Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: DA, 37 (2004) 3, S. 465–474.

¹⁰ Vgl. Christoph Kleßmann, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 18–19, S. 3–11, sowie ders., Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: ders./P. Lautzas (Anm. 1), S. 20–37. Vgl. auch die Einleitung der Herausgeber in: Arnd Bauerkämper/

Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 12–15. Zur Kritik siehe Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, (2005) 1–2, S. 10–17.

¹¹ Ch. Kleßmann, Konturen (Anm. 10) u. Spaltung (ebd.). Die weiteren „Leitlinien“: „Chance zum Neubeginn“, „Blockbildung und innere Folgen“, „Eigendynamik der beiden Staaten“, „Abgrenzung und asymmetrische Verflechtung“ sowie „Erosionserscheinungen“.

¹² Vgl. David Landes, Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind, Berlin 1999, S. 497–501; Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999, S. 172 ff.

Eine Strukturgeschichte der internationalen Beziehungen wird hier wesentliche Antriebskräfte für das Ende des Kalten Krieges erblicken. Zugleich griffe es freilich zu kurz, im Sinne der oben zurückgewiesenen Teleologie einfach die ökonomische Überlegenheit des Westens zu konstatieren. Tatsächlich zog der Strukturwandel auch hier ausgesprochen schmerzhaft Anpassungsprozesse nach sich, die im Falle der deutschen Zeitgeschichte die vergleichende Perspektive erheischen.¹³ Forschungsstrategisch heißt dies, dass Themen wie die westliche „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die „verdeckte“ Arbeitslosigkeit in der DDR zum Ausgangspunkt vergleichender Problemstellungen erhoben werden sollten. Ebenso lässt sich nach dem Fortwirken „industrieller“ Mentalitäten fragen, die den Strukturwandel möglicherweise behinderten. Zu denken wäre auch an den zeitversetzten Vergleich von Regionen mit beschleunigter Entindustrialisierung wie dem Ruhrgebiet während der 1970er und 1980er und ausgewählten Industriegebieten in den neuen Bundesländern wie etwa dem mitteldeutschen Chemiedreieck während der 1990er Jahre.¹⁴

Schließlich sollte die auffällige Intensität diskutiert werden, mit der beide Staaten nach Legitimation durch Sozialpolitik strebten. Zu fragen wäre in diesem Kontext nach den gemeinsamen Wurzeln deutscher Sozialstaatlichkeit, aus denen nach 1945 zwar systemspezifisch höchst differente, faktisch aber parallele Politiken und Legitimationsmuster erwachsen. Das Problem, inwieweit hier in beiden deutschen Staaten ältere „Pfadabhängigkeiten“ zur Geltung kamen, verweist auch auf die Geschichte des wiedervereinigten Deutschland, in dem ja die sozialstaatliche Legitimität im Hinblick auf die krisenhafte Integration der neuen Bundesländer eine entscheidende Rolle spielt.¹⁵

¹³ Vgl. H. Wentker (Anm. 10), S. 15 f.

¹⁴ Vgl. Dierk Hoffmann, Leistungsprinzip und Versorgungsprinzip: Widersprüche der DDR-Arbeitsgesellschaft, in: ders./Michael Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 90–113.

¹⁵ Vgl. Andreas Wirsching, Politische Generationen, Konsumgesellschaft, Sozialpolitik. Zur Erfahrung von Demokratie und Diktatur in Zwischenkriegszeit und Nachkriegszeit, in: Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 43–64, hier S. 59–63; Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege

Auch der Basisprozess der gesellschaftlichen Individualisierung sollte in eine gesamtdeutsche Perspektive gestellt werden. In einem weiteren Sinne bezieht sich dieser Sammelbegriff auf eine grundlegende Bewegungsrichtung der Moderne, evoziert also sehr allgemeine Fragen der Verfasstheit moderner Massengesellschaften. Im konkreteren Sinne fokussiert der Begriff jenes Bündel von Veränderungen, die seit den 1970er Jahren einen fundamentalen soziokulturellen Wandel der westlichen Gesellschaften bewirkten. Zunehmend losgelöst aus traditionellen Bindungen und Rollen, sah sich der Einzelne herausgefordert, seinen eigenen Lebenslauf zu konstruieren. Lebensentscheidungen mussten außerhalb traditionell normierter Sozialbezüge bewusst „geplant“ werden. Wenn diese Situation auch neue Freiheiten versprach, so generierte sie doch zugleich neue Risiken, zumal, wenn Individualisierung auch die Freisetzung aus bekannten Versorgungssicherheiten bedeutete.¹⁶ Umstritten bleibt dabei, wie weit dies mit einem Übergang zu „postmaterialistischen“ Werten korrespondierte oder inwiefern nicht eher mit Helmut Klages von einer Veränderung der Ich-Umwelt-Relation im Sinne der Verschiebung von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ hin zu „Selbstentfaltungswerten“ gesprochen werden sollte.¹⁷

Zwar steht für die DDR demoskopisches und sozialwissenschaftliches Datenmaterial nicht in dem Maße zur Verfügung wie für die Bundesrepublik; aber auch wenn die Quellenlage zum Teil unterschiedliche methodische Herangehensweisen erfordert, dürfte eine vergleichende Betrachtungsweise des Erfahrungsraumes Individualisierung und Wer-

deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998; Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006.

¹⁶ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine neue Moderne, Frankfurt/M. 1986; A. Wirsching (Anm. 5), S. 313–328.

¹⁷ Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing values and political styles among western publics, Princeton/N.J. 1977; Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt/M.–New York 1985; ders., Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft, Frankfurt/M.–New York 1993.

tewandel erheblichen Gewinn versprechen. Ins Zentrum gerückt werden insbesondere Probleme der Geschlechtergeschichte, der Familienstrukturen sowie des generativen Verhaltens. So beschränkte sich die so genannte „zweite demographische Transition“, das heißt der säkulare Geburtenrückgang seit den 1970er Jahren, keineswegs auf die westlichen Gesellschaften.¹⁸ Auch die Frage, inwieweit das kommunistische Leitbild der vollständig in den Arbeitsprozess integrierten Frau mit der westlichen Forderung nach weiblicher „Selbstverwirklichung“ korrespondierte, würde auf den genannten gesamtdeutschen Erfahrungsraum verweisen.

Massenkultur und Konsumgesellschaft

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass das westliche Freiheitsversprechen, basierend auf Individualisierung, Wertewandel und Massenkultur, tief in die DDR hineinwirkte. So wurde das „Westfernsehen“ zu einer Art gesamtdeutschem Fernsehen und trug enorm zur innerdeutschen „Nationsbildung“ bei. Mit dem Fernsehen ragte das westliche Konsum- und Freizeitversprechen wie ein Schaukasten und in geradezu paradiesischer Verdichtung in die DDR hinein.¹⁹

In beiden Staaten wurden Konsum und Freizeit zu Leuchttürmen des Alltags und implizierten eine systemspezifisch jeweils unterschiedliche Antwort auf die Frage nach der kulturellen Verankerung moderner Massengesellschaften.²⁰ Eine historische Theorie der Konsumgesellschaft könnte sich an einem Dreiphasenmodell orientieren, wobei sich selbstverständlich breite Überlappungen ergeben: Auf die Entfaltung der industriellen Klassengesellschaft folgte zunächst eine kulturelle Nivellierung durch Massenkonsum.

¹⁸ Vgl. Michael Schwartz, Emanzipation zur Nützlichkeit: Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR, in: D. Hoffmann/ders. (Anm. 14), S. 47–87; Dirk J. van de Kaa, Europe's Second Demographic Transition, in: Population Bulletin, 42 (1987) 1.

¹⁹ Vgl. Axel Schildt, Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in: A. Bauerkämper u. a. (Anm. 10), S. 58–71.

²⁰ Vgl. Christoph Kleßmann (Hrsg.), The Divided Past. Rewriting Post-War German History, Oxford–New York 2001.

Erst ihr Durchbruch in einer zu Überfluss und Uniformierung tendierenden Konsumgesellschaft eröffnen dem Individuum neue Möglichkeiten zur Identitätsbildung. Die soziale Konstruktion von Individualität, jenes entscheidende Kennzeichen der Moderne, erfolgt in der Konsumgesellschaft also nicht mehr wie in den vormodernen Gesellschaften durch die Mentalität der Produzenten; vielmehr ergibt sie sich aus der aktiven (Kauf-) Wahl und Inszenierung mittels Konsum, der zuallererst die Welt der „feinen Unterschiede“ begründet.²¹

Beide deutschen Staaten unterlagen auf jeweils spezifische und zugleich auf „asymmetrisch verflochtene“ Weise dem Paradigma der modernen Konsumgesellschaft. Nach einer langen, in Deutschland besonders hartnäckig persistierenden Periode der Verbraucherkritik und der Ächtung der Konsumgesellschaft²² etablierte sich in der Bundesrepublik der Konsum bald als legitime, ja notwendige Lebensäußerung. Konsum trat als Möglichkeit individueller Distinktion hervor, er wurde zum „Medium der Individualisierung“, mittels dessen sich personale oder auch regionale „Identität“ entfalten ließ.²³ In Anlehnung an amerikanische Vorbilder fand nun auch die Vorstellung einer „Konumentenrepublik“ Eingang, bestehend aus mündigen „Kunden-Bürgern“, die durch Konsum sowohl ihre persönlichen Wünsche wie auch ihre bürgerlichen Pflichten erfüllten.²⁴

In der DDR spielte der Konsum eine prekäre Rolle zwischen Herrschaftslegitimation und Partizipationssehnsucht. Konsumpolitischer Anspruch des Regimes und die karge Realität der Praxis lagen weit auseinander.²⁵

²¹ Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982, S. 405 ff.

²² Vgl. exemplarisch Detlef Briesen, Warenhaus, Massenkonsum und Sozialmoral. Zur Geschichte der Konsumkritik im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M.–New York 2001.

²³ Hannes Siegrist, Regionalisierung im Medium des Konsums, in: Comparativ, 11 (2001), S. 7–26, hier S. 9.

²⁴ Vgl. Sheryl Kroen, Der Aufstieg des Kundenbürgers? Eine politische Allegorie für unsere Zeit, in: Michael Prinz (Hrsg.), Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 533–564, v. a. S. 555.

²⁵ Vgl. zur Konsumpolitik der DDR Stephan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Konrad

Die Verheißungen des Regimes von einer besseren Zukunft prallten auf notorisch enttäuschte Konsumerwartungen. Das sich hieraus ergebende Wechselspiel von staatlichen Vorgaben und gesellschaftlicher Reaktion gehörte von Beginn an zu den Strukturelementen der DDR-Geschichte und bildete auch einen Subtext des Volksaufstands vom 17. Juni 1953.¹²⁶ Realökonomisch entfaltete sich die moderne Konsumgesellschaft zwar allein im Westen, aber ihre Auslagen waren auch in der DDR zu sehen. Mithin bildeten Massenkultur und Konsumgesellschaft einen im Einzelnen noch näher zu bestimmenden gesamtdeutschen Erfahrungsraum. Gerade die Jugend der 1980er Jahre in der DDR war in vielfältiger und komplexer Weise den Strömungen der westeuropäischen, insbesondere der bundesrepublikanischen Gesellschaft unterworfen. Dies galt sowohl für das steigende Bedürfnis nach Offenheit und politischer Partizipation als auch für die Rückwirkungen von Mode- und Individualisierungstrends.¹²⁷

„Vielen Werktätigen“, so ein SED-interner Erfahrungsbericht vom Januar 1989, bereitet es Probleme, „sich offensiv mit Erscheinungen in der BRD auseinanderzusetzen. (. . .). Von einer nach außen hin scheinbar funktionierenden Konsumgesellschaft zeigen sich viele beeindruckt. Sie äußern sich zum Warenangebot, dem Verkaufsniveau, vorhandenen Dienstleistungen, der angeblichen Sauberkeit der Städte und vielen anderen Erscheinungen mehr, im Vergleich zu unserer

Jaraus/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/M. 1997, S. 167–193; Philipp Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre*, Göttingen 2004; Judd Stitzel, *Von „Grundbedürfnissen“ zu „höheren Bedürfnissen“? Konsumpolitik als Sozialpolitik in der DDR*, in: D. Hoffmann/M. Schwartz (Anm. 14), S. 135–150; Annette Kaminsky, *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR*, München 2001.

¹²⁶ Vgl. Philipp Heldmann, *Negotiating Consumption in a Dictatorship: Consumption Politics in the GDR in the 1950s and 1960s*, in: Martin Daunton/Matthew Hilton (Eds.), *The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America*, Oxford u. a. 2001, S. 185–202.

¹²⁷ Vgl. die Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. 11. 1988, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89*, Berlin 1994, Dok. 6, S. 39–53.

sozialistischen Umwelt. Fragen werden gestellt, warum wir, obwohl wir doch auch viel arbeiten, nicht in gleicher Weise z. B. so ein Warenangebot sichern können.“¹²⁸ Die Aussicht auf politische Freiheit *und* auf Steigerung des persönlichen Konsums in der und durch die Bundesrepublik trug entscheidend dazu bei, dass der Zusammenbruch der DDR und die darauf folgende Vereinigung friedlich verliefen.

Den gemeinsamen Erfahrungsraum vermessen

Alles dies sind Elemente eines gemeinsamen Erfahrungsraums, der die Deutschen wahrscheinlich weitaus enger zusammenhielt, als sie sich bewusst waren. Auch reichte dieser Erfahrungsraum wesentlich weiter als die bloßen Intentionen der politischen Akteure. Ihn historiographisch zu vermessen heißt, eine gemeinsame Nachkriegsgeschichte jenseits des Studiums von Deutschlandpolitik und politischem Systemvergleich zu betreiben.

Auch braucht ein solcher Ansatz den – didaktisch freilich stets zu markierenden – Systemgegensatz von Demokratie und Diktatur nicht übermäßig zu betonen. Vielmehr gilt es den Raum mittels pragmatischer Problemstellungen und Forschungen auszuleuchten. Eine im engeren Sinne integrierte deutsche Nachkriegs- oder gar Nationalgeschichte wird damit noch keineswegs erreicht, und sie sollte auch nicht unbedingt das wissenschaftliche Leitmotiv sein. Anzustreben ist aber die größtmögliche Vielzahl von Einsichten in eine gemeinsame, wenn auch asymmetrische deutsche Nachkriegsgeschichte.

¹²⁸ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin, DY 30 IV 2/ 2 309 (Büro Krenz), Nr. 309, Bl. 13, Schreiben des Armeegenerals Dickel an Egon Krenz, 16. 1. 1989.

Martin Sabrow

Historisierung der Zweistaat- lichkeit

Der Aufstieg der Zeitgeschichte in Deutschland verbindet sich mit der historischen Rechenschaftslegung nach den beiden Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts, und er ist verknüpft mit den Pathosformeln der Vergangenheitsbewältigung und der Vergangenheitsaufarbeitung. Die Rolle, die diese Leitbegriffe der Zeitgeschichte als Wis-

Martin Sabrow

Dr. phil., geb. 1954; Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, 2005/06 Vorsitzender einer Expertenkommission der Bundesregierung zur Zukunft der DDR-Aufarbeitung. Direktor des Zentrums für Zeit-historische Forschung (ZZF) Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. schneider@zzf-pdm.de

senschaft zuweisen, ist Gegenstand der folgenden Überlegungen, die durch eigene Erfahrungen des Autors im Spannungsfeld von Fachforschung und Gedenkpolitik ange-stoßen wurden.

Im Versuch, Ge-schichte und Vorge-schichte der national-sozialistischen Herr-schaft mit den Mitteln der Fachwissenschaft

zu ergründen und dem „kommunikativen Beschweigen der Vergangenheit“ (Hermann Lübke) die Bereitschaft zur Bewältigung entgegenzusetzen, etablierte sich die Zeitgeschichte nach 1945 – zögernd und zunächst vorwiegend außerhalb der akademischen Lehre. Getragen vom gesellschaftlichen Bewusstsein, dass Vergangenheit nicht wieder gut, sondern lediglich bewusst gemacht und dem Vergessen entrissen werden kann, fand die Zeitgeschichte nach 1989 in der Hinterlassenschaft der kommunistischen Herrschaft ein neues und weites Feld. Bis dahin hatte die „DDR-Forschung“ ein Spartendasein als vorwiegend außeruniversitäre Nebendisziplin geführt; nun fand sie sich durch den abrupten Zeitenwechsel ihres Forschungsgegenstandes von der Gegenwart zur Vergangenheit obendrein mehr oder minder diskreditiert. Zur raschen fachlichen Erschließung der zweiten

deutschen Diktatur trugen viele Faktoren bei: zunächst der vereinigungsbedingte Elitenwechsel in Ostdeutschland, der den bis 1989 versperrten Zugang zur Innenwelt der kommunistischen Diktatur anders als in anderen postkommunistischen Gesellschaften unmittelbar und fast rückhaltlos öffnete; daneben die Neugier von Fach und Öffentlichkeit, Charakter und Funktionsweise des so überraschend zusammengebrochenen SED-Staates kennen zu lernen, sowie die in der Arbeit zweier Bundestags-Enquetekommissionen dokumentierte Bereitschaft des Gesetzgebers, keine zweite deutsche Vergangenheitsverdrängung zuzulassen; und schließlich die insgesamt in der westlichen Welt gewachsene Sensibilität für den Wert der Menschenrechte und die im westlichen Europa allenthalben, wiewohl ungleichmäßig voranschreitende Ablösung historischer Stolz-kulturen und ihrer heroischen Narrative durch die gestiegene Aufmerksamkeit für historisches Leiden und historische Lasten.

Stand der Aufarbeitung

Wie ertragreich die Bemühungen um Aufklärung über Staat und Gesellschaft der ostdeutschen Teilrepublik waren, lässt sich an den Publikationsbilanzen ihrer nunmehr über fünfzehn Jahre währenden Aufarbeitung ablesen. Zwar mögen noch viele Facetten der DDR-Geschichte unterbelichtet sein, und wie immer öffnen neue Forschungsleistungen zugleich auch den Horizont für neue Fragen, aber im Ganzen setzt sich die zweite deutsche Auseinandersetzung mit der eigenen Diktaturvergangenheit denkbar vorteilhaft von der ersten ab. In der jüngeren deutschen Zeitgeschichtsforschung überwog in den 1990er Jahren das Interesse an der DDR insgesamt deutlich jenes an der Bundesrepublik. In der Erinnerungskultur ist ein dichtes institutionelles Geflecht von Gedenkstätten und Lernorten entstanden, die sich mit der Geschichte der SED-Diktatur befassen. Sie haben zumindest im Berliner Raum mittlerweile eine ganz erhebliche und sogar geschichtstouristische Anziehungskraft erlangt, während die im Sommer 2006 ins Spiel gebrachte Idee eines West-Berliner Freiheitsmuseums mangels öffentlichen Interesses zumindest vorläufig sang- und klanglos wieder unterging.

Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Aufarbeitung hilft der DDR-bezogenen Zeitgeschichtsforschung, ihre heutige öffentliche Relevanz sichern. An den Universitäten ist sie, wie jüngere Erhebungen zeigen, in Lehre und Forschung nur ungleichgewichtig und insgesamt eher schwach repräsentiert, und auf dem jüngsten Deutschen Historikertag in Konstanz spielte die DDR kaum eine Rolle. Umso kräftiger entfaltet die DDR-Forschung sich außerhalb der Alma Mater: Eine vergangenheitspolitische Einrichtung wie die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unterhält eine eigene Abteilung „Bildung und Forschung“ und arbeitet auf der Grundlage eines Gesetzes, das in seiner jüngsten Novellierung die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR über das MfS hinaus zu einem seiner wesentlichen Zwecke erhebt. Analog zur jüngeren Entwicklung der größeren deutschen NS-Gedenkstätten betreiben auch DDR-Geschichtsorte in zunehmendem Maße eigene Forschungen, und sie werden dabei gestützt von einer 1998 auf Beschluss des Deutschen Bundestags eingerichteten Stiftung, die das projektbezogene Zusammenwirken von Wissenschaft, Bildung und gesellschaftlicher Aufarbeitung institutionalisiert hat. Fachhistoriker begleiten die Entstehung von Publikumsfilmen wie 2006 Florian Henckel von Donnersmarcks „Das Leben der Anderen“; Gedenkstättenpraktiker, Zeithistoriker und Akteure der ehemaligen Bürgerbewegung wirken wie im Fall der von der Bundesregierung berufenen Expertenkommission zur Zukunft der DDR-Aufarbeitung oder des Berliner Mauer-Konzeptes erfolgreich auf einen dauerhaften Schulterchluss von Milieugedächtnis, Geschichtspolitik und wissenschaftlichem DDR-Bild hin.

Geschichte und Gedächtnis

Doch die Aufarbeitungscoalition von Geschichte und Gedächtnis wirft nicht nur Gewinn ab; sie verursacht auch Kosten. Zunächst vertieft sie offenkundig die Spaltung zwischen unterschiedlichen Milieugedächtnissen, wie am Beispiel der DDR-Geschichte die härter werdende Konkurrenz zwischen dem geschichtspolitisch dominanten „Revolutionsgedächtnis“ der ehemaligen Bürgerbewegung und dem zuletzt auch öffentlich hervorgetretenen „Anschlussgedächtnis“ ehemaliger DDR-Eliten lehrt, das sich etwa im

März 2006 in einem von jedem Unrechtsbewusstsein freien Skandalauftakt ehemaliger MfS-Offiziere bei einer Diskussionsveranstaltung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen manifestierte.

Das auf Delegitimierung der DDR gerichtete Erinnerungsnarrativ hebt auf die politische Gegnerschaft zum SED-Regime und die friedliche Revolution des Herbstes 1989 ab und prägt den gedenkpolitischen Umgang mit der SED-Diktatur in der Öffentlichkeit. Die delegitimierende Gegenerzählung hingegen, die das Scheitern des sozialistischen Experiments infolge politischen Anschlusses und soziokultureller Kolonialisierung beschwört, unterstützt die weltanschauliche Verfestigung einer in der Bundesrepublik nicht angekommenen Erinnerungsgemeinschaft, deren dauerhafte Distanz zu den historisch-politischen Grundwerten der Bundesrepublik weitgehend hinter der politischen Koalitionsfähigkeit der PDS verborgen bleibt und nur gelegentlich, etwa im Streit um die historische Bewertung der Vereinigung von KPD und SPD 1946, zu Tage tritt. Noch problematischer ist, dass die vermutlich größte Akzeptanz in der ostdeutschen Bevölkerung eine dritte Geschichtserzählung genießt, die die lebensgeschichtliche Selbstbehauptung unter nicht selbst gewählten Umständen und wenig beeinflussbaren Veränderungen in den Mittelpunkt stellt.

Das sich vom Revolutions- und Anschlussgedächtnis gleichermaßen abhebende Wendegedächtnis der Bevölkerungsmehrheit findet sich öffentlich wenig repräsentiert und flüchtet sich in die Sehnsucht nach lebensnahen Erinnerungsorten, wie sie die allenthalben entstehenden DDR-Alltagsmuseen und eine ostdeutsche Produktnostalgie bis hin zum sozialistischen Diktaturkitsch repräsentieren. Gegenüber dieser Rivalität konkurrierender Erinnerungen ist die Zeithistorie in einer schwierigen Lage: Als wissenschaftliche Beobachterin hat sie nicht Partei zu nehmen, sondern ist ihrem Selbstverständnis nach bei allem Wissen um ihre historische Bedingtheit und politische Beeinflussbarkeit allein der Wahrheit verpflichtet. Sie hat die geschichtsrevisionistische Engführung der deutschen Einigung von 1989 mit dem österreichischen Anschluss von 1938 ebenso zurückzuweisen wie die Heroisierung der im ostmitteleuropäischen Vergleich überaus schwachen DDR-Opposition zur revolutionären Gegenmacht des SED-Re-

gimes oder die Nivellierung des Übergangs von der Unfreiheit zur Freiheit zu einer bloßen Richtungswende. Als Partnerin der Aufarbeitung ist die Zeithistorie zugleich Akteurin, die geschichtspolitische Entscheidungen nicht nur analysiert, sondern vorbereitet. Sie ist bei der Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes ebenso gefragt wie bei der Schaffung und Ausrichtung von Gedenkorten und der Zukunft des städtebaulichen Diktaturerbes. Ihr Beitrag zum öffentlichen Erinnerungsdiskurs findet seine tiefste Fundierung in den Werten des freiheitlichen Rechtsstaates, dessen Kern der Schutz vor diktatorischer Willkür und die Empathie mit ihren Opfern ist.

Ein zweiter aufarbeitungsbedingter Kostenfaktor liegt in der Gefahr einer Verinselung der DDR-Forschung und ihrer Abkoppelung von der internationalen Fachentwicklung. Der Zusammenbruch der DDR und das Ende der Teilung hat die DDR-Forschung zu kritischer Selbstbefragung und inhaltlicher Neuausrichtung geführt, aber ihre thematische Konturierung weitgehend unberührt gelassen: Vor und nach 1989 konzentrierte sie sich auf die Erforschung der DDR und gab deren Einbettung in eine Gesamtgeschichte der deutschen und europäischen Nachkriegszeit wenig Raum. Nun lassen sich gute Gründe für die anfängliche Dominanz einer stärker isolierenden Erforschung der kaum aus der Gegenwart in die Vergangenheit getretenen DDR anführen. Nach 1989 galt es zunächst, die vielen Geheimnisse zu lüften, in die die Diktatur ihre Geschichte gehüllt hatte. Es dauerte, bis die Fülle von Quellenmaterial einigermaßen bewältigt und die DDR nach den Standards des Faches angemessen erschlossen war. Auch legte der Diktaturcharakter zunächst vor allem Vergleichsperspektiven nahe, die einerseits auf die ostdeutsche Ausprägung des sowjetischen Zwangsvorbilds, andererseits auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den beiden großen Diktatorsystemen des 20. Jahrhunderts zielten und dabei auf totalitarismustheoretische Deutungsmodelle im Gefolge von Hannah Arendt und Carl Joachim Friedrich wie auf das Konzept der modernen Diktatur zurückgriffen. Heute zählt die DDR ungeachtet vieler offener Einzelfragen zu den besterforschten, tendenziell sogar eher überforschten Provinzen der Zeithistorie, und das öffentliche Relevanz sichernde Aufarbeitungsbündnis droht zu einer Sackgasse für die wissenschaftliche Aufarbeitung zu werden.

Historisierung contra Delegitimierung

Die DDR-Aufarbeitung setzt den Historisierungsanspruch der Fachwissenschaft in einen Dauerkonflikt mit dem Delegitimierungsanspruch der Erinnerungspolitik, aus dem es kein Entrinnen gibt, wenn die Zeitgeschichte sich ihrer öffentlichen Inanspruchnahme nicht grundsätzlich verweigern will. Wohl aber bieten sich Wege an, das Dilemma der zeitgeschichtlichen DDR-Aufarbeitung erträglich zu machen. An oberster Stelle steht dabei die Aufgabe der Fachwissenschaft, in der Sphäre der Gedenkpolitik und der Erinnerungskultur kompromisslos auf die Einhaltung fachlicher Standards zu dringen. Gleichviel, ob es um die wissenschaftliche Abteilung der Gauck-Birthler-Behörde, die Einrichtung von DDR-Museen oder die projektgebundene Forschungsfinanzierung an Gedenkstätten und Lernorten geht, stets und überall bedarf es der Beratung und Begutachtung durch die Fachwissenschaft, um darauf hinzuwirken, dass das öffentlich vermittelte DDR-Bild dem zeitgeschichtlichen Erkenntnisstand ebenso wie den didaktischen Maximen von Kontroversität und Nicht-Überwältigung entspricht. Wie unentbehrlich und zugleich umstritten die Wahrnehmung eines damit beanspruchten Wächteramtes sein kann, lehrte die öffentliche Debatte um die Rolle des Diktaturalltags in der künftigen DDR-Aufarbeitung, die sich bekanntlich an der Empfehlung der ministeriell beauftragten Expertenkommission entzündete, einer diagnostizierten Schiefelage der institutionalisierten DDR-Auseinandersetzung mit der stärkeren Würdigung des gesellschaftlichen Zusammenspiels von Herrschaft, Akzeptanz und Widerstand zu begegnen.¹

Genauso kommt es im Fachdiskurs aber auch darauf an, einer drohenden Verinselung des Forschungsgegenstandes DDR entgegenzuwirken. Die Aufgabe der Zeitgeschichte ist die Historisierung der DDR und ihre Einbettung in die system- und epochenübergreifen-

¹ Vgl. zur Auseinandersetzung um die Rolle des Alltags für die Diktaturaufarbeitung neben den im Deutschland Archiv, (2006) 4, 5 und 6, und in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, (2006) 3 und 4, publizierten Stellungnahmen von Michael Schwartz, Hermann Wentker und mir die in Kürze erscheinende Dokumentation: Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, hrsg. von Martin Sabrow u. a., Göttingen 2007.

den Bezüge des 20. Jahrhunderts. In den ersten Jahren nach dem Untergang des europäischen Kommunismus stand im Zentrum der komparatistischen Forschung der Diktaturenvergleich. Zu Unrecht wurde er besonders in seiner diachronen Ausprägung gern als bloße Vollstreckung eines geschichtspolitischen Delegitimierungsauftrags angesehen, der den gescheiterten Sozialismus in die Nachbarschaft des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs rücken wolle. Wie jede transfer- oder vergleichsgeschichtliche Untersuchung kann auch der historische Diktaturenvergleich durch die kontrastive Herausarbeitung der jeweiligen Spezifika wie durch die parallelisierende Ermittlung von Übereinstimmungen dazu beitragen, Distanz zum Untersuchungsgegenstand DDR zu gewinnen und seinen Eigencharakter als Spielart totalitärer Herrschaft zu bestimmen. Gleichwohl scheint sich zumindest der Vergleich von Stalinismus bzw. Kommunismus mit Nationalsozialismus und Faschismus – anders als der ostmitteleuropäische Diktaturenvergleich – weitgehend erschöpft zu haben. Tatsächlich ist er ungeachtet zahlreicher Bemühungen um eine Revitalisierung der Totalitarismustheorie und des Deutungskonzepts der politischen Religion nicht weit über die nüchterne Differenzierung zwischen der analytischen Unfruchtbarkeit integraler Vergleiche einerseits und den begrenzten Möglichkeiten sektoraler Vergleiche andererseits hinausgekommen, und auch das konkurrierende Konzept der modernen Diktatur hat seine erhofften Erkenntnispotenziale nur in Ansätzen entfaltet.¹²

Stattdessen beginnt sich der Blick auf die deutsch-deutsche Beziehungsdimension zu schärfen, der bereits vor 1989, und zwar in Gestalt eines dem Anspruch nach äquidistanten Systemvergleichs, eine prominente Rolle gespielt hatte, um nach dem Untergang des einen Vergleichspartners zunächst als gründlich diskreditiert zu gelten. 2005 legte eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe von Zeithistorikern und Fachdidaktikern die Ergebnisse ihrer zweijährigen Bemühungen vor, die beiden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen der deutschen Nachkriegsgeschichte aus einer

¹² Hierzu zuletzt Gerhard Besier unter Mitarbeit von Katarzyna Stokłosa, *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006, S. 673 ff.

integralen Perspektive zu erfassen, ohne ihre strukturelle Unterschiedlichkeit zu negieren.¹³ Aus ganz anderer, nämlich gezielt gleichsetzender Perspektive versuchte ein 2006 erschienen Lexikon „Deutsche Zeitgeschichte von 1945–2000“ schon mit dem gewählten Vergleichsansatz die gewünschte Gleichgewichtigkeit und in vielem auch strukturelle Gleichartigkeit der beiden Nachkriegsgesellschaften auf deutschem Boden mit den Mitteln der zeitgeschichtlichen Analyse zu untermauern.¹⁴

Gemeinsame Nationalgeschichte?

Die Konjunktur gemeinsamer Fragen an die geteilte deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 kommt also nicht unerwartet und wird nicht zuletzt vom wachsenden zeitlichen Abstand gespeist: Je länger die Zeit der wieder gewonnenen Einheit währt, desto stärker wächst der Impuls, die allmählich zur Episode schrumpfende Teilungsepoche¹⁵ in das überwölbende Narrativ der gemeinsamen Nationalgeschichte einzupassen.

Die analytischen Chancen einer Zusammenschau der deutschen Doppelgeschichte liegen auf der Hand: Sie arbeitet die gemeinsamen Ausgangslagen und Entwicklungsbedingungen in Ost- und Westdeutschland heraus. Sie verdeutlicht die vielen Parallelen der deutsch-deutschen Entwicklung etwa in der jeweiligen Blockintegration und Blockemanzipation, im Umgang mit dem lastenden Erbe der NS-Zeit, in den systemübergreifenden Konjunkturen von Fortschrittsoptimismus und Planungseuphorie, im gemeinsamen Festhalten an einem industriegesellschaftlichen Arbeitsparadigma, im Umgang mit gemeinsamen Herausforderungen der Rohstoffversorgung, der Ressourcenknappheit und der Umweltbelastung. Der

¹³ Vgl. Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte*, Bonn 2005.

¹⁴ Vgl. Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 2006.

¹⁵ So der Titel eines Versuches von Peter Bender, schon Mitte der 1990er Jahre die beiden deutschen Staaten und ihre Gesellschaften unter dem Blickwinkel ihrer Gemeinsamkeiten zu betrachten: *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*, München 1996.

Blick auf die gemeinsame Geschichte in der Zeit der Teilung macht die innerdeutschen Abhängigkeiten und Einflüsse fassbar, die die Entwicklung des östlichen und des westlichen Teilstaats prägten: Auf sozialpolitischem Gebiet trug die östliche Alternative zur Ausbildung des westdeutschen Sozialstaatsmodells bei und trieb der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft die sozialistische Planwirtschaft in eine ihre Leistungskraft überfordernde Systemkonkurrenz, an deren Ende der ökonomische Kollaps der DDR stand. Politisch-kulturell nutzten beide Systeme die Abgrenzung vom Gegner zur Integration ihrer Bevölkerungen und wiesen ungeachtet ihrer ideologischen Entgegensetzung zahlreiche Parallelen etwa in der zeitweiligen Ausbildung eines paternalistischen Herrschaftsstils oder im Umgang mit der NS-Vergangenheit auf. Nicht selten verhinderte – wie im Fall der politischen Belastung von Nachkriegseliten oder der Verstrickung der historischen Disziplin in die nationalsozialistische Vertreibungspolitik im Osten – die innerdeutsche Legitimationskonkurrenz sogar eine konsequentere Auseinandersetzung mit der eigenen Belastung.

Allerdings verlangt die Einbettung der DDR in eine gemeinsame Nachkriegsgeschichte eine Reihe methodischer Vorüberlegungen. Bei weitem nicht jeder Aspekt der DDR-Geschichte erschließt sich aus diesem Blickwinkel. Die fortschreitende politische und wirtschaftliche, in Ansätzen auch kulturelle Integration der DDR in den sowjetischen Machtblock verlangt nach anderen als nationalgeschichtlichen Deutungsmustern, und die gegensätzliche Bedeutung von „1968“ als generationeller Ausdruck einer durchgreifenden Liberalisierung der Bundesrepublik und endgültiger Abbruch der reformsozialistischen Hoffnungen in der DDR unterstreicht die begrenzte Reichweite eines gemeinsamen Blicks. In jedem Fall waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in hohem Maße asymmetrisch. Während das SED-Regime auch in der radikalen Abgrenzung auf das Bonner Gegenüber fixiert blieb, trat die DDR für die Bundesrepublik mit den Jahren immer weiter in den Hintergrund. Zur Erfassung dieser komplexen Relation hat Christoph Kleßmann schon vor Jahren mit dem Begriff der „asymmetrisch verflochtenen Parallel- und Kontrastgeschichte“ ein bis heute gültiges Interpretationskonzept vorge-

geben¹⁶ und jüngst zusammen mit Konrad Jarausch in einem Phasenmodell umgesetzt.¹⁷

Anders als die immer auch politisch-kulturelle Absichten verfolgende Aufarbeitung ist das Konzept einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte nicht darauf angewiesen, der Zusammenschau von ost- und westdeutscher Entwicklung den normativen Unterschied von Diktatur und Demokratie zugrunde zu legen, wie dies jüngst insbesondere von Günther Heydemann und Horst Möller gefordert wurde. Wenn sich Zeitgeschichte nicht zur bloßen Sieggeschichte machen, sondern an das Neutralitätspostulat der Werturteilsfreiheit halten will, tut sie gut daran, ihr Blickfeld nicht durch eine vorgängige Parteinahme trüben zu lassen. Natürlich kam es für die historische Entwicklung in beiden deutschen Staaten entscheidend darauf an, ob Entscheidungen unter den Bedingungen politischer Freiheit und individueller Autonomie getroffen wurden oder nicht. Aber generationelle Umbrüche, weltwirtschaftliche Konjunkturerinbrüche, massenmediale Entwicklungsschübe und Aufstieg bzw. Niedergang von Planungseuphorie und Fortschrittsoptimismus vollzogen sich quer zu den Scheidelinien von freiheitlicher und unfreiheitlicher Gesellschaft. Wer aus normativer Perspektive das Pendant des bundesdeutschen Rechtsstaats allein als ostdeutschen Unrechtsstaat zu erfassen versucht, versperrt sich den Weg zum Verständnis für die Binnenlegitimation der zweiten deutschen Diktatur und für die Handlungsmotive ihrer Träger, die die Unterordnung des formalen Rechtes unter eine politisch definierte Gerechtigkeit als Ausdruck einer überlegenen Rechtsordnung verstanden haben mochten. Nicht als normative Erkenntnisgrundlage trägt die Unterscheidung von Demokratie und Diktatur für die Wissenschaft von der Zeitgeschichte ihren Nutzen, sondern als historische Leitfrage nach der Herausbildung der beiden gegensätzlichen politischen Ordnungen, die in der Zeit

¹⁶ Vgl. Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999.

¹⁷ Vgl. Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1 (2004) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-1-2004 (12. 12. 2006).

von 1949 bis 1989 hüben wie drüben zahlreiche Wandlungen durchliefen.

Im gegenwärtigen Aufarbeitungsbündnis von Geschichte und Gedächtnis kommt der Fachwissenschaft schließlich in besonderem Maße die Aufgabe der metahistorischen Reflexion zu. Sie ist im Verbund mit anderen Geistes- und Sozialwissenschaften dafür zuständig, die Entwicklung der Vergangenheitsvergegenwärtigung nach 1945 von der Verdrängung über die Bewältigung zur Aufarbeitung nachzuzeichnen und die Bedingungen und Modi zu beschreiben, unter denen das Heute sich auf das Gestern bezieht. Der Wille zur Aufarbeitung, der die Auseinandersetzung mit der Diktaturvergangenheit nach 1989 von der nach 1945 unterscheidet, ist nicht zu denken ohne die Etablierung einer Erinnerungskultur, welche Zukunftsbindung in starkem Maße durch Vergangenheitsbindung ersetzt hat und zugleich eklatant an politischer Distinktionskraft eingebüßt hat.

Der zeitgeschichtliche Aufarbeitungskonsens ist längst parteiübergreifend geworden, und gerade darum benötigt er das Korrektiv einer Zeitgeschichtsforschung, die in die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit das Eigengewicht einer auf reflexive Distanzierung bedachten Disziplin einzubringen vermag und den legitimen Ambitionen staatlicher Gedenkpolitik und öffentlicher Moralisierung ihren eigenen Anspruch entgegenhält: den einer nüchternen Historisierung der DDR und der deutschen Zweistaatlichkeit, die sich ihrer eigenen Geltungsgrenzen bewusst ist.¹⁸ Nur dort, wo sich in der Aufarbeitung einer unbequemen Vergangenheit die Eigenlogik der zeithistorischen Wissenschaft gleichberechtigt neben der der politisch-moralischen Aufklärung entfalten kann, wird sich das politische Bekenntnis zu den Werten einer freiheitlichen Gesellschaft dauerhaft mit der historischen Erkenntnis über das Wesen ihrer diktatorischen Herausforderung in der Moderne des 20. Jahrhunderts verbinden können.

¹⁸ Vgl. zur Auslotung dieser Geltungsgrenzen in Bezug auf die ungleich schwerere Last des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs die berühmte Kontroverse: Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988) 2, S. 339–372.

Katrin Hammerstein

Deutsche Geschichtsbilder vom National- sozialismus

Das Opfer der Gewaltherrschaft – so lautet der Titel des 1983 eingeweihten Denkmals der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen in Österreich. Errichtet wurde es auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Liedtke, dem bei einer Besichtigung der Gedenkstätte ein prekäres Defizit aufgefallen war: Unter den dort zum Gedenken an die jeweiligen Opfer aufgestellten nationalen Denkmälern befand sich eines der DDR, ein bundesdeutsches aber fehlte.¹⁹

Dieses Beispiel weist auf einen für den öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland wesentlichen Aspekt: Auch dieser Bereich war von der Konkurrenzsituation der beiden deutschen Staaten geprägt und damit von gegenseitigen Reaktionen und Bezogenheiten. Geradezu versinnbildlicht wurde dieser Zusammenhang durch die Wahl des Standorts. So wurde das Denkmal der Bundesrepublik links des 1975 errichteten jüdischen aufgestellt, gewissermaßen in spiegelbildlicher

Katrin Hammerstein

M.A., geb. 1977; Doktorandin im Graduiertenkolleg „Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in Europa“, Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK)/ Historisches Seminar der Universität Heidelberg, Postfach 10 57 60, 69047 Heidelberg. Katrin.Hammerstein@urz.uni-heidelberg.de

Dieser Beitrag geht aus einem Dissertationsprojekt zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Bundesrepublik, DDR und Österreich hervor, das im Rahmen des Heidelberger Graduiertenkollegs zur Zeitgeschichte „Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in Europa“ entsteht.

¹⁹ Zur Entstehungsgeschichte der Denkmäler vgl. Bertrand Perz, Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck 2006, S. 181–187.

Korrespondenz zum rechts davon stehenden Monument der DDR.

Deutlich wird damit, wie wichtig eine integrative Betrachtung beider Staaten ist, auch und gerade im Blick auf den Umgang mit dem gemeinsamen Erbe der NS-Vergangenheit. Untersuchungen zu dieser Thematik, die eine gesamtdeutsche Perspektive einnehmen, akzentuieren häufig die Unterschiede von „zweierlei Bewältigung“ der „geteilten Vergangenheit“.¹² Das Augenmerk sollte jedoch weg von der Kontrastgeschichte hin auf Parallelen, Gemeinsamkeiten und Verflechtungen gelenkt werden,¹³ insbesondere bei der Betrachtung der sich auf Regierungsseite durchsetzenden Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. Denn mit der Gründung zweier deutscher Staaten ging die Etablierung nicht nur konträrer, sondern zugleich komplementärer Geschichtserzählungen auf offizieller Ebene einher. Karl Dietrich Erdmann hat diese Gegensätzlichkeit bei gleichzeitiger Aufeinanderbezogenheit auf den Begriff der „dialektischen Einheit“¹⁴ gebracht. Der Beitrag konzentriert sich daher auf Gemeinsamkeiten und Analogien bzw. wechselseitige Entsprechungen und gegenseitige Bezugnahmen bei der Einordnung des Nationalsozialismus in die Geschichte, ohne natürlich die

¹² So die Titel von Ulrich Herbert/Olaf Groehler (Hrsg.), *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992 und Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995.

¹³ Vgl. z. B. Martin Sabrow, *Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur*, in: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2005, S. 132–151; Christoph Classen, *Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten*, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 101–126.

¹⁴ Karl Dietrich Erdmann, *Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 36 (1985), S. 671–683, Zitat S. 682. Vgl. auch Edgar Wolfrum, *Die beiden Deutschland*, in: Volkhart Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 133–149, hier S. 146.

grundsätzlichen systemspezifischen Unterschiede der beiden Staaten und ihrer Narrationen verwischen zu wollen.

Gemeinsamkeiten ergeben sich zunächst hinsichtlich der Funktionen der Geschichtsbilder, die generell der „sozialen Binnenintegration, der kulturellen Identitätsbildung und der politisch-symbolischen Herrschaftslegitimierung“¹⁵ dienen. In den beiden deutschen Staaten sollten sie vor allem das neue – antitotalitär-demokratische respektive sozialistische – Staatswesen legitimieren und stabilisieren sowie die Bevölkerung integrieren. Dabei galt es, die politisch gebotene Abkehr vom Nationalsozialismus mit einer für die Bevölkerung akzeptablen Erzählung über das „Dritte Reich“ zu verbinden. Zugleich fungierte das Geschichtsbild als Abgrenzungsinstrument, indem es den jeweils anderen deutschen Staat zu delegitimieren versuchte.

Antifaschistische Helden und dämonischer (Ver-)Führer

Durch eine als Erlösungs- und Siegeregeschichte formulierte Widerstandserzählung verwahrte sich die DDR gegen jegliche Schuld am Nationalsozialismus. Im parteioffiziellen Geschichtsbild wurde die Kriegsniederlage in einen Sieg umgedeutet, den der antifaschistische Widerstand an der Seite der „ruhmreichen Roten Armee“ über das faschistische Regime errungen habe. Gleichsam die Krönung des opfervoll und heroisch geführten Befreiungskampfes und damit eine Art Erlösung bildete die ostdeutsche Staatsgründung. Mit dem Gründungsmythos des Antifaschismus konnte sich die DDR als neuer Staat ohne Kontinuität zum „Dritten Reich“ und damit – in Abgrenzung zur Bundesrepublik – als „das bessere Deutschland“ definieren.¹⁶ Der Verweis auf die Traditionen des antifaschistischen Widerstandskampfes hatte einen wahren Kern, insofern ein Groß-

¹⁵ Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München–Wien 1995, S. 21.

¹⁶ Vgl. Christiane Brenner, *Verordnete Vergangenheitsbewältigung: Nationalsozialismus und antifaschistisches Traditionsverständnis im Geschichtsbild der DDR*, in: *Bohemia*, 34 (1993), S. 279–294, hier S. 288; Jürgen Danyel, *Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR*, in: ders. (Anm. 2), S. 31–46.

teil der Führungselite des neuen Systems tatsächlich dem Widerstand während der NS-Zeit angehört hatte oder im Exil gewesen war. Diese Erfahrung wurde nun auf die DDR übertragen, deren Bürger nicht nur zu Märtyrern und Helden, sondern zu „Siegern der Geschichte“ avancierten.

Derart selektiv konnte die Bundesrepublik das nationalsozialistische Erbe nicht antreten.¹⁷ Als Rechtsnachfolgerin des Reiches musste sie die Verantwortung für den Nationalsozialismus übernehmen. Allerdings wurde diese zugleich – ironischerweise dem „Führerprinzip“ des „Dritten Reiches“ entsprechend – auf die NS-Führungselite reduziert. So ließ beispielsweise Bundesinnenminister Gerhard Schröder 1958 anlässlich des Gedenkens an das Attentat vom 20. Juli 1944 verlauten, für Verderbnis im totalitären Staat seien nicht die Millionenmassen, sondern die Inhaber der Macht verantwortlich; die Deutschen seien von einer verbrecherischen Führung in eine ausweglose Katastrophe gestürzt worden.¹⁸ Adolf Hitler wurde mystifiziert und zum „Dämon“ satanisiert, wie überhaupt das „Dritte Reich“ als Ganzes diabolisiert wurde und als „oktroiiertes wahnwitziges Abenteuer“¹⁹ erschien. Sehr plastisch wird die Deutung des Nationalsozialismus sowie des Zweiten Weltkrieges als „Wahnsinn des Führers“, unter dem das Volk zu leiden hatte, in einer Karikatur der „Hamburger Volkszeitung“ von 1947 illustriert, die Hitler als Nero in Toga und mit einer Hakenkreuz-Lyra vor der brennenden Stadt zeigt.¹⁰

Auch das Geschichtsbild der DDR reduzierte und externalisierte die Verantwortung, wenn auch ideologisch bedingt mit anderer Akzentuierung. Der von Alexander Abusch

1946 konstatierte „Irrweg einer Nation“ wandelte sich bald in einen „Irrweg der herrschenden Klassen“¹¹, die die – gegenüber dem Faschismus stets resistente gebliebene – Arbeiterklasse unterdrückt hätten. Indem für den Nationalsozialismus in erster Linie das „Finanz- und Monopolkapital“ verantwortlich gemacht wurde, konnte nicht nur die breite Bevölkerung in einer Art „Kollektivamnestie“¹² von Schuld freigesprochen werden, sondern auch die DDR, die diese Besitzklassen enteignet und so aus ihrer Sicht ein Wiederaufleben des Faschismus unmöglich gemacht hatte. Hitler als Handlanger der Monopolkapitalisten spielte in dieser Deutung eine geringere Rolle, weshalb sich auch keine vergleichbare Dämonisierung wie in der Bundesrepublik findet.

Die Frage nach der Verstrickung der breiten Bevölkerung in das NS-System wurde ausgeklammert, zumal deren Mitwirkung beim „sozialistischen Aufbau“ im Osten bzw. bei Demokratie und „Wirtschaftswunder“ im Westen notwendig war. So äußerte Walter Ulbricht 1948: „Wir müssen an die ganze Masse der Werktätigen appellieren, auch an die nominellen Nazis, an die Masse der technischen Intelligenz, die Nazis waren. Wir werden ihnen offen sagen: Wir wissen, dass Ihr Nazis ward [sic!], wir werden aber nicht weiter darüber sprechen; es kommt auf Euch an, ehrlich mit uns mitzuarbeiten.“¹³ Ähnlich die Regierungserklärung Konrad Adenauers von 1949, in der er ebenfalls für ein Beschweigen der Vergangenheit plädierte: „(I)m übrigen dürften wir nicht mehr zwei Klassen von Men-

¹⁷ Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 54–56.

¹⁸ Vgl. Gerhard Schröder, Rede zum 20. Juli 1958, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 22. 7. 1958, Nr. 130, S. 1381.

¹⁹ *Der Tagesspiegel* vom 8. 5. 1955, zit. nach Peter Hurrelbrink, *Der 8. Mai 1945 – Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland*, Bonn 2005, S. 86.

¹⁰ *Hamburger Volkszeitung* vom 24. 7. 1947, abgedruckt bei Malte Thieß, *Das Gedächtnis der Stadt. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005*, Diss. ms., Hamburg 2006, S. 141.

¹¹ Agnes Blänsdorf, *Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt–New York 1995, S. 18–45, Zitat S. 28; Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin 1946.

¹² Herfried Münkler, *Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen*, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg 2002, S. 79–99, Zitat S. 87.

¹³ Walter Ulbricht auf einer Innenministerkonferenz 1948, zit. nach Karin Hartewig, *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*, Köln–Weimar–Wien 2000, S. 259.

schen in Deutschland unterscheiden: die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien. Diese Unterscheidung muß baldigst verschwinden. (...) (W)o es (...) vertretbar erscheint, (gilt es,) Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben.“¹⁴

Zugespitzt formuliert maßen Ost und West der Loyalität gegenüber der neuen politischen Ordnung höhere Bedeutung zu als der deutlichen Absage an den Nationalsozialismus und machten die Bevölkerung quasi zu neuen „Mitläufern“. Besonders explizit wird das für die DDR in einer geradezu erpresserischen Äußerung Wilhelm Zaissers, des damaligen sächsischen Innenministers und späteren ersten Ministers für Staatssicherheit, von 1949: „Wir verlangen nicht den negativen Nachweis des Nichtbelastetseins, des Neutralseins, sondern den positiven Nachweis des Mitmachens (im neuen System).“¹⁵

Opferkonkurrenz

Die Tabuisierung individueller Verantwortung begünstigte die Ausprägung von Opfermentalitäten, die eine moralische Entlastung von der Vergangenheit ermöglichten. Statt aus der historisch gebotenen Täterperspektive erfolgte die Einordnung des Nationalsozialismus in die Geschichtsbilder in beiden Staaten in einer Art Selbstviktimisierung, um die Erfahrungen und Befindlichkeiten weiter Teile der Bevölkerung in die entschiedene Abkehr vom Nationalsozialismus integrieren zu können und so ein Identifikationsangebot zu schaffen.

Anstelle der Opfer der Deutschen rückten die Deutschen als Opfer in den Mittelpunkt der Wahrnehmung im Westen. Damit wurde „(e)iner der machtvollsten integrativen Mythen der fünfziger Jahre“¹⁶ geschaffen. Die

¹⁴ Konrad Adenauer, Regierungserklärung, 20. 9. 1949, in: Klaus Stüwe (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 35–47, Zitat S. 42 f.

¹⁵ Zit. nach P. Hurrelbrink (Anm. 9), S. 99.

¹⁶ Robert G. Moeller, Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik, in: Klaus Naumann (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 29–58, Zitat S. 33.

Bevölkerung empfand sich als Opfer des Krieges, den Hitler den Deutschen aufzuzwingen hatte – insbesondere galt Stalingrad als „Opfergang“¹⁷ –, als Opfer der Alliierten während des Krieges und danach, als Opfer von Flucht und Vertreibung oder eben des Nationalsozialismus überhaupt. Die ehemaligen NS-Anhänger avancierten zu „politisch Verführten“¹⁸ und standen als „erste Opfer Hitlers“ in der Opferhierarchie mindestens auf gleicher Stufe mit den tatsächlich in der NS-Zeit Verfolgten. Noch 1965 äußerte Bundespräsident Heinrich Lübke: „Die Zahl der deutschen Opfer (...) übersteigt die Zahl der Henker um ein Vielfaches. Die Leiden und der Tod dieser unserer Landsleute (...) verbinden unser Volk in Leid und Schmerz auch mit den sechs Millionen deutscher und ausländischer Juden.“¹⁹

Gewissermaßen wurden die „Märtyrer des 20. Juli“ das westdeutsche Pendant zu den antifaschistischen Helden der DDR. Wenn diese auch für das Geschichtsbild der Bundesrepublik vergleichsweise geringere Bedeutung hatten als der kommunistische Widerstand für das ostdeutsche, wurde von staatlicher Seite dennoch ein „politische(r) Kult um den 20. Juli“²⁰ betrieben, galt er doch als Beleg für ein „anderes“ und damit zukunftsfähiges Deutschland. Seine Implementierung als positives Bezugsereignis aus der NS-Zeit ist allerdings eine Erfindung „von oben“. Denn bei weiten Teilen der Bevölkerung galten die „Männer des 20. Juli“ lange Zeit als „Vaterlandsverräter“. Der Jahrestag wurde überdies gegen das ostdeutsche System instrumentalisiert, indem z. B. das Gedenken mit der Erinnerung an die Opfer des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 verbunden wurde: „Das Schicksal schien 1944 gegen die Männer und Frauen des ‚anderen Deutschland‘ im Dritten Reich, genauso wie gegen die Männer und Frauen des 17. Juni entschieden zu haben. In Wirk-

¹⁷ Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 97–99.

¹⁸ Ders., Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 405.

¹⁹ Heinrich Lübke, Rede zum 20. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen, 25. 4. 1965, zit. nach P. Reichel (Anm. 5), S. 158.

²⁰ Jürgen Danyel, Der 20. Juli, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, München 2001, S. 220–237, Zitat S. 233.

lichkeit aber ist uns diese Einmütigkeit im Handeln und Sterben für Freiheit und Recht zum Vorbild geworden, auf das unser ganzes Volk stolz sein sollte und aus dem es Kraft schöpfen darf zu einer Zeit, in der Freiheit und Recht in einem Teil unseres Vaterlandes noch immer mißachtet werden.“¹²¹

Aufgrund der Narration des Befreiungskampfes gegen den Nationalsozialismus hat die Viktimisierung der Bevölkerung in der DDR eine weniger passive Qualität als die westdeutsche. Dennoch lässt sich auch hier eine Hierarchisierung der „Opfer des Faschismus“ feststellen, in der die idealisierten antifaschistischen Widerstandskämpfer – pars pro toto Ernst Thälmann als heldenhafte Ikone – an erster Stelle standen. Wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Realität wie die rassistische und antisemitische Dimension blieben weitgehend unberücksichtigt.

Die Selbstviktimisierung ließ die Grenzen zwischen Tätern und Opfern in beiden deutschen Staaten verschwimmen, was eine Relativierung bzw. Ausblendung des verbrecherischen Charakters des Nationalsozialismus, des Massenkonsenses mit ihm sowie ganzer Opfergruppen zur Folge hatte. Im Blick auf die selektive Wahrnehmung der NS-Opfer gibt es wiederum wechselseitige Entsprechungen: Während die jüdischen und andere nicht-kommunistische Verfolgte in Ostdeutschland zu „Opfern zweiter Klasse“ degradiert wurden, wurden in Westdeutschland die sozialistischen und kommunistischen Verfolgten lange marginalisiert. Der Holocaust, heute essentieller Bestandteil der nationalen Erinnerung an die NS-Zeit und auch eines sich entwickelnden europäischen oder globalen Gedächtnisses, bildete zunächst eine Leerstelle in den Geschichtsbildern vom Nationalsozialismus; ebenso gilt dies für andere Opfergruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle, „Euthanasie“-Opfer, Zeugen Jehovas, „Asoziale“, Kriminelle oder Zwangsarbeiter. Bestimmte Opfergruppen wurden somit nicht nur Opfer der NS-Verfolgung, sondern in gewisser Weise auch der Geschichtskonstruktionen nach 1945.

¹²¹ Gerhard Schröder, Rede zum 20. Juli 1954, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes, 20. 7. 1954, Nr. 132, S. 1191 f., Zitat S. 1191.

Angesichts der in jüngster Zeit verstärkten Thematisierung der Deutschen als Opfer kann der Eindruck kreisförmiger Bewegungen von Geschichtssperzeptionen entstehen.¹²² Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Diskussion heute unter anderen Bedingungen stattfindet, z. B. im Rahmen einer Generationenverschiebung, die einen unbefangeneren Umgang mit dem Thema erlaubt. Dennoch birgt dies stets die Gefahr der Relativierung in sich, wie beispielsweise die Beanspruchung des Status als Opfer eines Völkermords durch die Sudetendeutschen bei ihrer Gedenkfeier im Jahr 2006 zeigte. Der Begriff des Genozids wird vergesellschaftet, vergleichbar dem Begriff des Holocaust.¹²³

Ideologien

Die Formulierung der Geschichtsbilder in Ost- und Westdeutschland erfolgte von dem identischen Ausgangspunkt als Nachfolgestaaten des „Dritten Reiches“. Die Rahmenbedingungen wiesen allerdings deutliche Unterschiede auf, vor allem im Blick auf die politischen Vorzeichen. So wurden verschiedene Wege eingeschlagen, wobei dem ideologischen Faktor und damit der spezifischen Wahrnehmung der Gegenwart zentrale Bedeutung zukam. Während die Deutung des Nationalsozialismus in der DDR im Rahmen des Antifaschismus erfolgte, lag der Interpretation in der Bundesrepublik der Antitotalitarismus zugrunde.

Mit dem „verordneten Antifaschismus“ (Ralph Giordano) wurde Hitler „gleichsam zum Westdeutschen“¹²⁴. Denn die im Osten gültige Definition des Faschismus als Folge von Kapitalismus und Imperialismus erlaubte, die Bundesrepublik als „kapitalistisch-imperialistischen Staat“ in Kontinuität zum NS-Regime zu stellen und ihr damit die Last

¹²² Insbesondere findet sich diese Tendenz in Dokumentar- und Spielfilminszenerungen wie „Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer“ (2001), „Die Kinder der Flucht (2006)“, „Der Untergang“ (2004), „Dresden“ (2006). Vgl. auch Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.

¹²³ Vgl. Henryk M. Broder, Der Holocaustneid. Die Sudetendeutschen wollen auch Opfer eines Völkermordes sein, in: Der Tagesspiegel vom 31. 5. 2006.

¹²⁴ Peter Bender, Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten, Berlin 1989, S. 48.

der NS-Vergangenheit zuzuweisen, während in der DDR aufgrund der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet sei.¹²⁵ Die westdeutsche Politik wurde als Fortsetzung bzw. Neuauflage des Nationalsozialismus diffamiert. Prominente Beispiele sind die so genannten „Braunbücher“ und die Kampagnen gegen Mitglieder der Bundesregierung, die diese als ehemalige NS-Funktionäre entlarven sollte. Es ging immer weniger um die Einordnung des Nationalsozialismus in die Geschichte oder gar eine Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit, sondern um dessen Instrumentalisierung als propagandistische Ressource.

Der ebenfalls „verordnete“ Antitotalitarismus in der Bundesrepublik – die NS-Zeit war in den Schulen z. B. im Rahmen der Totalitarismustheorie zu unterrichten¹²⁶ – setzte Nationalsozialismus und Kommunismus als totalitäre Diktaturen gleich und verurteilte Letzteren als noch fortdauernde Form des Totalitarismus. So konnte auch die Bundesrepublik den anderen Staat, in dem sich, so Bundespräsident Theodor Heuss bei der Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen 1952, „nur die Embleme (. . .) gewandelt“¹²⁷ hätten, als Fortexistenz des „Dritten Reiches“ definieren und sich selbst entlasten. Insofern der Antikommunismus bereits Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war, war zudem eine Art positive, „antitotalitär gefilterte“¹²⁸ Bezugnahme auf die NS-Zeit möglich, die überdies ein konsensstiftendes Moment hatte.¹²⁹ Der von M. Rainer Lepsius für die DDR konstatierten Universalisierung des

Nationalsozialismus über den Antifaschismus steht also eine Universalisierung des Nationalsozialismus über den Antitotalitarismus auf Seiten der Bundesrepublik spiegelbildlich gegenüber.¹³⁰

Der die Formulierung der Geschichtsbilder begleitende Ost-West-Konflikt hatte eine eingeschränkte, der Systemlogik entsprechende Perspektive beiderseits des Eisernen Vorhangs zur Folge. Während Westdeutschland die Verstrickung von Wirtschaftsunternehmen sowie den kommunistischen Widerstand kaum berücksichtigte, führte die Betonung und Überhöhung eben dieser Elemente im Osten auch dort zu einer verzerrten Sichtweise. Beide Staaten vereinnahmten in ihren Interpretationsmustern das „Dritte Reich“, um sich voneinander abzugrenzen, indem sie die Fortdauer des Faschismus respektive der totalitären Strukturen im jeweils anderen Staat hervorhoben. Die Teilung Deutschlands schien so eine Analogie in der Teilung in ein „Land der Schuldigen“ und eines der „Unschuldigen“ aufzuweisen. Die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt machte diese zum Terrain einer „Stellvertreter-Konfrontation“ im Kalten Krieg.

Transformationen

Das westdeutsche Geschichtsbild entwickelte sich weit dynamischer als das ostdeutsche, was seine Ursachen in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik hatte, aber auch in der aufgrund von Legitimationsdefiziten bestehenden Fixierung der DDR auf den Antifaschismus-Mythos und den negativen Referenzpunkt Westdeutschland. Während das Bild in der DDR weitgehend statisch blieb, durchlief es in der Bundesrepublik einen Transformationsprozess von der Externalisierung der Schuldfrage in der frühen Nachkriegszeit zur allmählichen Internalisierung der Erinnerung an den Holocaust, seit den 1980er Jahren als zentraler historischer Bezugspunkt des nationalen Gedächtnisses. Und doch lassen sich Parallelen festhalten. So

¹³⁰ Vgl. M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229–245, hier S. 232.

¹²⁵ So auf dem III. SED-Parteitag; vgl. Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 97.

¹²⁶ So die Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus der Kultusministerkonferenz von 1962; vgl. E. Wolfrum (Anm. 7), S. 196.

¹²⁷ Theodor Heuss, Rede am 30. 11. 1952, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 189, 2. 12. 1952, S. 1655 f.

¹²⁸ Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München-Wien 1999, S. 177.

¹²⁹ Vgl. C. Classen (Anm. 3), S. 110. Rainer Gries bewertet den Antikommunismus als stärkstes integrierendes Propagema für die Bundesrepublik, vgl. ders., Mythen des Anfangs, in: APuZ, (2005) 18–19, S. 12–18, hier S. 17.

beachteten beide Staaten seit den 1960er Jahren zunehmend Bereiche der deutschen Geschichte, die sie zuvor dem anderen Staat überlassen hatten,¹³¹ und konkurrierten z. T. um dieselben Ereignisse, wie die immer positivere Besetzung und Beanspruchung Stauffenberg und des „20. Juli“ als Traditionsbestand durch die DDR zeigt. Man kann folglich von – wenn auch unterschiedlich ausgeprägten – Neucodierungen und Ausdifferenzierungen der Geschichtsbilder in West und Ost sprechen.

Besonders in den 1980er Jahren machten sich in der DDR Modifizierungen in der Wahrnehmung der NS-Zeit bemerkbar, vor allem mit Blick auf die jüdischen Opfer. Neben der allgemeinen Öffnung des Geschichtsbildes im Rahmen des „Erbe und Tradition“-Konzepts und taktischen Erwägungen, die auf eine Intensivierung der Beziehungen zu den USA zielten, spielte dabei auch die zunehmende Schwächung der SED-Herrschaft und der damit einhergehende Kontrollverlust über das Geschichtsbild eine Rolle.¹³² Über Rundfunk und Fernsehen sowie oppositionelle Gruppen, insbesondere im Bereich der Kirchen, die gemeinsam mit den westlichen Institutionen das christlich-jüdische Verhältnis eindringlich diskutierten,¹³³ schlich sich der von einem intensiven Gedenken geprägte bundesrepublikanische Gedächtnisdiskurs gleichsam in die DDR ein. Diesem Erinnerungstransfer konnte die SED-Führung nur mit der Etablierung eigenen Gedenkens etwas entgegensetzen; letztlich konnte sie sich ihm nicht entziehen.¹³⁴

Bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit und direkten Entgegengesetztheit der ost- und westdeutschen Geschichtsbilder und ihres Entstehungskontextes ist dennoch ihre Zusammengehörigkeit zu konstatieren, und zwar in dreifacher Hinsicht: insofern sie erstens die NS-Vergangenheit in einer Rhetorik der Abgrenzung gegen den anderen Staat instrumentalisierten, dabei zweitens aufeinander reagierten und wechselseitig bzw. spiegelbildlich aufeinander bezogen waren sowie drittens versuchten, das Narrativ des jeweils anderen zu unterminieren.

Diese Tendenzen hielten sich bis in die 1980er Jahre, insbesondere auf Seiten der DDR. In deren Endphase wurde die konfrontative Bezogenheit abgelöst von einer Annäherung der Geschichtsbilder. Es fand eine Angleichung bestimmter Perzeptionen an die – sich im Laufe der Zeit stark verändernde – bundesrepublikanische Perspektive statt, so dass von einem Transfer der Erinnerung gesprochen werden kann.¹³⁵

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik haben sich in der offiziellen Erinnerungskultur die Grundlinien des westdeutschen Geschichtsbildes vom Nationalsozialismus durchgesetzt. Die Situation bleibt dennoch ambivalent. Denn das Geschichtsbild der DDR ist nicht verschwunden, vielmehr bestehen nicht wenige Elemente in der Gedenkkultur in Ostdeutschland fort. Das wiedervereinigte Deutschland ist Erbe beider Geschichtsbilder – schließlich stehen auch heute noch zwei deutsche Denkmäler in Mauthausen.

¹³¹ Vgl. Wilhelm Bleek, *The Competition over German History between the two German States*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, 19 (1990), S. 209–232.

¹³² Vgl. C. Classen (Anm. 3), S. 121; M. Sabrow (Anm. 3), S. 137–139.

¹³³ Vgl. Harald Schmid, *Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR*, Göttingen 2004, S. 116 f.

¹³⁴ In gewisser Analogie dazu existiert die strittige These, mit der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 habe sich das „Geschichtsbewusstsein der BRD ausnahmsweise einmal an das der DDR angeglichen“; Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 302, Anm. 102.

¹³⁵ Insbesondere auch nach dem Ende der SED-Diktatur, z. B. im „Bekennnis zu Verantwortung und Mitschuld für Vergangenheit und Zukunft“ der Volkskammer 1990 und in der Rede der Präsidentin, Sabine Bergmann-Pohl, zum 8. Mai 1990, die deutlich auf die Weizsäcker-Rede von 1985 rekurrierte und dies mit spezifisch ostdeutschen Sichtweisen verband; vgl. *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III, Bd. 8a, Bonn 1991, S. 158–160; Sabine Bergmann-Pohl, *Viele waren schuldig geworden. Alle sind verantwortlich*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 9. 5. 1990, S. 18.

Peter E. Fäßler

Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik

Eine der bekanntesten Schlagzeilen des Kalten Krieges lautete: „Der Osten handelt – was tut der Westen? Der Westen tut nichts! Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Brandt!“¹ In deutliche Worte kleidete ein Boulevardblatt seine

Peter E. Fäßler

Dr. rer. nat. et phil. habil., geb. 1964; Privatdozent für Neuere/Neueste Geschichte bzw. Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden, Helmholtzstraße 10, 01062 Dresden.
peter.e.faessler@gmx.de

Kritik an den Reaktionen Washingtons, Londons und Bonns auf den Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 und verlieh damit der öffentlichen Empörung sprachmächtigen Ausdruck.

Die westlichen Regierungen waren einerseits über die Entwicklung in Berlin nicht ganz unglücklich und verfügten andererseits bei realistischer Betrachtung tatsächlich nur über wenige Handlungsoptionen. Dazu zählten beispielsweise Wirtschaftssanktionen, die in Krisensituationen üblicherweise gefordert werden. Nicht so im August 1961, als nur sehr vereinzelte Stimmen in diesem Sinne argumentierten. Das Bundeskabinett diskutierte zwar eine solche Möglichkeit, verwarf sie jedoch alsbald und beließ es bei einem unverbindlichen Aufruf an die westdeutschen Unternehmen, die bevorstehende Leipziger Herbstmesse zu boykottieren.

Die überaus moderate Reaktion überraschte, hatte Bonn doch in der Vergangenheit des Öfteren harte Maßnahmen – Stahl embargo (1950), Kriminalisierung von westdeutschen Geschäftspartnern der DDR (1954), Kündigung des innerdeutschen Handelsabkommens (1960) – gegenüber Ost-Berlin ergriffen. Daher rechnete das SED-Politbüro im Vorfeld des Mauerbaus mit neuen

Einschränkungen bei wichtigen Lieferungen aus der Bundesrepublik und forcierte die bereits seit Januar 1960 angelaufene „Aktion Störfreimachung“.² Deren Ziel war es, die DDR-Volkswirtschaft so zu organisieren, dass etwaige Handelsunterbrechungen seitens Westdeutschlands keine Produktions- oder Versorgungsengpässe mehr bewirken würden.

Doch entgegen aller Ost-Berliner Sorgen und Vorsichtsmaßnahmen antwortete die Bundesregierung auf den Mauerbau aus mehreren Gründen nicht mit Eingriffen in den innerdeutschen Warenverkehr. Den Ausschlag gab sicherlich das Bemühen, die Krise nicht weiter anzuheizen, zumal eine Einstellung der Baumaßnahmen als ausgeschlossen galt. Weiterhin gingen unter den Bonner Experten die Meinungen darüber auseinander, ob Wirtschaftssanktionen Anfang der 1960er Jahre überhaupt noch eine ernsthafte Drohung für die DDR darstellten. Die peinlichen Erfahrungen im Zuge der Kündigung des innerdeutschen Handelsabkommens sprachen eher dagegen. Und schließlich signalisierten die westlichen Verbündeten nur sehr halbherzige Bereitschaft, ökonomische Strafmaßnahmen gegen die DDR zu verhängen.

Die eigentlichen Beweggründe für das zurückhaltende Bonner Krisenmanagement im Sommer 1961 waren jedoch grundsätzlicherer Natur als die hier benannten taktischen Erwägungen. Erstmals deutete sich öffentlich ein neuer strategischer Kurs in der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik an. Die bislang dominierende „Politik der Stärke“, welche Wirtschaftskontakte zur DDR in erster Linie als probates Druckmittel interpretiert hatte, wich peu à peu einer Entspannungspolitik, in deren Kontext dem innerdeutschen Handel eher die Funktion eines „goldenen Angelhakens“³ zugeordnet war. Bereits Anfang 1961, ein halbes Jahr vor dem Mauerbau, hatte sich diese handelspolitische Richtungsänderung nach kabinettinternen Auseinandersetzungen abgezeichnet. Allerdings setzte Bundeskanzler Konrad Adenauer in diesem Prozess der konzeptionellen Umorientierung nicht

¹ Bild-Zeitung vom 16. 8. 1961, S. 1.

² André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 125.

³ Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 255.

etwa die Akzente, sondern er gab widerwillig dem wachsenden Druck westlicher Verbündeter, bundesdeutscher Industrieller, kabinetsinterner Widersacher und – wahlkampfbedingt – der innenpolitischen Stimmung nach.

Die folgenden Ausführungen erläutern und begründen diese Interpretation. Dabei werden die ökonomisch-institutionellen Rahmenbedingungen der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen vorangestellt und anschließend die maßgeblichen handelspolitischen Strategien umrissen. Zum Schluss wird jenes komplexe Faktoren- und Akteursgeflecht analysiert, das den strategischen Kurswechsel herbeiführte.¹⁴

Ökonomische Grundlagen der Wirtschaftsbeziehungen

Die Bundesrepublik agierte gegenüber der DDR von Beginn an aus einer Position der ökonomischen Überlegenheit, und das keineswegs nur wegen der Größenverhältnisse. Diese Relationen erklären nicht die deutlich geringere Entwicklungsdynamik der DDR-Volkswirtschaft. Sie lässt sich im Wesentlichen auf vier Faktoren zurückführen.

Die SBZ litt im Vergleich zur Trizone sehr viel stärker unter den *wirtschaftsstrukturellen Folgen der deutschen Teilung*. Hier sei nur auf die geringen Kapazitäten in der Steinkohleförderung sowie in der Eisen- und Stahlproduktion hingewiesen, was den Wiederaufbau erheblich behinderte. Der aufwändige Auf- und Ausbau schwerindustrieller Anlagen nach sowjetischem Vorbild verschlang auf Jahre hinaus wertvolle Investitionsmittel, die an anderer Stelle dringend benötigt wurden. Zum wirtschaftsstrukturellen Handicap der

¹⁴ Zur Geschichte der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Gunther Mai, Das „Trojanische Pferd“. Innerdeutsche Handelsbeziehungen zwischen Blockbildung und inter-systemarer Symbiose (1945–1989), in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945–1989, Bochum 1993, Bd. 2, S. 433–448; Ferdinand von Heyl, Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln–Weimar–Wien 1997; Peter E. Fäßler, Durch den „Eisernen Vorhang“. Deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969, Köln–Weimar–Wien 2006.

SBZ/DDR kam zweitens die *sowjetische Reparationspraxis* hinzu.¹⁵ Bis Anfang der 1950er Jahre bremsen Demontagen von Produktions- und Infrastrukturanlagen, Reparationsleistungen aus laufender Produktion sowie die Überführung wertvoller Betriebe in sowjetisches Eigentum (Sowjetische Aktiengesellschaften) die Wiederaufbaudynamik. Plausible Kalkulationen gehen davon aus, dass die Pro-Kopf-Belastung in der SBZ/DDR mit 800 US-\$ mehr als doppelt so hoch lag wie der Vergleichswert für den Westen (390 US-\$).

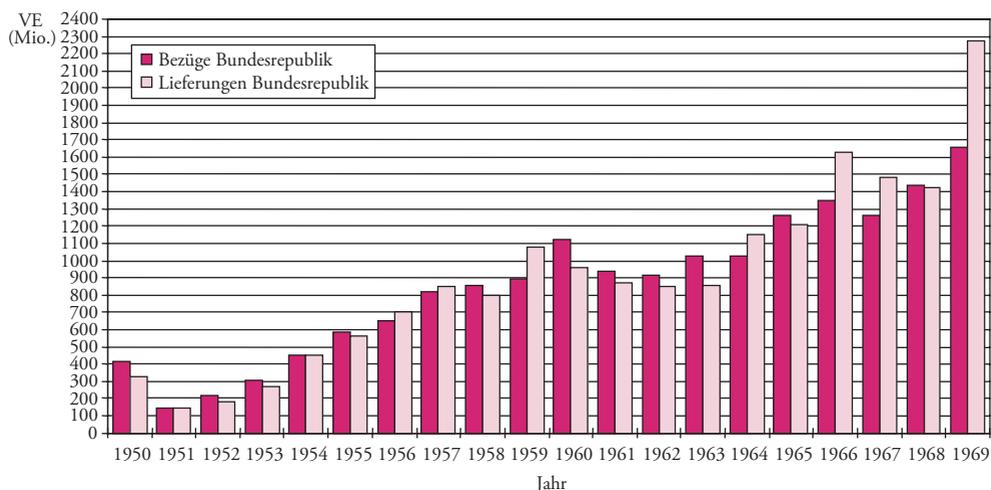
Drittens sorgte die *funktionale Überlegenheit der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik* dafür, dass nach Überwindung der „Durchbruchskrise“¹⁶ (1949/50) und mit Einsetzen des Koreabooms (1951) ein konjunktureller Aufschwung einsetzte, der die ostdeutschen Fortschritte rasch in den Schatten stellte. Offenkundig setzte die Marktwirtschaft auf mittlere Sicht größere Entwicklungspotenziale frei als die sozialistische Zentralplanwirtschaft. Deren systembedingte Dysfunktionalitäten zeigten sich nicht zuletzt im Außenhandel. So bargen weltwirtschaftliche Entwicklungen unvorhersehbare Momente, die eine mittelfristige volkswirtschaftliche Gesamtplanung vor unlösbare Aufgaben stellten. Auch die Trennung von Produktion und Vertrieb erwies sich für den Absatz der Güter im Ausland als nachteilig, denn die Herstellungsbetriebe hatten vor allem ein Interesse daran, ihr Produktionssoll zu erfüllen. Ob sich die Waren auch im Ausland verkaufen ließen, darüber machte man sich weniger Gedanken, weil das Angelegenheit der Außenhandelsorganisationen war. Hier lag einer der Gründe, weshalb ostdeutsche Produkte hinsichtlich ihrer Designs und technischen Standards bereits nach wenigen Jahren erkennbar von denen westlicher Konkurrenzgüter abwichen, nur noch bedingt den Konsumentengeschmack trafen und sich zunehmend zu Billigangeboten oder Ladenhütern entwickelten.

Viertens schließlich dürfen die Vorteile, welche der Bundesrepublik aus der *Westinte-*

¹⁵ Zur Reparationsproblematik vgl. Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, Berlin 2002.

¹⁶ Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

Abbildung: Entwicklung des innerdeutschen Warenverkehrs 1950–1969



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, div. Jgge.

gration erwachsen, nicht unterschätzt werden. Die finanziellen und technologischen Hilfestellungen der Verbündeten beim Wiederaufbau erwiesen sich als ebenso wertvoll wie ihr großer Absatzmarkt für technisch anspruchsvolle Güter aus westdeutscher Produktion. Dagegen erhielt die DDR weder von der Sowjetunion noch von den sozialistischen Bruderstaaten finanzielle oder technologische Hilfen in vergleichbarer Qualität.

Aufgrund dieser Gegebenheiten blieb die Option, den Handel als politisches Druckmittel einzusetzen, weitgehend der Bundesregierung vorbehalten. Nur die „Schwachstelle“ West-Berlin bot der DDR die Gelegenheit, ihrerseits ökonomischen Druck auf den Westen auszuüben, um auf diesem Wege politische Konzessionen zu erzielen.

Nimmt man die absoluten Werte des Handelsvolumens als Maßstab, entwickelten sich der Warenaustausch recht kontinuierlich (Abb.). Nach schwierigem, ja holprigem Beginn stiegen die beiderseitigen Lieferungen ab 1952 deutlich an, überschritten 1955 erstmals die symbolträchtige Marke von 1 Mrd. DM und verdoppelten sich binnen fünf Jahren. So gesehen stellte der deutsch-deutsche Handel eine Erfolgsgeschichte dar, wenn auch auf bescheidenem Niveau. Nennenswerte Handelseinbrüche wie jene von 1951/52, 1961–1963 und 1967 riefen keine längerfristigen Sto-

ckungen hervor. Die vermeintliche Erfolgsgeschichte verliert jedoch an Glanz, wenn man die Zahlen in Relation zu anderen Außenhandelswerten setzt. Dann wird deutlich, dass die amtliche Statistik nur ein bis zwei Prozent des bundesdeutschen Außenhandelsvolumens der DDR zuwies, mit fallender Tendenz. Umgekehrt büßte auch die Bundesrepublik als Handelspartner für die DDR über die Jahrzehnte erheblich an Bedeutung ein. Beide deutsche Staaten expandierten außenwirtschaftlich wesentlich stärker innerhalb ihrer jeweiligen Bündnisgemeinschaften. Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise entwickelte sich der DDR-Handel mit Westeuropa dynamischer als der innerdeutsche Handel. Die Bundesregierung registrierte diesen Trend sehr kritisch und interpretierte ihn dahingehend, dass die Verbündeten ihre Geschäfte ohne Rücksicht auf deutsch-deutsche Befindlichkeiten abwickelten.

Nicht nur die quantitativen Kennzahlen deuteten auf eine wachsende Entfremdung beider Staaten hin. Auch die qualitative Beschaffenheit des Warentransfers spiegelte ihre divergierende Entwicklung wider. Ausgehend von einem annähernd gleichwertigen technologischen Leistungsvermögen Ende der 1940er Jahre nahm der wechselseitige Transfer anspruchsvoller Fertigwaren wie Güter des Maschinen- und Büromaschinenbaus, optischer Gerätschaften oder elektrotechnischer

Produkte einen relativ großen Stellenwert ein. Dieser Handel „auf Augenhöhe“ änderte sich bereits während der 1950er Jahre, als die DDR in Schlüsselbranchen wie der Elektroindustrie und dem Büromaschinenbau den Anschluss an die westliche Entwicklung verlor. Es fiel den Volkseigenen Betrieben immer schwerer, ihre Absatzmärkte in der Bundesrepublik zu behaupten. Als Kompensation dominierten zunehmend Roh- und Grundstoffe das DDR-Lieferangebot. Nach Braunkohle und Grubenholz in den 1950er Jahren bildeten Mineralöl und -produkte den größten Warenposten. Hierbei profitierte die DDR von den umfangreichen und günstigen Importen aus der Sowjetunion, wurde zugleich aber – wie die Erfahrungen der 1970/80er Jahre lehren sollten – für Turbulenzen am Weltrohölmarkt anfällig. Tendenziell glich das Warenspektrum des deutsch-deutschen Handels zunehmend jenem, das zwischen Entwicklungsländern und hoch entwickelten Staaten zu beobachten ist. Die volkswirtschaftliche Desintegration Gesamtdeutschlands konnte zu keinem Zeitpunkt in erkennbarem Maße gebremst werden.

Institutionen der Wirtschaftsbeziehungen

Aus Sicht der Bundesregierung musste das institutionelle Gefüge innerdeutscher Wirtschaftsbeziehungen zwei übergeordnete Kriterien erfüllen. Zum einen galt es, den Primat der Politik in Form umfassender Kontrolle und Steuerung durch die Bundesregierung zu gewährleisten. Zum anderen durften unter keinen Umständen irgendwelche formalen Hinweise auf einen völkerrechtlich souveränen Status der DDR enthalten sein.

Gemäß diesen Prämissen etablierte sich zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein bilaterales Handelsregime, dessen erste vertragliche Grundlage das Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 bildete. Darin vereinbarten beide Seiten umfangreiche, detaillierte Warenlisten, die von west- und ostdeutschen Unternehmen im darauf folgenden Jahr in Handelsgeschäfte umgesetzt wurden. Dieses umständliche Verfahren entsprach der planwirtschaftlichen Außenhandelslogik. Bonn zeigte sich einverstanden, weil es damit über einen willkommenen Steuerungs- und Kontrollmechanismus des innerdeutschen Warenverkehrs verfügte, illegale Geschäfte

unterbinden und einer befürchteten kommunistischen Unterwanderung vorbeugen konnte.

Um die Verhandlungen zu beschleunigen, einigten sich beide Seiten darauf, mit dem neuen Berliner Abkommen vom 20. September 1951 einen dauerhaften Vertragsrahmen zu schaffen und künftig nur noch die jährlichen Warenlisten zu verhandeln. Gemäß einer revidierten Abkommensversion vom 16. August 1960 wurden nur noch jene Posten auf die Tagesordnung gesetzt, bei denen Änderungsbedarf bestand. Das Berliner Abkommen sollte bis zum Ende der DDR Bestand haben. Seine pragmatische Handhabung unabhängig von politischen Wechselfällen belegt, dass auf der deutsch-deutschen Verhandlungsebene frühzeitig eine nüchterne Geschäftsatmosphäre Einzug gehalten hat. Allerdings stellte die Signatarformel „Währungsgebiet der DM-West bzw. DM-Ost“ bis zum Schluss einen Stein des Anstoßes dar. Bonn bestand auf Beibehaltung dieser Formel, gewährleistete sie doch die Einbeziehung West-Berlins in das Vertragswerk und vermied eine Nennung der offiziellen Staatsbezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“.

Die Bezahlung erfolgte zentral über Konten der Bank deutscher Länder (Frankfurt/M.) bzw. der Deutschen Notenbank (Ost-Berlin), wobei man als Zahlungsgröße die „Verrechnungseinheit“ (VE) festlegte. Ihr Wert entsprach rechnerisch sowohl einer DM (West) als auch einer DM (Ost). Da sich aber die in den Listen vereinbarten Warenpreise an bundesdeutsche Marktverhältnisse anlehnten, war eine VE de facto mit einer DM-West gleichgesetzt. Die ungewöhnliche Regelung bewahrte die Bundesregierung davor, offiziell die Währung der DDR zu akzeptieren und dadurch deren völkerrechtlichen Status aufzuwerten. Umgekehrt verschleierte der Modus die reelle Schwäche der DM-Ost, was dem SED-Regime sehr gelegen kam.

Rund zwei Jahrzehnte lang verlief der einzige kontinuierlich offene Kommunikationskanal zwischen Bonn und Ost-Berlin über die Routinegespräche des innerdeutschen Handels. Über ihn wurden bis 1969 nahezu alle deutschlandpolitischen Themen zumindest zur Sprache gebracht, was seine enorme Bedeutung unterstreicht. Die 14-täglichen

Verhandlungen über aktuelle Einzelfragen führten seitens der DDR Vertreter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI). Da sich die Bundesregierung wegen der Anerkennungsproblematik auf keine direkten Verhandlungen mit „Pankow“ einlassen wollte, schuf sie ein institutionelles Unikum: die Treuhandstelle für den Interzonenhandel (TSI). Formal eine Unterorganisation des Deutschen Industrie- und Handelstages, blieb ihr Leiter bei den Verhandlungen mit der ostdeutschen Seite an die Weisungen des Bundeswirtschaftsministers gebunden. Die TSI stellte ein Funktionsäquivalent zum sozialistischen Außenhandelsmonopol dar. Versuche der DDR, dennoch mit einzelnen Bundesländern oder Unternehmen ins Geschäft zu kommen, unterband das Wirtschaftsministerium energisch. Ihm kam es darauf an, dass das föderale und pluralistische System der Bundesrepublik nicht durch die zentral gesteuerten Instanzen der DDR ausgehebelt werden konnte. Die Akteure auf westlicher Seite sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es das SED-Politbüro tatsächlich als Ziel vorgegeben hatte. In gewissem Sinne praktizierte die Bundesregierung analog zur „wehrhaften Demokratie“ eine „wehrhafte Marktwirtschaft“.

Verschiedentlich kritisierte die westdeutsche Presse, dass der DDR mit dem so genannten Swing ein zinsloser Kredit ohne Gegenleistungen eingeräumt würde. Angesichts des diktatorischen Regimes, insbesondere auch der Grenzüberwachungspraxis galt ein solches Zugeständnis als inakzeptabel. Die Kritik traf nur bedingt zu. Prinzipiell stellte der Swing zwar kein Entgegenkommen an die DDR, sondern die verfahrenstechnische Notwendigkeit eines bilateralen Clearing dar. Beide Seiten konnten ihn in Anspruch nehmen, um zeitliche Verschiebungen bei den Zahlungseingängen auszugleichen. Weil aber die SED im Laufe der Jahre die Überziehungsmöglichkeiten bewusst und dauerhaft in Anspruch nahm, verfügte sie seit 1962 tatsächlich über eine zinslose Kreditlinie in Höhe von bis zu 200 Mio. DM-West – Ende der 1970er Jahre belief sich die zinslose Kreditlinie gar auf knapp 900 Mio. DM-West. So zog die DDR einen beachtlichen Vorteil aus den Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik, wie er im internationalen Geschäftsverkehr unüblich war.

Besonders umstritten blieb die Frage, ob der innerdeutsche Handel in das Ende 1949 errichtete Embargo-Regime des Westens gegen die sozialistische Staatenwelt einbezogen werden sollte.¹⁷ Sachlich zweifellos angemessen, wehrte sich Bonn gegen das entsprechende Ansinnen Washingtons, weil ein Embargo per definitionem als Außenhandelsinstrument galt und damit nicht auf den innerdeutschen Handel Anwendung finden durfte. Natürlich sagte das Bundeswirtschaftsministerium eine strikte Überwachung der Lieferungen in die DDR unter Embargogesichtspunkten zu, die es aber bewusst nicht einhielt. Darauf aufmerksam geworden, setzten die USA 1955 parallel zu Auflösung der Alliierten Hohen Kommission durch, dass innerhalb des Embargo-Regimes eine spezielle Institution für den deutsch-deutschen Warenverkehr geschaffen wurde. Dahinter stand das Konzept der „embedded sovereignty“; die wachsende Souveränität der Bundesrepublik auf den einzelnen Politikfeldern bedurfte einer kompensatorischen Einbettung in westliche Kontrollstrukturen.

Politische Konzepte zur Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen

Die Geschichte der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen weist eine Vielzahl widersprüchlicher und miteinander konkurrierender politischer Konzepte auf. Mit dem Namen des ersten Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, war die Vorstellung von der Brückenfunktion des innerdeutschen Handels verbunden.¹⁸ Kaiser – und mit ihm Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard – neigten zu der Auffassung, dass enge ökonomische Beziehungen weit in beide deutsche Gesellschaften hineinstrahlen würden und als Brücke für persönliche Kontakte, technische Projekte oder eine gemeinsame Alltags- und Konsumkultur dienen könnten. Deren Wert für ein lebendiges Zusammengehörigkeitsgefühl und die politische Verständigung über ideologische Gräben hinweg konnte nach Auffassung der beiden Minister gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

¹⁷ Vgl. Peter E. Fäßler, Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten (1949–1958), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 54 (2006) 4, S. 673–700.

¹⁸ Vgl. Jakob Kaiser, Wir haben Brücke zu sein (hrsg. v. Christian Hacke), Köln 1988.

In diese Richtung zielte auch das „Klammer“-Konzept, das allerdings stärker auf die funktionale Bedeutung des Zusammenhalts von Ost und West abhob. Ausgehend von der Erwartung einer mittelfristig realisierbaren deutschen Einheit sei es eine vorrangige Aufgabe der Wirtschaftsbeziehungen, die auseinanderdriftenden beiden Staaten so eng wie möglich zusammenzuhalten. Nur so ließen sich die volkswirtschaftlichen Folgekosten der Wiedervereinigung in überschaubarem Rahmen halten. Kritik an beiden vor allem vom Bundeswirtschaftsministerium und von interessierten Unternehmen vertretenen Konzepten äußerten insbesondere das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt. Beide Häuser vertraten die These, dass über den innerdeutschen Handel unmittelbarer Druck auf „Pankow“ ausgeübt werden könnte, der zu politischen Zugeständnissen führen würde. Darin durften sie sich durch die US-amerikanischen Regierungen bestärkt fühlen, die Bonn immer wieder zu energischerem Auftreten gegenüber Ost-Berlin auch und gerade in Fragen der Wirtschaftsbeziehungen ermunterten. Erst mit der Präsidentschaft John F. Kennedy sollte sich dies ändern.

Innerhalb des SED-Führungszirkels bestand Einigkeit darüber, dass im Wettbewerb mit der Bundesrepublik um die Gunst des gesamten deutschen Volkes – letztlich um die Stabilität des eigenen Regimes – den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen eine Schlüsselfunktion zukam. Einerseits eröffneten sie der DDR einen devisensparenden Weg, Mangelwaren zu beziehen und Produktionsausfälle zu vermeiden, die Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern und damit das System zu stabilisieren. Andererseits gab man sich im Politbüro zumindest während der 1950er Jahre der Illusion hin, durch gezielte Auftragsvergabe an notleidende Branchen bzw. Unternehmen in der Bundesrepublik das Ansehen der DDR respektive des Sozialismus aufzuwerten. Dieser Logik folgte beispielsweise der Kauf von 250 Traktoren des vor der Insolvenz stehenden Landmaschinenherstellers Lanz/Mannheim im Jahre 1954. Gleichwohl verhinderte das Geschäft nicht die spätere Übernahme des badischen Traditionsunternehmens durch den amerikanischen Konkurrenten John Deere; für die ostdeutsche Propaganda ein willkommener Anlass, auf der nationalen und antikapitalistischen Klaviatur zu spielen.

Mehrfach trat das MAI unmittelbar vor Landtagswahlen in der Bundesrepublik mit aufsehenerregenden Sonderprogrammen an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1954 kündigte es anlässlich der Wahl in Nordrhein-Westfalen an, Steinkohle, Eisen und Stahl im Wert von über 100 Mio. VE aus dem Ruhrgebiet beziehen zu wollen. Die damit verbundene Intention lag auf der Hand: Offenkundig hoffte Walter Ulbricht, im traditionell roten „Pott“ die Arbeiterschaft für die Interessen der DDR zu mobilisieren und den Wahlausgang beeinflussen zu können. Ein Erfolg blieb indes aus.

Die entscheidende deutschlandpolitische Funktion der Wirtschaftsbeziehungen erkannte das SED-Politbüro in der Möglichkeit, über sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu befördern. Bekanntlich war angesichts der ablehnenden Haltung aller Bundesregierungen in dieser Frage ein formaler Akt unrealistisch. Deshalb versuchte Ost-Berlin, in die innerdeutsche Handelspraxis außenwirtschaftliche Elemente einzuflechten, um über die normative Kraft des Faktischen eine formaljuristische Änderung des Status quo zu erreichen.

Auf drei Ebenen suchte die SED-Führung den Erfolg: Auf der *vertragsrechtlichen Ebene* strebte man die Umwandlung des Berliner Abkommens – eines Verwaltungsabkommens – in einen außenwirtschaftlichen Vertrag an, der definitionsgemäß zwei völkerrechtlich gleichwertige Vertragspartner voraussetzte. Weiterhin wünschte man als Signatarformel nicht „Währungsgebiete“, sondern die offizielle Staatsbezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“. Auf der *Verhandlungsebene* lehnte das MAI immer wieder die TSI als Gesprächspartner ab und forderte Verhandlungen auf Ministeriumsebene. Des Weiteren setzte die ostdeutsche Seite auf so genannte paritätisch besetzte technische Regierungskommissionen, die sich mit innerdeutschen Projekten (z. B. Verkehrs-, Kommunikationsinfrastruktur) befassten. Auf der *Repräsentationsebene* zielte die DDR vor allem im westlichen Ausland auf die Selbstdarstellung als souveräner Staat.¹⁹ Gerade in der

¹⁹ Vgl. Peter E. Fäßler, „Antifaschistisch“, „friedliebend“ und „fortschrittlich“: Botschaften und Formen außenwirtschaftlicher Repräsentation der DDR während der 1950er und 1960er Jahre, in: Johannes

Bundesrepublik wurden die Vertreter ostdeutscher Betriebe dazu angehalten, etwa auf Industrie- und Handwerksmessen offiziell unter dem Signet „Deutsche Demokratische Republik“ zu logieren – durchaus mit Erfolg. Die erhofften Auswirkungen auf die formaljuristische Ebene stellten sich aber nicht ein.

Ulbricht zog die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen nicht nur zur Durchsetzung der Zwei-, sondern auch der Drei-Staaten-These heran. Diese besagte, dass West-Berlin als eigenständige politische Einheit aufzufassen sei. Dahinter stand das Kalkül, die Bande zwischen der Inselstadt und der Bundesrepublik zu lockern. Allerdings liefen sämtliche Initiativen, wie das von Außenhandelsminister Heinrich Rau im November 1958 verkündete „5 Mio. DM-Sonderprogramm“ für die West-Berliner Wirtschaft, ins Leere.

Von der „Politik der Stärke“ zum „Wandel durch Handel“

Ende der 1950er Jahre änderten sich die Rahmenbedingungen der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen grundlegend. Nachdem Großbritannien im Herbst mit einer großzügigen Offerte über 250 Mio. US-\$ an Moskau ein „Kreditwettrennen“ unter den westeuropäischen Staaten ausgelöst hatte, entwickelte sich der Ost-West-Handel geradezu stürmisch. Die auf diesem Gebiet traditionell stark vertretene westdeutsche Industrie sah sich angesichts der nach wie vor restriktiven Bonner Handelspolitik benachteiligt und schickte ihre Führungskräfte vermehrt in die sozialistischen Hauptstädte – auch nach Ost-Berlin.¹⁰ Innerhalb der Bundesregierung bewertete man diese Entwicklung unterschiedlich. Während das Wirtschaftsministerium die Belebung des Osthandels und innerdeutschen Handels grundsätzlich befürwortete, kritisierte Adenauer das Verhalten etlicher Indus-

Paulmann (Hrsg.), *Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945*, Köln 2005, S. 139–161.

¹⁰ Vgl. Karl-Heinz Schlarp, *Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfangsjahre der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer*, Münster 2000; Karsten Rudolph, *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991*, Frankfurt/M.–New York 2004.

trieller beispielsweise auf der Leipziger Frühjahrmesse 1960 aufs Schärfste. Nach seiner Auffassung zeugte deren Werben bei führenden SED-Politikern um lukrative Geschäftsabschlüsse angesichts der schwelenden Berlin-Krise von mangelnder nationaler und demokratischer Gesinnung.

Im September 1960 eskalierte die Situation. Nachdem die DDR aufgrund des „Tags der Heimat“, den die Vertriebenenverbände in West-Berlin veranstalteten, die Sektorengrenze für einige Tage gesperrt hatte, entschied sich die Bundesregierung gegen den Willen Erhards für eine Kündigung des Berliner Abkommens zum 1. Januar 1961. Damit konnte sich ein letztes Mal der Kanzler gemeinsam mit seinem Außenminister als Verfechter einer harten Linie im innerdeutschen Handel durchsetzen, wobei die kabinettinterne Rivalität gegenüber dem ungeliebten Kronprinzen sicher eine große Rolle spielte. Eine politische Konzeption ließen weder Konrad Adenauer noch Heinrich von Brentano erkennen. Bereits nach zwei Wochen sahen sich beide gezwungen, erneute Gespräche mit der anderen Seite vorzuschlagen, und zum 1. Januar 1961 nahm der innerdeutsche Handel seinen gewohnten Fortgang. Diese Episode beschädigte nicht nur das ohnehin in Mitleidenschaft gezogene Ansehen des Kanzlers. Sie läutete zugleich den eingangs angedeuteten strategischen Kurswechsel gegenüber der DDR ein – mit Gerhard Schröders „Politik der Bewegung“ auch gegenüber Osteuropa.

In den 1960er Jahren prägte ein sachlicherer Umgangston als zuvor die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; ökonomische Rationalität hatte sich gegen politisch-ideologische Vorgaben weitgehend durchgesetzt. Seit langem geplante Infrastrukturprojekte wie der Wiederaufbau der Autobahnbrücke bei Hirschberg (heute A 9) wurden realisiert.¹¹ Auch als im Zuge der neuen EWG-Regelung 1964 die Mineralölbesteuerung in der Bundesrepublik geändert wurde, was für die DDR erhebliche Profiteinbußen bedeutete, fanden beide Seiten eine zufriedenstellende Lösung.

¹¹ Vgl. Peter E. Fäßler, *Der „Brückenschlag“*. Der Bau der Autobahnbrücke Saale/Hirschberg als Paradigma deutsch-deutschen Interessenausgleiches, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 49 (2001) 11, S. 981–999.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wandelten sich während der 1950/60er Jahre von einem emotionalisierten, politisch aufgeladenen Handlungsfeld zu einem nüchternen Forum deutsch-deutscher Kontakte. Sicherlich begünstigte der Umstand, dass die zahlreichen Versuche ihrer politischen Instrumentalisierung ausnahmslos scheiterten, diesen Prozess. Weder gelang es der Bundesregierung, über Wirtschaftssanktionen substanzielle Zugeständnisse auf anderen Gebieten zu erzielen, noch zeigten die Bemühungen des SED-Regimes zur Durchsetzung der Zwei- bzw. Drei-Staaten-These irgendeinen Erfolg.

Umgekehrt offenbarten die ökonomischen Akteure beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ Ende der 1950er Jahre wachsendes Interesse am innerdeutschen Handel und ignorierten immer häufiger politische Vorgaben. Während Volkseigene Betriebe nach wie vor und gegen den Willen des SED-Politbüros bundesdeutsche Produktionsgüter und Industrieanlagen jenen osteuropäischer Herkunft vorzogen, drängten westdeutsche Firmen mit Macht nach Osten, um Absatzmärkte gegen ihre westeuropäischen Konkurrenten zu verteidigen.

Durch diesen unternehmerischen „Eigensinn“ geriet die Bundesregierung wegen ihrer restriktiven Handelspolitik unter Zugzwang, zumal die Regierungen in London, Paris und Rom den Osthandelsinteressen ihrer Unternehmen zunehmend auch politische Rücken- deckung gewährten. So erklärt sich, dass nach dem Fiasko im Herbst 1960, als ohne politisches Konzept das Berliner Abkommen erst gekündigt und dann nahtlos weitergeführt wurde, das Bundeswirtschaftsministerium den strategischen Richtungswechsel in der deutsch-deutschen Wirtschaftspolitik durchsetzen konnte.

Thomas Ahbe

Deutsche Generationen nach 1945

Die generationsspezifische Perspektive ermöglicht es, historische Sinnbildungsprozesse abzubilden. Mit diesem Zugriff kann rekonstruiert werden, welche unterschiedlichen Komplexe von Erfahrungen, Deutungen, Identifikationen und Zukunftserwartungen simultan in einer Gesellschaft bestehen. Der generationengeschichtliche Zugriff kann deutlich machen, inwieweit Generationen zu anderen in einem symbiotischen oder konkurrierenden Verhältnis stehen und Entwicklungen vorangetrieben, gestützt oder verzögert werden.

Thomas Ahbe

Dr. phil., geb. 1958; Sozialwissenschaftler und Publizist, Oststraße 41, 04317 Leipzig. post@thomas-ahbe.de

Diese Zusammenhänge wurden am Beispiel DDR in einem Modell der Generationen-Interaktion deutlich gemacht. Systematisch und über die gesamte „Biographie“ einer Generation hinweg wurde hier die entwicklungspsychologisch allgemein beschreibbare altersspezifische Bedürfnislage der Angehörigen einer Generation mit den Möglichkeiten in Bezug gesetzt, welche die DDR in ihrer Konstitutions- und Aufbauphase, in den Jahren der Stabilisierung, der Stagnation wie auch in der Niedergangphase bot.¹ Dieses Vorgehen nimmt auf die entwicklungspsychologische Theorie der „Entwicklungsaufgaben“ Bezug:² Sie geht davon aus, dass sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Letztere bis ins Alter hinein, mit bestimmten kultur- und altersspezifischen Herausforderungen auseinander zu setzen haben. In Phasen gesell-

¹ Vgl. Thomas Ahbe/Rainer Gries, *Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte*, in: Annegret Schüle/dies. (Hrsg.), *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, Leipzig 2005, S. 475–571.

² Vgl. Franz J. Mönks/Alphons M. P. Knoers, *Lehrbuch der Entwicklungspsychologie*, München 1996, S. 26–31.

schaftlicher Umbrüche, der Entwertung von Traditionen und der partiellen Neuerfindung der gesellschaftlichen Umwelt müssen sich Jugendliche in geringerem Maße auf schwer zu erlernende oder zu akzeptierende Arrangements der Erwachsenen einlassen. Sie können ihre Gegenwart stärker als „ihre Zeit“ empfinden und sich mit den ideologischen (Selbst)Beschreibungen von Akteursgruppen des Umbruchs identifizieren, wie es beispielsweise bei der ostdeutschen „Aufbau-Generation“ und den westdeutschen „68ern“ der Fall war. In Phasen gesellschaftlicher Kontinuität oder Stagnation hingegen ist die Macht, die den Bedürfnissen nach Traditionsbruch, radikaler Neuerung oder zumindest Originalität des eigenen Lebens gegenübersteht, viel stärker und die Position von Jugendlichen, die mit den gesellschaftlichen Institutionen in Konflikt geraten, deutlich schlechter.¹³

Für Menschen im mittleren Erwachsenenalter sind einschneidende gesellschaftliche Umbrüche tendenziell mit weniger Chancen verbunden, denn entwicklungspsychologisch gesehen stehen Generativität und Professionalisierung im Mittelpunkt. In diesem Lebensalter setzt sich ein eher sorgsames, strategisches und kompromissbereites Interaktionsverhalten durch, das den Verhaltensnormen in wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Strukturen entspricht. Die Entwicklungspsychologie illustriert, wie sich diese „Lebensinvestitionen“ über die Altersstufen hinweg wandeln.¹⁴ Zustände gesellschaftlicher Kontinuität entsprechen den lebensphasenspezifischen Aufgaben von Erwachsenen besser als denen Jugendlicher.

Für die Angehörigen der verschiedenen Generationen stellte sich die DDR in *derselben Zeit* sehr *unterschiedlich* dar: Während die stagnative oder regressive Spätphase für die Angehörigen der *integrierten Generation*¹⁵ als unmittelbare Vorgeschichte des Um-

bruchs, auf welchen, je nach politischen Präferenzen, auf die eine oder andere Weise hingearbeitet wurde, erscheinen musste, war dieselbe Situation für die damals Jugendlichen und jungen Erwachsenen, also für die Angehörigen der *entgrenzten Generation*,¹⁶ nicht mit Zuversicht zu verbinden. Nach 1990 verkehrte sich die Situation: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die im Doppeljahr 1989/90 noch nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hatten, konnten die neuen Chancen besser nutzen als Angehörige der älteren *integrierten Generation*, deren Kalküle oder Investitionen der achtziger Jahre nun drohten, entwertet oder gar zur Hypothek zu werden.

Generationen existieren nicht wie andere historische Daten und Fakten – Generationsbildungen sind idealtypische Konstruktionen.¹⁷ Ihr Beitrag für die Zeitgeschichte besteht in der Rekonstruktion und Darstellung historischer Sinnbildungen.¹⁸ Generationskonstruktionen können unter Inkaufnahme bestimmter Ausblendungen (die der Genderperspektive, der Milieu- und Schicht-Perspektive, der kulturellen Differenzen zwischen städtischen und dörflichen Lebensformen) zeigen, wie sich zwischen großen Gruppen von Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen dennoch Bündnisse, die Gleichrichtung der Anstrengungen und Erwartungen oder zumindest symbiotische Bezüge ergeben können – beziehungsweise, wie sich zwischen diesen Gruppen Konflikte auf-tun, weil die Deutungen der gemeinsam geteilten Gegenwart und die Erwartungen an die Zukunft nicht übereinstimmen.

Eine solches Verständnis von Generationen modifiziert die klassischen Ursprünge des

gen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 187–215.

¹³ Dieses Generationenetikett stammt von Ahbe und Gries. Die Angehörigen der „entgrenzten Generation“ sind die in den sechziger Jahren bis zu Beginn der siebziger Jahre Geborenen. B. Lindner (Anm. 5) benennt diese Kohorte als „distanzierte Generation“.

¹⁴ Methodologisch handelt es sich um das von Max Weber beschriebene Verfahren der idealtypischen Konstruktion, das „erklärendes Verstehen“ anstrebt.

¹⁵ Zur Bedeutung der generationengeschichtlichen Perspektive in der Kommunikationswissenschaft siehe Rainer Gries, *Das generationengeschichtliche Paradigma in der Kommunikationshistorie*, in: *medien & zeit. Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart*, 21 (2006) 3, S. 4–20.

¹³ Vgl. Heiner Keupp/Thomas Ahbe/Wolfgang Gmür u. a., *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Reinbek 1999.

¹⁴ Vgl. Rolf Oerter/Leo Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie*, Weinheim–Basel–Berlin 2002, S. 383–391.

¹⁵ Die Geburtsjahrgänge 1949 bis 1959, vgl. T. Ahbe/R. Gries (Anm. 1), vgl. auch Bernd Lindner, „Bau auf, Freie Deutsche Jugend“ – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Jür-

Generationen-Konzepts. Wilhelm Dilthey interessierte bei seiner Beschäftigung mit der Klassik und Romantik eine auffällige Gleichzeitigkeit *unterschiedlicher* geistiger Impulse der *gleichen* Kohorten. In der inzwischen kanonisch zu nennenden Systematik des Generationenproblems des Soziologen Karl Mannheim bilden benachbarte Jahrgänge, die im „selben historisch-sozialen Raume – in der selben historischen Lebensgemeinschaft – zur selben Zeit geboren“⁹ wurden, eine *Generationslagerung*. Wenn sich gesellschaftliche Krisenlagen und latente Konflikte zuspitzen, wenn Gleichaltrige von den neuen Tendenzen betroffen und inspiriert werden, wenn sie an dieser Entwicklung teilnehmen, sie vorantreiben und sich ihr Selbstverständnis und ihr Wir-Gefühl aus der engen Verbindung zu diesen gesellschaftlichen Prozessen speist – Mannheim spricht von „Gesamterschütterungen“ –, dann bilden sich *Generationszusammenhänge* heraus: „Im Rahmen desselben Generationszusammenhanges können sich (...) polar sich bekämpfende Generationseinheiten bilden. Sie werden gerade dadurch, daß sie aufeinander, wenn auch kämpfend abgestimmt sind, einen ‚Zusammenhang‘ bilden.“¹⁰ *Generationseinheiten* bilden sich dadurch, dass ihre Angehörigen meinen, im gemeinsamen Handeln, in „vitaler Nähe“¹¹, im Lebensstil, in Werten und politischen Konzepten, eine „Antwort“ auf die gesellschaftlichen Herausforderungen gefunden zu haben. *Generationseinheiten* sind Gemeinschaften, die gleiche Überzeugungen, Wertvorstellungen und Identifikationen teilen, sind „Intensivsegmente“¹² mit einem typischen Habitus.

Für die DDR konnten solche *Generationsseinheiten* nicht in allen Generationen beschrieben werden.¹³ Der intergenerationelle

⁹ Karl Mannheim, *Das Problem der Generation*, in: ders., *Wissenssoziologie*, Neuwied–Berlin 1970, S. 509–565, hier S. 542 (Orig. 1928/29).

¹⁰ Ebd., S. 542 und 547.

¹¹ Ebd., S. 547.

¹² Helmut Fend, *Sozialgeschichte des Aufwachsens*, Frankfurt/M. 1988, S. 180.

¹³ Weil es in der DDR keine sich frei organisierenden intermediären Strukturen gab, konnten sich in einigen Generationen keine spezifischen, öffentlich wahrnehmbaren *Generationsdiskurse* ausbilden. Bei manchen DDR-Generationen entsprach der *Generationsdiskurs* entweder ganz („Generation der mißtrauischen Patriarchen“) oder partiell (großer Teil der „Aufbaugeneration“, prosozialistisch eingestellte Gruppe der „integrierten Generation“) dem *Offizialdiskurs*.

Vergleich innerhalb einer Gesellschaft bildet hier besonders gut die Unterschiede im sich für alle vermeintlich gleich darstellenden *Sozialisationsraum* ab. Er zeigt die simultane Existenz unterschiedlicher *Erfahrungen*, *Deutungsmuster*, *Sinnvorstellungen* und *Erwartungen*. Die *generationengeschichtliche Perspektive* rekonstruiert die jeweilige Art der *Verschränkung* von *einerseits* der *Herrschaftsausübung*, dem *wirtschaftlich-technischen Status* sowie der sich in den *gesellschaftlichen Leitdiskursen* niederschlagenden *kulturellen* und *ideologischen Situation* und *andererseits* den *lebensaltersspezifischen Bedürfnissen* der Menschen, die sich in der *generationstypischen Art und Weise* in diese *Verhältnisse* integrieren und sie *modifizieren*.

Als Erkenntnisinstrument könnte dieser Zugriff auch für die *vergleichende Betrachtung* von *DDR* und *Bundesrepublik* interessant sein. Denn beide *deutsche Nachkriegsgesellschaften* sind von *Menschen* aufgebaut worden, die im „*Dritten Reich*“, in der *Weimarer Republik* und im *Kaiserreich* *sozialisiert* wurden. Die *parallele Rekonstruktion* von *Generationsgestalten* kann zeigen, welche *Effekte* die *Verschränkung* der *gleichen* *Sozialisation* mit *unterschiedlichen* *Systembedingungen* zeitigte.

Die ersten Nachkriegsgenerationen

Im Folgenden soll *diskutiert* werden, welche *Voraussetzungen* für einen *Vergleich* der *ersten* *beiden* *Nachkriegsgenerationen* der *Bundesrepublik* und der *DDR* bestehen. In *Ost* und *West* waren die *Angehörigen* dieser *Jahrgänge* *sowohl* damit *konfrontiert*, dass sie *selbst*, vor *allem* aber die *vorhergehenden Kohorten* und *insbesondere* die *ihrer Eltern* in die *Verbrechen* des *nationalsozialistischen Deutschlands* *verstrickt* waren – *als auch* mit der *Aufgabe*, die *Nabelschnur* zum *Bereich* dieser *Schuld* zu *kappen*, um sich auf eine *lebbare Zukunft* zu *orientieren*. Die *Bewältigung* dieser *allgemeinen* und *systemunspecifischen* *Aufgaben* erfolgte *zum einen* auf *gleicher* *Grundlage*, nämlich auf der *Basis* *gleicher* *Mentalität* und *Sozialisation*, der *gleichen* *ideologischen* *Vorprägungen* und *Erfahrungen*. *Zum anderen* geschah sie unter sich schon bald *sehr* *deutlich* *unterscheidenden* *Formen* von *Herrschaftsausübung*, *wirtschaftlichen* und *alltagskulturellen* *Verhält-*

nissen sowie verschiedener Diskurse in Bundesrepublik und DDR. Diese lieferten unterschiedliche Erklärungen über die Ursachen des Nationalsozialismus und die Zukunft des jeweiligen Teilstaates.

Zur ersten westdeutschen Generation, die in der Forschung als „45er“ bezeichnet wird, zählt man die Jahrgänge 1918 bis 1930, zur ersten ostdeutschen Generation, die als „Aufbau-Generation“ bezeichnet wird, die Jahrgänge 1925 bis 1935. Grundlage für die Beschreibung der ersten westdeutschen Generationsgestalt war lange Zeit der von Helmut Schelsky 1957 unter dem Titel „Die skeptische Generation“ zusammengefasste Überblick zu empirischen jugendsoziologischen Arbeiten.¹⁴ Das Etikett haben Angehörige der beschriebenen Jahrgänge oft als Selbstbeschreibung übernommen. Auch beim Autor hat „sein eigenes ideologisches Gepäck und seine Lebensgeschichte sicher eine entscheidende Rolle für seine Interpretation“ gespielt.¹⁵

Die materialreichste Aufarbeitung der Literatur zur Generation der „45er“ liefert Dirk Moses, der für die Grenzen dieser Generation 1918 (das Geburtsjahr von Helmut Schmidt) und 1930 (das Geburtsjahr von Helmut Kohl) vorschlägt. Rolf Schörken diskutiert für die Charakterisierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Nachkriegszeit die Autobiographien der Geburtsjahrgänge 1922 bis 1933. Heinz Bude konzentriert seine Untersuchungen zur „Flakhelfer-Generation“ auf die Jahrgänge 1926 bis 1930, und Christina von Hodenberg ordnet die in westdeutschen Medien tätigen „45er“ jenen zu, die „etwa zwischen 1921 bis 1932 geboren“ wurden.¹⁶

¹⁴ Vgl. Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation*, Düsseldorf–Köln 1957.

¹⁵ „Schelsky (1912–1984) war in seiner Jugend ein begeisterter Nazi gewesen, der in den frühen dreißiger Jahren in SA-Uniform auftrat, um die Vorlesung mißliebiger Professoren zu sprengen.“ Dirk Moses, *Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie*, in: *Neue Sammlung*, 40 (2000), S. 233–263, hier S. 238.

¹⁶ Vgl. ebd., ferner: Rolf Schörken, *Niederlage als Generationserfahrung*, Weinheim–München 2004; Heinz Bude, *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen von Aufsteigern aus der Flakhelfer-Generation*, Frankfurt/M. 1987; Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006, S. 245.

Auch bei der ersten ostdeutschen Generation hat sich die Etikettierung und Kohortenzuordnung gewandelt. Ina Merkel wies darauf hin, dass „der Begriff *Aufbau-Generation* (...) mißverständlich (...) auf zwei verschiedene Generationen angewendet“ wird. Sie spricht von einer ersten (die Jahrgänge von 1910 bis 1928) und einer zweiten Aufbaugeneration, letztere nennt sie auch „erste FDJ-Generation“, der sie „die dreißiger und vierziger Jahrgänge“ zurechnet. Hartmut Zwahr ordnet „der FDJ-Aufbaugeneration“ als „Kern die Jahrgänge 1920–1929“ zu, Werner Mittenzwei sieht im Jahrgang 1927 „eine gewisse Scheidelinie“. Wolfgang Engler bezeichnet jene, die „um das Jahr 1930 herum geboren“ wurden, als „zweite politische Generation der DDR“, Lutz Niethammer nutzt stattdessen das Label „HJ/FDJ-Generation“, Dorothee Wierling „HJ-Generation“. In jüngeren Arbeiten von Bernd Lindner, Mary Fulbrook und Thomas Ahbe/Rainer Gries wird der Terminus „Aufbau-Generation“ verwendet.¹⁷

Es ist zu konstatieren, dass die aktuelle Diskussion zur ersten Nachkriegsgeneration in Ost- und Westdeutschland keine parallele Jahrgangszuordnung liefert. Damit stellt sich die Frage, welche Folgen diese Inkongruenz für einen Vergleich des gesamten Systems der west- und der ostdeutschen Generationsgestalten haben könnte. Die erste Generation des Westens, die „45er“, ist „älter“ als die erste des Ostens, die „Aufbau-Generation“. Die „45er“ waren innerhalb der deutschen

¹⁷ Vgl. Ina Merkel, *Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 359–382, hier S. 365 f.; ferner: Hartmut Zwahr, *Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch. Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989*, in: ebd., S. 426–465, hier S. 449 f.; Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000*, Berlin 2002, S. 75; Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, S. 321; Lutz Niethammer, *Volkspartei neuen Typs? Sozialbiografische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz*, in: *Prokla*, 20 (1990) 80, S. 40–70, hier S. 63 ff.; Dorothee Wierling, *Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre*, in: H. Kaelble u. a. (ebd.), S. 404–425, hier S. 420 ff.; B. Lindner (Anm. 5); Mary Fulbrook, *Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten*, in: A. Schüle u. a. (Anm. 1), S. 113–130; T. Ahbe/R. Gries (Anm. 1).

Militärmaschinerie stärker mit Schuld und Schrecken konfrontiert. Zudem fehlten ihnen solche Leitdiskurse, die sie in gleicher Art, wie es im Osten geschah, auf die Zukunft hin orientierten oder zumindest die Bewältigung der Niederlage anleiteten. Beides führte dazu, dass man die eigenen Anstrengungen und Leiden letztlich als „sinnlos“ ansah und sich betrogen fühlte.¹⁸ Nach der Jugendamnestie von 1948 konnten sich die „45er“, die nach 1918 geboren wurden, in besonderer Weise als entschuldigt betrachten. Beim Umgang mit dieser Situation gab es Unterschiede: Die jüngeren unter den „45ern“, jene, die bis zuletzt an den Endsieg geglaubt hatten, mussten sich nach dem Schock von 1945 intensiver und kritischer mit ihrer früheren Welt und ihrem Engagement auseinandersetzen. Sie konnten sich am nachhaltigsten von ihrer „rechtsorientierten Sozialisation“ lösen.¹⁹ Andere „45er“, die Älteren bzw. Gebildeteren, die als Wehrmachtsangehörige und als Flakhelfer schon vor der Niederlage desillusioniert waren, hatten nach 1945 weniger intensive Umkehrerlebnisse. Bei ihnen hätte diese sozialisierte „Kultur von rechts“ – von ihnen unerkannt, unbearbeitet, von außen nicht thematisiert – weiter wirken können.²⁰

Die „45er“ waren es gewohnt, sich diszipliniert und engagiert an Autoritäten zu orientieren – und so fügten sie sich in die neue Gesellschaft ein. Zwar grenzte sich die junge Bundesrepublik normativ vom „Dritten Reich“ ab, dennoch trugen die Diskurse der 1950er Jahre nur wenig zur Analyse des Na-

tionalsozialismus bei.²¹ Wie die Älteren, so schwiegen auch die „45er“ in Bezug auf die NS-Zeit. Ihre Generation „steht weder auf der Seite der Angeklagten, noch kann sie sich auf die Seite der Ankläger schlagen“²² – und so tauchte sie gewissermaßen in Richtung Zukunft unter dem Problem der NS-Vergangenheit hindurch. Diesen Eindruck vermitteln neuere Arbeiten, die Integration und Reintegration nach 1945 thematisieren.²³ Was bestimmte Personen während der NS-Zeit getan hatten, wurde weniger aus prinzipiellen Gründen thematisiert, sondern dann, wenn einstige Nazis die Karriere und den Lebensentwurf der „45er“ in der demokratischen Bundesrepublik behinderten. In einer Kampagne der Gewerkschaft ÖTV anlässlich der Enttarnung des Leiters des rheinland-pfälzischen Landeskriminalamtes als Massenmörder wurde skandalisiert, dass diese Gruppen „erfahrungsgemäß wie Pech und Schwefel“ zusammenhielten, „um anderen hochqualifizierten, politisch unbelasteten Kriminalbeamten den Aufstieg zu versperren“.²⁴

Die „45er“ konnten wegen der Entnazifizierung und Neuordnung des Medienwesens durch die Alliierten, wie auch durch viele Neugründungen in großer Zahl in den Medienbereich ein- und dort rasch aufsteigen, weswegen diese Generation hier einen prägenden Einfluss ausübte.²⁵ Darin unterschied sich der Mediensektor deutlich von der Politik, der Verwaltung, dem Militär oder der Polizei. Von Hodenberg rekonstruiert, wie sich

¹⁸ In fast 500 Lebensläufen und Deutschaufsätzen westdeutscher Gymnasiasten der Jahre 1946 bis 1950 stand das Gefühl, betrogen worden zu sein, im Vordergrund, vgl. Rolf Schörken, *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*. Opladen 1990, S. 124 ff., S. 140 ff.

¹⁹ Gabriele Fischer-Rosenthal (Hrsg.), *Die Hitlerjugendgeneration. Biographische Thematisierung der Vergangenheit als Vergangenheitsbewältigung*, Essen 1986, S. 54, S. 97 ff., S. 317, S. 370.

²⁰ In diesen Fällen sei „die intellektuelle, kognitive Ablösung von Nazi-Ideologie erfolgt, ohne daß die mentale Basis, auf welcher der faschistische Überbau aufruhete“ aufgelöst worden sei. R. Schörken nennt patriarchalisches und hierarchisches Denken, autoritäre Orientierungen, Fixierung auf ein Wir, nationalistisches Denken, Glorifizierung von Gewalt und kriegerischen Tugenden, Überzeugung von der Überlegenheit des deutschen Volkes, Dämonisierung von Minderheiten; vgl. Anm. 18.

²¹ Vgl. Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 579–599, hier S. 585 ff.; Hans-Ulrich Thamer, *Die westdeutsche Erinnerung an die NS-Diktatur in der Nachkriegszeit*, in: Peter März/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur*, Köln–Weimar–Wien 2006, S. 51–70, S. 59 ff.

²² H. Bude (Anm. 16), S. 69.

²³ Vgl. Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt/M. 1998; Norbert Frei (Hrsg.), *Karrieren im Zwielficht*, Frankfurt/M. 2001; Ulrich Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*, Göttingen 2002.

²⁴ Patrick Wagner, *Die Resozialisierung der NS-Kriminalisten*, in: U. Herbert (ebd.), S. 179–213, hier S. 197.

²⁵ Ch. von Hodenberg (Anm. 16), S. 245 ff. So erwies „sich der *Spiegel* mit einer Redaktion im Durchschnittsalter von 30 Jahren schon Anfang der 50er Jahre als Vorzeigeprojekt der ‚45er‘-Generation.“ Ebd., S. 249.

die im Medienbereich tätigen „45er“ zur NS-Vergangenheit stellten. Sie waren „willens, die Verstrickungen der Älteren zu tolerieren, stellten jedoch eine Bedingung: Diese mussten sich mit der demokratischen Nachkriegsordnung arrangieren.“¹²⁶ Die „45er“ haben sich, so scheint es, nach den im Nationalsozialismus sozialisierten Mustern in die westdeutsche Demokratie eingefügt. Sie hatten „nie gelernt (...) im Konfliktfall das Gewissen zu befragen. Vielmehr tat man in Konflikten ungefähr das, was die anderen auch taten, und das erklärt ihre Schwierigkeiten, initiativ und zugleich kollektiv zu handeln. Hier liegt einer der Hauptgegensätze zu den ‚68ern‘.“¹²⁷

Hat sich die ostdeutsche Parallelgeneration in ihrer Nachkriegsgesellschaft anders entwickelt, hat sie sich anders verstanden? Welche Wirkung hatten die – vor allem mit dem jüngeren Segment der „45er“ geteilten – *gleichen* Erfahrungen, sozialisatorischen und ideologischen Vorprägungen in einem *anderen* politischen System? Die ostdeutsche Generationsgestalt ist dem heutigen Diskussionsstand gemäß „jünger“ als die erste westdeutsche Nachkriegsgeneration. Nur die Ältesten erlebten das Kriegsende als sehr junge Soldaten, als „Flakhelfer“,¹²⁸ beim Reicharbeitsdienst oder im Volkssturm. Die Angehörigen der „Aufbau-Generation“ konnten damit in der Selbst- und Fremddeutung viel stärker als unschuldig¹²⁹ gesehen werden – anders als Angehörige der „45er-Generation“, zu denen jene Frontsoldaten gezählt werden, die zum Kriegsende in der Mitte ihres dritten Lebensjahrzehnts standen.

¹²⁶ Ebd., S. 270, vgl. auch S. 246 ff. Als eine aktive Minderheit gab es in der Generation der „45er“ auch Personen, die dezidiert den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung thematisierten, etwa Ralf Dahrendorf (geb. 1929), Günter Grass (1927), Jürgen Habermas (1929), Rolf Hochhuth (1931) und Martin Walser (1927).

¹²⁷ R. Schörken (Anm. 16), S. 164.

¹²⁸ Der erste Jahrgang von 17-Jährigen, der aufgrund der Verordnung zur „Heranziehung zum Kriegshilfeinsatz der deutschen Jugend in der Luftwaffe“ 1943 als Flakhelfer und Marinehelfer eingezogen wurde, war der Jahrgang 1926, der letzte der Jahrgang 1928.

¹²⁹ Zur Auseinandersetzung mit der Schuldfrage vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, *Blaue Hemden, Rote Fahnen. Die Geschichte der FDJ*, Opladen 1996, S. 25 ff.

Die neuen Machthaber in der SBZ/DDR ermöglichten den endzwanziger und frühen dreißiger Jahrgängen einen noch nicht da gewesenen Bildungsaufstieg.¹³⁰ Relativ jung an Jahren, besetzten Angehörige der „Aufbau-Generation“ die durch Entnazifizierung, antibürgerliche Umgestaltung und Abwanderung in den Westen vakant gewordenen Positionen. Diese massenhaft genutzte Aufstiegschance bestand weder für die vor 1925 noch für die nach 1935 Geborenen.¹³¹ Die Bildungsaufsteiger mussten sich zum „Antifaschismus“, später zum Sozialismus bekennen und durften den politischen und moralischen Führungsanspruch der Patriarchen nicht in Frage stellen.¹³² Der DDR-Offizialdiskurs vom Aufbau einer neuen „antifaschistischen“, antikapitalistischen, „gerechten und friedlichen Gesellschaft“ legitimierte das Handeln der „Aufbau-Generation“ und erfüllt die Funktion eines Generationsdiskurses. Viele Angehörige der „Aufbau-Generation“ übernahmen diese Orientierungen, „zogen die richtigen Lehren“ aus der deutschen Schuld und beschritten begeistert den Weg der Verheißung in eine „neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg“.

Der größte Teil reagierte nüchtern, pragmatisch, im Selbstverständnis unpolitisch und unideologisch auf dieses Angebot. Sie arrangierten oder fügten sich und behielten gleichzeitig nicht selten eine innere Distanz zu den offiziellen politischen Werten.¹³³ Im Unterschied zu den „45ern“ verlief der soziale Auf-

¹³⁰ Im Jahr 1949 wurden die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) gegründet bzw. aus bereits bestehenden Vorstudienanstalten gebildet und an Universitäten und technischen Hochschulen angesiedelt, damit mehr Kinder von Arbeitern und Bauern dort nach einem in der Regel drei Jahre dauernden Studium das Abitur ablegen und in der Folge ein Hochschulstudium aufnehmen konnten. Die systematische Förderung führte dazu, dass Ende der 1950er Jahre der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern unter den Studierenden annähernd der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entsprach. Bis zur Schließung der ABF wurden auf diesem Wege knapp 34 000 Personen zum Hochschulstudium geführt.

¹³¹ Vgl. M. Fulbrook (Anm. 17).

¹³² Vgl. Arnd Bauerkämper, *Sozialgeschichte der DDR*, München 2005, S. 73 ff.

¹³³ In lebensgeschichtlichen Studien zu Heimatvertriebenen aus der Aufbau-Generation wird deutlich, in welchem Ausmaß der Bildungsaufstieg ein Ausweg aus der familiären Misere auf dem Land bedeuten konnte. Vgl. Christian König, *Heimatvertriebene Angehörige der Aufbaugeneration in Thüringen. Lebensgeschichtliche Studien*. Magisterarbeit

stieg der „Aufbau-Generation“ rascher und relativ konfliktfrei. Die Angehörigen der „Aufbau-Generation“ mussten sich ihre Positionen zumeist nicht selbst erkämpfen, vielmehr wurden ihnen diese von den *Patriarchen* – mit den bekannten Auflagen – übereignet.¹³⁴ Die früheren „bürgerlichen“ Fachkräfte und Funktionselemente sind während der fünfziger Jahre aus dem Feld geschlagen worden und zum großen Teil nach Westen abgewandert, die Verbliebenen hatten ihren politischen Einfluss eingebüßt, und ihre ideologische und kulturelle Dominanz war deutlich geschwächt.¹³⁵ Ihre Kämpfe hatten die Aufsteiger der „Aufbau-Generation“ eher gegen die Distinktionspraktiken der bürgerlichen Fachkräfte und bei der Akkumulation kulturellen Kapitals auszufechten, eben dort, wo ihnen die Patriarchen keine Schützenhilfe leisten konnten.

Wie die Angehörigen der „Aufbau-Generation“ zur NS-Vergangenheit Distanz gewannen und ins (Berufs)Leben einstiegen, war jedoch nur auf den ersten Blick eine reine Erfolgsgeschichte. Auf den zweiten zeigen sich in der Biographie dieser Generation einige Hypothesen. Ihre Angehörigen konnten nie die Patriarchen-Gruppen als Machtelite ablösen und eigene Vorstellungen durchsetzen. Das Kahlschlag-Plenum der SED vom Dezember 1965 lässt sich als Beispiel für die intergenerationelle Auseinandersetzung lesen – ein Dissens, der durch das Machtwort der Patriarchen und die moralische Bindung der jüngeren Generation an die Patriarchen entschieden wurde. Die „Aufbau-Generation“ konnte nicht in der Art „erwachsen werden“, wie es die „45er“ konnten – diese machten im Zuge eines normalen Generationswechsels den Älteren auch die Führungs- und Elitepositionen streitig und lösten diese schließlich ab. Während für die „45er“ in der Auseinandersetzung mit den älteren Positionsinhabern auch das

Argument der NS-Vergangenheit relevant oder zumindest funktional sein konnte, war das der „Aufbau-Generation“ nicht gegeben. Denn die Kerngruppe der SED-Machthaber sowie der mit ihr assoziierten ostdeutschen Kulturelite waren zumeist Gegner oder Opfer des Nationalsozialismus. Den jungen Aufsteigern war bewusst, dass weder sie noch ihre Eltern sich gegen den Nationalsozialismus engagiert hatten. Der antifaschistische Offizialdiskurs hatte die „Aufbau-Generation“ nicht nur informiert und sensibilisiert, sondern zugleich auch deren geringen moralischen Kredit bloßgelegt. Gegenüber den Kämpfern gegen den Nationalsozialismus, den Emigranten, gewissermaßen gegenüber der gesamten Generationseinheit der nun herrschenden „miss-trauischen Patriarchen“, waren sie in einer Position moralischer Inferiorität. Sie verspürten den antifaschistischen Gründervätern gegenüber eine nie völlig abzutragende Bringschuld, die sowohl Unterordnung wie auch großes Engagement beim Aufbau der neuen Ordnung förderte.

In diesem Dilemma steckten auch viele, die der Diktatur im Osten in Distanz oder Gegnerschaft gegenüberstanden. So erinnert sich der einstige Neulehrer Günter de Bruyn: „Denn die eifernde Schulleiterin hatte unter Hitler im Gefängnis gesessen, der dogmatische und gebildetste Dozent war ein Emigrant gewesen – man selbst aber hatte Hitler gedient.“¹³⁶ Die Diktatur im Osten war moralisch durch den Antifaschismus der herrschenden Kerngruppe und die Verstrickung der Älteren in den Nationalsozialismus gestützt. Diese moralische Dimension und natürlich das – auch im Westen bei diesen Jahrgängen zu beobachtende – pragmatische und konforme Arrangement mit den Verhältnissen minderte bei den Angehörigen der „Aufbau-Generation“ die Bereitschaft zu Kritik und Protest.

Ähnlichkeiten und Differenzen

Die ersten beiden Nachkriegsgenerationen, die „45er“ und die „Aufbau-Generation“, agierten in ihrer Mehrheit ähnlich, nämlich als engagierte wie konforme Mitmacher in der neuen Ordnung. Sie folgten den Vorgaben der Besatzer und der neuen deutschen Auto-

am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ms., Jena 2005.

¹³⁴ Vgl. Michael Hofmann/Dieter Rink, Mütter und Töchter – Väter und Söhne. Mentalitätswandel in zwei DDR-Generationen, in: BIOS, 6 (1993) 2, S. 199–223, hier S. 209.

¹³⁵ Vgl. detailliert zu diesem widersprüchlichen Prozess: Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur, Göttingen 1999; Georg Wagner-Kyora, Der ausgebliebene Identitätswandel. Akademiker-Generationen im Leuna-Werk, in: A. Schüle u. a. (Anm. 1), S. 131–167.

¹³⁶ Günter de Bruyn, Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin, Frankfurt/M. 1992, S. 374.

ritäten. Die Bearbeitung ihrer Erlebnisse während des Nationalsozialismus und die Öffnung ihres geistigen Horizonts während der Phase der Ausbildung und Professionalisierung erfolgte schon unter den ideologisch unterschiedlich kodierten Leitdiskursen des Liberalismus und des Marxismus-Leninismus, deren Substanz oft begeistert aufgenommen wurde.¹³⁷ Die im Osten propagierte Version des Marxismus führte dazu, dass „die sozialistischen Vorstellungen vom Aufbau einer neuen Welt trotz atheistischer Haltung fast religiöse Züge (trugen). Elemente des Glaubens, der Treue, der Verheißung und Hoffnung schlichen sich anstelle der ausgedünnten kritischen Methode ein.“ Die Jugend im Osten wollte „bei ihrem Neubeginn keine Halbheiten (. . .). Eine ganz neue Welt musste es sein, (. . .) nicht andere Führer. (. . .) Sie wollten nicht noch einmal in eine Welt einsteigen, die schon ihre Väter ausprobiert hatten und gescheitert waren. Alles neue ist besser als alles Alte. Das war die Lösung.“¹³⁸

Doch diese radikal neuen Ideen stützten sich auf die schon im Nationalsozialismus sozialisierten Muster – den Glauben oder die Hoffnung an und auf die verheißene neue Gesellschaft wie auch den Hang zu einer konformen Einordnung in eine Gemeinschaft. Auch im Westen wandte sich die Jugend der Weltsicht der Siegermächte zu. Im Medienbereich wurden gerade die „45er“ als „hervorragende Klientel für die ‚Reorientations-Bemühungen der Alliierten‘ gesehen, weder die älteren noch die jüngeren Kollegen hatten in den fünfziger Jahren so viele Aufenthalte in den USA. Und die Art, wie „sie westlichen Vorbildern huldigten“, trennte sie von den Älteren.¹³⁹ Beide, die „45er“ und die „Aufbau-Generation“, wurden zur ersten Trägergeneration des neuen gesellschaftlichen Modells.

Aber auch zum westdeutschen Beschweigen der NS-Zeit, unter dessen Schirm die „45er“ ihren Weg gingen, findet sich für die „Aufbau-Generation“ in der SBZ/DDR ein funktionales Äquivalent. Die propagandistische Dauerthematization des Faschismus in der spezifischen ökonomistischen und antika-

pitalistischen Verkürzung des DDR-Antifaschismus schloss ebenfalls das Schweigen über die NS-Vergangenheit der Kollegen, Chefs und Eltern ein. Zudem hatte die Verflechtung der Aufarbeitung des Nationalsozialismus mit den Konflikten des Kalten Krieges ähnliche Effekte. Im Osten projizierte der DDR-Antifaschismus das Problem aus der Zeit und dem Land der „Aufbau-Generation“ hinaus in Richtung Westdeutschland, wo man die Herrschaft der „alten Nazis“, „Monopolkapitalisten“ und „Revanchisten“ konstatierte.¹⁴⁰ Die Leitdiskurse im Westen vollzogen dagegen eine „Entnationalisierung der Schuld“, nämlich durch die Deutung des Nationalsozialismus als Totalitarismus.¹⁴¹ Hinzu kamen populäre Deutungen, die darüber räsonierten, mit welcher „satanischen Raffinertheit“ die Deutschen überwältigt worden seien und wie in dessen Folge „der Nationalsozialismus (. . .) die totale Kontrolle über das deutsche Volk“ gewonnen habe. Hierzu gehörte auch der Topos von Deutschland als dem ersten vom Nationalsozialismus besetzten Land.¹⁴²

Mit der Wende zu den 1960er Jahren beginnen sich die Formen, in denen sich die Angehörigen der beiden Nachkriegsgenerationen in ihre Gesellschaften integrieren, stärker zu unterscheiden. Die „Aufbau-Generation“ wird in besonderer Weise vom Mauerbau getroffen. Ihre Angehörigen waren gut ausgebildet und noch jung genug, um in der Bundesrepublik neu anzufangen. Für viele von ihnen war bis zum August 1961 der Weggang in den Westen immer eine Lebensoption. Mit

¹³⁷ Vgl. R. Schörken (Anm. 16), S. 15, und W. Mittenzwei (Anm. 17), S. 76 f.

¹³⁸ Ebd., S. 77 f.

¹³⁹ Vgl. Ch. von Hodenberg (Anm. 16), S. 260 f.

¹⁴⁰ Vgl. Monika Gibas, „Bonner Ultras“, „Kriegstreiber“ und „Schlotbarone“. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), *Unsere Feinde. Konstruktion des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2005, S. 76–106.

¹⁴¹ Vgl. Nicolas Berg, *Lesarten des Judenmords*, in: U. Herbert (Anm. 23), S. 80. Vgl. die Deutung des Nationalsozialismus als Totalitarismus bei Gerhard Ritter, *Vom Sittlichen Problem der Macht. Fünf Essays*, Bern 1948, ders., *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954. Berg referiert, wie Martin Broszat oder Karl Dietrich Bracher das Totalitarismus-Argument bei der Zurückweisung von William S. Shirers 1961 erschienenem Buch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ einsetzen; vgl. ebd., S. 91–139, hier S. 112 ff.

¹⁴² Vgl. Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Zürich 1947, S. 26 f., zit. nach: Jan Eckel, *Intellektuelle Transformationen*, in: U. Herbert (Anm. 23), S. 152.

der Grenzschießung wurde die Frage, ob man für sich eine Lebensperspektive in der DDR sieht, schlagartig beantwortet. So hatten die moralisch und machtpolitisch nicht angreifbaren Patriarchen *erneut* über das Leben der „Aufbau-Generation“ verfügt. Zur gleichen Zeit, zwischen 1958 bis 1963, vollzog sich im Westen mit dem Aufstieg der „45er“ in die Führungspositionen der erste wichtige Generationswechsel. Für die politische Öffentlichkeit bedeutete das die Ablösung der den Nachkriegsjournalismus prägenden „Wilhelminer“¹⁴³ und einen Stilwechsel vom obrigkeitsstaatlich gesteuerten Konsensjournalismus hin zu einer „Orientierungskrise als produktive Phase des Aufbruchs“, die partizipative Elemente der Demokratie betonte. Zugleich gerieten die „45er“ wegen ihres Schweigebündnisses, das sie mit den „Wilhelminern“ und den Trägergenerationen des „Dritten Reichs“ eingegangen waren, bei der sich formierenden Generation der „68er“ in Kritik.¹⁴⁴

Obwohl die ostdeutsche „Aufbau-Generation“ zur selben Zeit begann, die oberen und mittleren Führungspositionen altershomogen zu besetzen, hatte sie weiterhin das auszuführen, was die kleine Gruppe der „misstrauischen Patriarchen“ in den Spitzenpositionen vorgab. So änderten sich in den 1960er Jahren eher der Ton und das Klima, nachdem immer mehr pragmatisch und technokratisch orientierte Funktionsträger die „harten Ideologen“ in den mittleren Führungspositionen ersetzten, jedoch nicht die Grundstrukturen des diktatorischen Systems.

Der Vergleich der beiden Generationen hat zwei Varianten gezeigt, wie eine im Nationalsozialismus sozialisierte Jugend sich in konkurrierende postfaschistische Gesellschaften

¹⁴³ Ch. von Hodenberg (Anm. 16) ordnet ihnen die Jahrgänge 1880 bis 1890 zu. Die Jahrgänge der von 1900 bis 1920 Geborenen spielten – sofern es sich nicht um die Minorität der NS-Gegner oder -Verfolgten handelte – keine im Mediensystem spezifische Rolle (S. 85).

¹⁴⁴ Sibylle Hübner-Funk wirft den „45ern“ vor, dass sie ihre emotionalen Verpflichtungen gegenüber den „68ern“ verletzt hätten, weil sie nicht offen über die Loyalitäten ihrer Jugend redeten. Dieses Schweigen habe das Fortbestehen einer rechtslastigen kulturellen Unterströmung zu Folge gehabt; vgl. Loyalität und Verblendung. Hitlers Garanten der Zukunft als Träger der zweiten deutschen Demokratie, Potsdam 1998, S. 332.

integrierte und in beiden jeweils zu neuen Trägergenerationen wurde. Ähnlichkeiten finden sich in der Haltung, in der sich beide Generationen integrierten. Als konforme Mitmacher waren sie stark auf die Zukunft orientiert und schwiegen mit den älteren Kollegen, Vorgesetzten oder Eltern über die Vergangenheit. Dass diese Ähnlichkeiten zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Generation sowohl in der Forschung wie auch in der Selbstbeschreibung der Deutungseliten bisher nicht deutlicher wurden, hängt damit zusammen, dass die Erfahrungen von 1945 recht bald in den unterschiedlichen Sinnsystemen der westdeutschen und der ostdeutschen Masternarrative interpretiert und nach 1990 von ihrem Ende her gedeutet wurden.

Die Diskussion der Voraussetzungen eines Vergleichs der beiden deutschen Nachkriegsgenerationen zeigt auch, dass die unterschiedliche Jahrgangszuordnung ein Problem darstellt, das noch gelöst werden muss. Für die Rekonstruktion historischer Sinnbildungsprozesse sollte künftig stärker auf transnationale Erfahrungszusammenhänge rekurriert werden; schließlich hat bereits Karl Mannheim das Konzept auf einen europäischen und nicht auf einen nationalen Kontext bezogen. Im Übrigen waren auch die ersten beiden Nachkriegsgenerationen in den beiden Teilstaaten stärker aufeinander bezogen als spätere deutsch-deutsche Generationsgestalten.¹⁴⁵ Für die Angehörigen der „45er“ und der „Aufbau-Generation“ war es bis zur Grenzschießung der DDR oft ein Akt der Wahl, zu welchem Teil dieses Generationszusammenhangs man gehörte. Man kannte sich persönlich, oder man beobachtete die Gruppe der Gleichaltrigen im anderen Landesteil, verglich die Lebenschancen und konkurrierte miteinander. Insofern könnten die aktiven und prosozialistisch engagierten Segmente der „Aufbau-Generation“ und die politisch interessierten „45er“ als zwei konkurrierende Generationseinheiten eines Generationszusammenhangs betrachtet werden.

¹⁴⁵ Die kleine Generationseinheit der „misstrauischen Patriarchen“ hatte ihre „persönlichen Feinde“ in den Führungsgruppen des Westens, vgl. M. Gibas (Anm. 40), S. 97.

APuZ

Nächste Ausgabe 4–5/2007 · 22. Januar 2007

Arbeit

Peter Imbusch · Dieter Rucht

Wirtschaftseliten und gesellschaftliche Verantwortung

Holger Lengfeld

Lohngerechtigkeit im Wandel der Arbeitsgesellschaft

Hartmut Seifert

Arbeitszeit – Entwicklungen und Konflikte

Andreas Ebert · Ernst Kistler · Thomas Staudinger

Rente mit 67 – Probleme am Arbeitsmarkt

Pascal Frai · Rainer Thiehoff

Demographie-Werkstatt Deutschland

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Horst Möller

3-7 **Demokratie und Diktatur**

Eine integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte ist aus systematischen Gründen notwendig und kann sich der Beziehungsgeschichte und dem Vergleich widmen. Dabei sind eine Auswahl der phasenbeschränkten Themen und die Wertentscheidung angesichts des Gegensatzes von Demokratie und Diktatur unverzichtbar.

Günther Heydemann

8-12 **Integrale deutsche Nachkriegsgeschichte**

Offensichtlich stellt es nach wie vor ein schwieriges historiographisches Problem dar, eine integrale deutsche Nachkriegsgeschichte zu verfassen. Sperrt sich die Historie der Historiographie? Oder handelt es sich weniger um eine „Krise der Geschichte“ als vielmehr um eine „Krise der Geschichtsschreibung“?

Andreas Wirsching

13-18 **Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung**

Eine im engeren Sinne integrierte deutsche Nachkriegs- oder gar Nationalgeschichte sollte nicht unbedingt das wissenschaftliche Leitmotiv der Zeitgeschichtsforschung sein. Anzustreben ist die größtmögliche Vielzahl von Einsichten in eine gemeinsame, wenn auch asymmetrische deutsche Nachkriegsgeschichte.

Martin Sabrow

19-24 **Historisierung der Zweistaatlichkeit**

Der zeitgeschichtliche Aufarbeitungskonsens ist parteiübergreifend geworden, und gerade darum benötigt er das Korrektiv einer Zeitgeschichtsforschung, die ihren eigenen Anspruch verfolgt: den einer Historisierung der DDR und der deutschen Zweistaatlichkeit, die sich ihrer Geltungsgrenzen bewusst ist.

Katrin Hammerstein

24-30 **Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus**

Obwohl Bundesrepublik und DDR verschiedene Optionen sowie zum Teil konträre Strategien bei der (Nicht-)Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wählten, lassen sich Gemeinsamkeiten und Entsprechungen finden.

Peter E. Fäßler

31-38 **Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik**

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR erwiesen sich aus Bonner Sicht als untaugliches Druckmittel, um politische Zugeständnisse zu erwirken. Auch Versuche Ost-Berlins, die Anerkennungsfrage über innerdeutsche Wirtschaftskontakte zu klären, scheiterten.

Thomas Abbe

38-46 **Deutsche Generationen nach 1945**

Der Vergleich der beiden deutschen Nachkriegsgenerationen hat Ähnlichkeiten und Unterschiede darin gezeigt, wie eine im Nationalsozialismus sozialisierte Jugend sich in konkurrierende postfaschistische Gesellschaften integrierte.